

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand, LAG Migration

Gegenstand: **Für eine menschenrechtsorientierte
Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen,
Herausforderungen gemeinsam schultern,
Integration unterstützen**

1 Antragstext

2 Wir erleben in Sachsen derzeit eine unbeschreiblich große Hilfsbereitschaft von
3 Ehren- und Hauptamtlichen in den Städten und Dörfern unseres Landes - trotz oder
4 gerade wegen rassistischer Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge. All jenen, die sich
5 in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften engagieren, die
6 spenden, die Patenschaften für Zufluchtsuchende übernehmen, die Deutschkurse
7 organisieren, gilt unser großer Dank! Diese engagierten Menschen gilt es zu
8 unterstützen.

9 Unter dem Eindruck der hohen Flüchtlingszahlen sehen wir derzeit in Europa eine
10 dramatische Entsolidarisierung. Anstatt die Herausforderung entschlossen und
11 gemeinsam auf der Grundlage der Werte des geeinten Europas anzupacken, erleben
12 wir einen zynischen „Verschiebebahnhof“. Flüchtlinge werden nicht mehr als
13 Menschen wahrgenommen, die Krieg und Terror entflohen sind, sondern nur mehr als
14 Problem, das am besten in die Nachbarländer zurückgedrängt werden soll. Wir
15 GRÜNE stehen ohne Wenn und Aber zum Asyl als individuellem Menschenrecht.

16 Der Asylgipfel in Berlin war zwar dringend notwendig. Aber es wurden dort nur
17 wenige Maßnahmen beschlossen, die wir mittragen. Wir begrüßen jene Zusagen, die
18 insbesondere die Minderheiten auf dem Westbalkan besser schützen und ihnen einen
19 Zugang - allerdings nur unter engen Vorraussetzungen - zum deutschen Arbeitsmarkt
20 ermöglichen können. Dass die dringend benötigten finanziellen Mittel für Länder
21 und Kommunen nun zur Verfügung gestellt werden ist ebenso ein Erfolg, auch wenn
22 diese Mittel, das ist schon jetzt absehbar, nicht ausreichen werden.

23 Jedoch enthält das aus dem Asylgipfel resultierende
24 „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ die härtesten Asylrechtsverschärfungen
25 seit 20 Jahren und ist zudem aus unserer Sicht nicht geeignet, die aktuellen
26 Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge und

27 Asylsuchenden zu meistern. Im Gegenteil, in zahlreichen Teilbereichen ist sogar
28 eine deutliche Verschlechterung für Asylsuchende vorgesehen. Damit ist eine
29 große Chance zur Neuregelung der Asylverfahrensfragen und zur Schaffung eines
30 Einwanderungsgesetzes vertan worden.

31 So sind für uns die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sowie
32 die beabsichtigte massive soziale und wirtschaftliche Schlechterstellung der aus
33 diesen Ländern einreisenden Asylsuchenden, etwa die faktische Wiedereinführung
34 der Residenzpflicht oder das absolute Arbeitsverbot, nicht hinnehmbar. Auch die
35 Rückkehr zum Sachleistungsprinzip, das einen erheblichen bürokratischen
36 Mehraufwand bedeutet und für die Flüchtlinge eine reine menschenunwürdige
37 Schikane darstellt, lehnen wir ab.

38 Neben der Realisierung einer menschenwürdigen Unterbringung, die uns auch noch
39 in den kommenden Jahren beschäftigen wird, steht jetzt die Aufgabe an, die
40 Zufluchtsuchenden unter Wahrung der eigenen Kultur und Identität in unsere
41 Gesellschaft zu integrieren, ihnen Möglichkeiten der Teilhabe zu eröffnen und
42 damit ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit anzubieten. Diese Herausforderung
43 werden wir nur gemeinsam erfolgreich meistern.

44 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen ist ein antieuropäisches und
45 rechtspopulistisches Vorgehen, das wir entschieden ablehnen. Die Flüchtlinge
46 sind damit nicht aus der Welt, die Herausforderung bleibt bestehen.

47 Wir in Deutschland und in Sachsen sind faktisch in der Lage, einen
48 substanziellen Beitrag zu leisten, um die anstehenden Aufgaben zu lösen.

49 **Konkret fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf bundespolitischer Ebene:**

50 **1. Asylverfahren beschleunigen**

51 Asylverfahren dauern immer noch viel zu lange. Die von der Bundesregierung
52 versprochene durchschnittliche Verfahrensdauer von 3 Monaten liegt in weiter
53 Ferne. Hier muss endlich eine deutliche Personalaufstockung im Bundesamt für
54 Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgen, denn unter der langen Verfahrensdauer
55 leiden alle Beteiligten. Denkbar ist, Beamtinnen und Beamte aus anderen Behörden
56 im BAMF einzusetzen. Ein zweiter Schritt wäre es, Flüchtlinge aus Ländern mit
57 einer sehr hohen Schutzquote wie Syrien, Irak und Eritrea als
58 Kontingentflüchtlinge aufzunehmen. Im dritten Schritt muss das unsinnige
59 Widerrufsverfahren, das eine Überprüfung des Asylantrags nach drei Jahren
60 vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Mit diesen Maßnahmen könnte die
61 Verfahrensdauer endlich auf ein akzeptables Niveau gesenkt werden.

62 **2. Erstaufnahme- und Unterbringungskapazitäten ausbauen**

63 Auch mit Blick auf den herannahenden Winter muss die Anzahl der Plätze in den
64 Unterkünften deutlich erhöht werden. Das gilt für die Erstaufnahmeeinrichtungen
65 ebenso wie für den Wohnraum, den Flüchtlinge anschließend benötigen. Dafür

66 müssen schnell und unbürokratisch Bundes- und Landesimmobilien zur Verfügung
67 gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die kurzfristige Bereitstellung von
68 Notunterkünften. Die Lockerung der baurechtlichen Standards und der Ausbau der
69 Mittel für den sozialen Wohnungsbau, so wie beides im
70 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz beschlossen wurde, ist der richtige Ansatz.

71 **3. Finanzielle und strukturelle Entlastung von Ländern und Kommunen**

72 Die vom Bund beschlossenen sechs Milliarden Euro zur Entlastung der Länder und
73 Kommunen reichen nicht aus. Der Bund muss sich dauerhaft und strukturell in
74 angemessener Höhe an den entstehenden Kosten beteiligen.

75 **4. Arbeitsmigration ermöglichen**

76 Arbeitssuchende aus den Balkan-Staaten müssen bisher den (weitgehend
77 aussichtslosen) Umweg über das Asylrecht nehmen. Wir wollen für die EU-
78 Beitrittsländer Albanien, Serbien, Mazedonien und Montenegro sowie für die
79 potentiellen Beitrittskandidaten Kosovo und Bosnien-Herzegowina Möglichkeiten
80 schaffen, damit ihre Staatsangehörigen - angelehnt an die
81 Freizügigkeitsregelungen der EU - legal in Deutschland arbeiten können.
82 Gleichzeitig soll die Bevölkerung in diesen Staaten verstärkt darüber aufgeklärt
83 werden, welche Möglichkeiten und Chancen es für die Arbeitsmigration nach
84 Deutschland gibt. Wir werden darauf achten, dass die versprochenen
85 Unterstützungen für die Minderheiten auf dem Westbalkan, insbesondere für die
86 Roma, wirklich umgesetzt werden. Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, um
87 jenseits des Asylrechts Einwanderung zu ermöglichen. Das
88 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz stellt durch seine zahlreichen
89 Einschränkungen noch keinen Einstieg in ein Einwanderungsgesetz dar.

90 **5. Integration stärken**

91 Viele der Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, werden lange hier
92 bleiben. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie möglichst gut integriert
93 sind. Gute Integration ist ein entscheidender Punkt im Hinblick auf das künftige
94 Zusammenleben. Dafür ist es zunächst nötig, dass genügend Integrations- und
95 Sprachkurse angeboten werden. Weiter gilt es, die Bildungsangebote, insbesondere
96 die Schulen, fit zu machen für die neuen Herausforderungen. Der Zugang zum
97 Arbeitsmarkt ist von zentraler Bedeutung. Die meisten Flüchtlinge wollen ihren
98 Lebensunterhalt selbst verdienen und unsere Unternehmen - insbesondere
99 mittelständische Firmen - können sie gut gebrauchen. Wenn es gelingt, sie besser
100 und schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, können sie nicht nur ihren
101 eigenen Lebensunterhalt verdienen, sondern auch einen wichtigen Beitrag für den
102 Wohlstand des gesamten Landes leisten. Leider ist das Recht derzeit eher darauf
103 angelegt, eine Arbeitsaufnahme so schwer wie möglich zu gestalten. Das wollen
104 wir ändern. Ein erster und wichtiger Schritt wäre es, die geltende
105 Vorrangprüfung völlig zu streichen. Um die medizinische Versorgung
106 sicherzustellen, muss die Gesundheitskarte eingeführt werden. Das ist ein
107 Beitrag zum Abbau von Diskriminierung und überflüssiger Bürokratie.

108 **Aktionsplan für Sachsen**

109 Im Freistaat Sachsen ist entschlossenes und engagiertes Handeln vor allem in den
110 folgenden Bereichen erforderlich:

- 111 - menschenwürdige Unterbringung in der Erstaufnahme des Landes und in
- 112 Unterkünften der Landkreise und der Kreisfreien Städte
- 113 - Betreuung und Integration
- 114 - Abbau unnötiger und teurer Bürokratie
- 115 - Kommunale Integrationskonzepte und ehrenamtliches Engagement unterstützen

116 **1. Aufnahme und Unterbringung**

117 Wir brauchen Ankunftscentren, die im 24-h-Betrieb medizinische Erstversorgung,
118 Registrierung und die Weiterleitung der Menschen in die
119 Erstaufnahmeeinrichtungen leisten.
120 Wir brauchen weiterhin dringend und schnellstmöglich mindestens eine Verdopplung
121 der Erstaufnahmeplätze und
122 -einrichtungen. Zelte sind dabei ungeeignet und garantieren keine
123 menschenwürdige Unterbringung, gerade im bevorstehenden Winter. Ein
124 sachsenweites Liegenschaftskataster mit Grundstücken und Immobilien, die für
125 Flüchtlingsunterkünfte geeignet sind, muss umgehend vorgelegt werden. Wir
126 wollen, dass die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden, dass
127 Privatpersonen geduldete Flüchtlinge und Flüchtlinge im Verfahren bei sich
128 aufnehmen können. Um den absehbar höheren Bedarf an Wohnungen zu befriedigen,
129 brauchen wir eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau und mehr Mittel für die
130 Städtebauförderung zur Sanierung maroden Baubestands. Wir brauchen gerade in den
131 urbanen Ballungsräumen schnellstmöglich ein Programm für sozialen Wohnungsbau,
132 so wie es beim Flüchtlingsgipfel beschlossen wurde und nun von Sachsen umgesetzt
133 werden muss. Bezahlbarer Wohnraum muss zur Verfügung stehen, um gerade auch eine
134 Konkurrenz zwischen einkommensschwachen Menschen und Geflüchteten zu verhindern.

135 **2. Betreuung und Integration**

136 Wir brauchen in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten Jugendämter, die über
137 Angebote an Einrichtungen, Diensten, Sprachmittlern und Veranstaltungen
138 verfügen, die den spezifischen Schutzbedürfnissen
139 und Bedarfen unbegleiteter ausländischer Minderjähriger entsprechen sowie
140 qualifizierte Fachkräfte für die Betreuung dieser Zielgruppe. Von dort sollen
141 unbegleitete Flüchtlinge unter 18 Jahren möglichst schnell an Clearingstellen
142 weitervermittelt werden. Dadurch werden die Jugendämter der Landkreise und
143 Kreisfreien Städte entlastet. Wir werden darauf achten, dass das angekündigte
144 Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung
145 ausländischer Kinder und Jugendlicher schnellstmöglich verabschiedet wird, um
146 eine unter Kindeswohlgesichtspunkten notwendige Verteilung der unbegleiteten
147 minderjährigen Flüchtlinge sicherzustellen.

148 Integration fängt mit Bildung an: Flüchtlinge müssen ab dem Zeitpunkt ihrer
149 Ankunft in Sachsen Zugang zu Bildungsangeboten bekommen. Neben der Schule und

150 der Berufsschule, müssen alle Bildungs- und Betreuungsinstitutionen unterstützt
151 werden, um Flüchtlingen einen schneller Zugang zu Kitas, Weiterbildung und
152 Hochschulen zu ermöglichen. Dafür benötigen die Bildungseinrichtungen und ihre
153 Beschäftigten zusätzliche personelle und materielle Unterstützung. Das bedeutet
154 vor allem, mehr Personal zu Verfügung zu stellen, die Zahl für Klassen mit
155 Deutsch als Zweitsprache zu erhöhen und die Angebote an Integrations- und
156 Sprachkursen deutlich auszuweiten.

157 Wir fordern ein Sofortprogramm für die Bildung und Förderung von Flüchtlingen.
158 Die Chancen auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sollten wir
159 unverzüglich nutzen und unbürokratisch Möglichkeiten eröffnen. Dafür brauchen
160 wir Jobcoaches in Sachsen. Auch die schnellere Anerkennung von im Ausland
161 erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen fördert eine schnelle
162 Integration. Zeugnisse und andere Dokumente sind oftmals verloren gegangen. Nach
163 dem Vorbild der Hochschule Magdeburg-Stendal in Sachsen-Anhalt wollen wir
164 Flüchtlingen in Sachsen mit Aufenthaltsgenehmigung auch bei unvollständiger
165 Aktenlage ein Studium ermöglichen. Denn Bildung ist ein Menschenrecht. Wir
166 werden genau darauf achten, dass die im Flüchtlingsgipfel zugesagte stärkere
167 finanzielle Unterstützung für die zuständige Stelle zur Anerkennung
168 ausländischer Bildungsabschlüsse auch gezahlt wird.

169 Die Asylsozialarbeit muss personell deutlich aufgestockt werden. Bei der Auswahl
170 des Betreuungspersonals sollen verstärkt die Kompetenzen der Flüchtlinge selbst
171 genutzt werden. Sie können eine wertvolle Hilfe bei der Betreuung und
172 Unterstützung sein. Die nötigen Maßnahmen kosten zu Beginn viel Geld. Aber die
173 Kosten sind auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes, an deren Ende uns
174 viele gut qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die uns aufgrund des
175 demografischen Wandels ansonsten fehlen würden.

176 **3. Abbau unnötiger und teurer Bürokratie**

177 Bislang werden 7600 € pauschal je Flüchtling an die unteren
178 Unterbringungsbehörden gezahlt. Dieses Geld reicht nicht aus. Wir fordern, dass
179 jährlich überprüft wird ob die Pauschale angemessen ist. Auch die immer wieder
180 geforderte Umstellung von Geld- auf Sachleistungen in den
181 Erstaufnahmeeinrichtungen ist ein bürokratischer Schildbürgerstreich und zudem
182 für die Flüchtlinge menschenunwürdig.

183 Wir wollen, dass nach dem Vorbild anderer Bundesländer (Hamburg, Bremen, NRW und
184 Schleswig-Holstein) eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt wird, die
185 sowohl eine gute und humane Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge sicherstellen,
186 als auch den derzeitigen Verwaltungsaufwand reduzieren würde.

187 **4. Kommunale Integrationskonzepte und ehrenamtliches Engagement unterstützen**

188 Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen ist derzeit
189 größer denn je. Die sächsischen Kommunen brauchen Unterstützung bei der
190 Schaffung kommunaler Integrationskonzepte als Grundlage für eine menschenwürdige
191 Aufnahme und für eine qualifizierte Flüchtlingssozialarbeit. Dabei müssen Bund

192 und Länder die Kommunen unterstützen.

193 Das solidarische, ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement in den
194 Sächsischen Städten und Gemeinden soll durch eine Ehrenamtskoordination
195 unterstützt werden. Einen unschätzbaren Beitrag für die Betreuung leisten
196 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Um sie und ihre wichtige Arbeit zu
197 unterstützen, braucht es hauptamtliche Stellen, die die Koordination und
198 Unterstützung übernehmen. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen.

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: **Sachsen kapituliert – Rechtsstaat schützen,
Sicherheit gewährleisten**

1 Antragstext

2 Nachdem der einseitige Verfolgungsdruck gegen Nazigegner den Begriff der
3 „Sächsischen Demokratie“ prägte und Zweifel an den rechtsstaatlichen Zuständen
4 im Freistaat aufkommen ließ, erleben wir derzeit in Sachsen ein kollektives
5 Versagen der konservativen Sicherheitserzählung. Unter der Beschreibung „Sachsen
6 kapituliert“ wurde ein neuerliches umfassendes Staatsversagen in Sachsen
7 deutlich. In Folge der massiven Stellenkürzungen bei der Polizei wurde nicht nur
8 die Sicherheit in einigen Regionen Sachsens massiv verschlechtert, sondern auch
9 der Rechtsstaat zu Tode gespart. Als nichts anderes lässt es sich bezeichnen,
10 wenn in Sachsen aufgrund massiven Personalmangels bei der Polizei zum
11 wiederholten Male Versammlungsverbote verhängt werden und nicht ausreichend
12 Polizeikräfte verfügbar sind, um Ausschreitungen marodierender Neonazis wirksam
13 zu unterbinden und die Straftäter mit der vielfach betonten „Härte des
14 Rechtsstaates“ zur Rechenschaft zu ziehen.

15 Das Bild Sachsens wurde in den letzten Monaten durch eine hohe Zahl von
16 Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte geprägt. Städte wie Freital, Heidenau und
17 Niederau sind Symbolorte für eine sächsische Politik geworden, in der Anzeichen
18 für Ausschreitungen nicht ernst genommen oder bagatellisiert werden und im Falle
19 von Angriffen die Polizei zu spät oder nicht in ausreichender Zahl präsent war.
20 Viele dieser Probleme in Sachsen sind hausgemacht und die Folgen eines Versagens
21 insbesondere der CDU in der Sicherung der elementaren Grundrechte. Auch wenn es
22 uns als GRÜNE in Anbetracht der sich verschärfenden Sicherheitslage nichts
23 nützt, Recht gehabt zu haben oder vor den aktuellen Problemen gewarnt zu haben,
24 ist es notwendig die Defizite weiter deutlich zu machen und gleichzeitig zu
25 zeigen, dass Grundrechte nicht eingeschränkt werden dürfen, weil dies den
26 Sicherheitsbehörden als letztes Mittel erscheint. Denn die Grundrechte sind
27 konstituierend für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

28 **Stellenabbau bei der Polizei stoppen – Einstellungen deutlich erhöhen**

29 Unter dem Dogma des schlanken Staates wurde bereits zu Zeiten der ersten
30 Schwarz-Roten Koalition 2006 ein massiver Stellenabbau bei der Polizei geplant.
31 Dieser wurde durch die CDU/FDP-Koalition noch einmal verstärkt und durch die
32 Polizeireform 2020 mit dem Abbauziel von insgesamt 2500 Polizisten bis 2020
33 umgesetzt. Trotz der Wahlversprechen der SPD, den Stellenabbau unverzüglich zu
34 stoppen, wurde durch die aktuelle Koalition zwar eine Kommission zur Ermittlung
35 des Stellenbedarfes bei der Polizei eingesetzt, jedoch der Stellenabbau im
36 aktuellen Haushalt unvermittelt vorgezogen. Die Folgen dieser verfehlten Politik
37 bekommen viele Bürgerinnen und Bürger in Sachsen schon seit einigen Jahren zu
38 spüren. Gerade im ländlichen Raum hat sich die Sicherheitslage durch den Rückzug
39 der Polizei verschärft, viele Menschen fühlen sich durch unzureichend geschützt.
40 Überlange Eintreffzeiten, selbst bei Gefahr für Leib und Leben, sind zur
41 Realität geworden. Statt unverzüglich zu handeln, hat die Schwarz-Rote Koalition
42 mit dem Fortsetzen des Stellenabbaus im Haushalt wertvolle Zeit verschenkt.

43 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern daher die schnellstmögliche Ausweitung
44 des Einstellungskorridors bei der Polizei auf mindestens 600 Anwärterinnen und
45 Anwärter pro Jahr. Nur so können ausreichend gut ausgebildete Polizeibedienstete
46 in den Polizeidienst übernommen werden. Zudem müssen alle Schritte geprüft
47 werden, um den drohenden massiven Altersabgang bei der Polizei zu mildern.
48 Der Vorschlag der Koalition zur Wiedereinführung der Wachpolizei ist der Griff
49 nach dem letzten Strohalm und wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
50 abgelehnt. In der aktuellen Situation ist es grob fahrlässig auf gerade einmal
51 drei Monate ausgebildete Hilfspolizisten zu setzen, die zudem über Schusswaffen
52 verfügen. Gerade das Ansinnen, die WachpolizistInnen vor
53 Flüchtlingsunterkünften einzusetzen birgt auf Grund mangelnder Ausbildung und
54 unzureichender Demonstrationserfahrungen erhebliche Risiken.

55 **Versammlungsfreiheit vollumfänglich gewährleisten**

56 Der massive Stellenabbau bei der Polizei führt auch zu einer großen
57 Einschränkung der Grundrechte in Sachsen. Bereits zweimal wurden in diesem Jahr
58 Versammlungen öffentlich wahrnehmbar aufgrund eines polizeilichen Notstandes,
59 also dem Mangel an Polizeikräften zur Absicherung entsprechender
60 Versammlungsgeschehen, abgesagt. Auf das bis heute umstrittene
61 Versammlungsverbot in Dresden aufgrund einer nicht geklärten Terrorgefahr
62 folgten umfassende Versammlungsverbote im Februar in Leipzig und im August in
63 Heidenau. Diese Versammlungsverbote aufgrund eines polizeilichen Notstandes sind
64 rechtsstaatlich zweifelhaft und als ultima ratio anzusehen. Eine ultima ratio,
65 die in Sachsen droht zum Normalzustand zu werden. Es darf nicht der Normalfall
66 werden, dass die Versammlungsfreiheit erst vor Gericht eingeklagt werden muss.

67 Dazu kommen eine Vielzahl von Demonstrationen, in welchen Routen verkürzt werden
68 mussten, lediglich Kundgebungen durchgeführt werden durfte oder andere
69 Einschränkungen erfolgten, weil die Polizei nicht über ausreichend Kräfte
70 verfügte. Wenn jetzt vielfach behauptet wird, der Stellenabbau bei der Polizei
71 hätte mit der aktuellen Situation nichts zu tun, da bei den geschlossenen
72 Einheiten kaum abgebaut wurde, wird verkannt, dass bei außerordentlichen
73 Einsatzlagen zur Absicherung nicht selten auch auf Polizistinnen und Polizisten
74 aus den Revieren zurückgegriffen wird.

75 Die Versammlungsfreiheit in Sachsen muss endlich wieder vollumfänglich
76 garantiert werden. Dazu bedarf es auch einer breiten Unterstützung durch die
77 Polizei anderer Länder und die Bundespolizei bei Versammlungen – diese sind aber
78 teilweise selbst mit vielfachen Veranstaltungsgeschehen konfrontiert.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern vor diesem Hintergrund, dass der Freistaat Sachsen
80 eine bundesweite Diskussion über prioritäre Einsatzlagen anstößt. Die originäre
81 Aufgabe der Polizei ist der Schutz von Mensch und Eigentum und die Sicherung der
82 Grundrechte. Auf diese Aufgabe muss sich wieder zunehmend konzentriert werden,
83 um ausreichend Kräfte der Bereitschaftspolizei für die Durchführung von
84 Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Dabei muss auch die Zahl der
85 Einsatzkräfte bei Fußballspielen kritisch hinterfragt werden.

86 **Flüchtlingsunterkünfte schützen**

87 Flüchtlingsunterkünfte in Sachsen sind das vorrangige Ziel von Neonazis und
88 Aufmärschen von Rassistinnen und Rassisten im Gewand vermeintlich „besorgter
89 Bürgerinnen und Bürger“. Dem Schutz der in Sachsen Zuflucht Suchenden muss
90 oberste Priorität eingeräumt werden. Als die GRÜNEN im Juli 2015 im Landtag ein
91 Sicherheitskonzept für Flüchtlingsunterkünfte forderten, wurde dies abgelehnt.
92 Kurz danach folgten die Übergriffe in Freital, die Ausschreitungen vor der
93 Zeltunterkunft in Dresden und in Heidenau. Es lässt sich nicht mehr schön reden:
94 Sachsen hat nicht nur ein Problem mit der menschenwürdigen Unterbringung von
95 Geflüchteten, sondern auch mit der Sicherheit der Flüchtlingsunterbringung. Dies
96 gilt vor allem für hastig ohne großen Kommunikationsvorlauf in Betrieb genommene
97 Interimsunterbringungen. Sachsen braucht daher unverzüglich ein umfassendes
98 Sicherheitskonzept für Flüchtlingsunterkünfte. Zudem müssen wirksame Maßnahmen
99 der Gefahrenabwehr getroffen werden. So ist es vollkommen unverständlich, warum
100 die Polizei zuschaut, wenn Neonazis sich mit massiven Alkoholkonsum Mut
101 antrinken oder wenn es bisher keinerlei Präventivmaßnahmen gegen polizeilich
102 bekannte Neonazis, wie zum Beispiel Gefährderansprachen gegeben hat.

103 Erschwerend kommt die unrühmliche Rolle des Sächsischen Verfassungsschutzes
104 hinzu. Hätte es eines weiteren Beweises für dessen Unfähigkeit bedurft, die
105 Ereignisse der vergangenen Monate haben ihn geliefert. Der Verfassungsschutz
106 zeigte sich von Angriffen auf oder rechten Ansammlungen vor
107 Flüchtlingsunterkünften überrascht und konnte keinen erkennbaren Beitrag zur
108 Einschätzung und Bewältigung der Lage leisten.
109 Nicht zuletzt muss endlich Schluss sein mit dem falschen Verständnis für
110 Rassismus und der Bagatellisierung von rechtem Gedankengut durch Teile der CDU
111 und der Staatsregierung. Mit diesem Verständnis für vermeintlich „besorgte
112 Bürger“ wurde ein Grundklima der Akzeptanz menschenverachtender Positionen
113 erzeugt, welches nun zu einer Grenzüberschreitung nach der anderen führt. Auf
114 Demos von Pegida und Co. wird mittlerweile unverhohlen zu Gewalt und Straftaten
115 aufgerufen. Dagegen gilt es nicht nur deutlich Gesicht zu zeigen, sondern auch
116 strafrechtlich vorzugehen.

117 **Berichterstattung der Medien sicherstellen – Politisch Engagierte schützen**

118 Nicht erst die offene Gewalt gegen JournalistInnen und politische Engagierte vor

119 Ort haben gezeigt: Das Ziel von Pegida, Neonazis und ihren Mitläufern sind
120 Medien und engagierte Demokratinnen und Demokraten einzuschüchtern und zu
121 verunglimpfen Wer „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ ruft, bedient sich nicht nur
122 einem offen neonazistischen Vokabular, sondern zeigt auch deutlich, dass sich
123 der Protest nicht nur gegen die Asylpolitik, sondern gegen die Grundwerte
124 unserer Demokratie richtet. Diesen Anfeindungen gilt es sich zu widersetzen.

125 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher einen wirksamen Schutz von
126 Medienvertreterinnen und -vertretern sowie politischen BeobachterInnen bei
127 Demonstrationsgeschehen. Die Polizei muss deren Sicherheitsbelange in ihre
128 Einsatzstrategie umfassend einbeziehen.
129 Zudem müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um rechten Terror zu
130 bekämpfen. Die Zahl der Anschläge auf politische Engagierte geben Anlass zur
131 Sorge und fordern nicht nur eine entschiedene Solidarität der Zivilgesellschaft,
132 sondern auch ein entschlossenes und sichtbares Handeln des Rechtsstaates.

133 Die Drohungen und Verabredungen zu Gewalt nehmen oft in den sozialen Netzwerken
134 ihren Anfang. Der Eindruck des rechtsfreien Raumes drängt sich auf. Es ist
135 zwingend erforderlich, dass Maßnahmen ergriffen werden um konsequent gegen
136 Straftaten in diesem Bereich vorzugehen. Die Gewalt auf der Straße nimmt zu oft
137 in der verbalen Radikalisierung in den Netzwerken ihren Anfang.

138 **Abschottung beenden - Grenzkontrollen lösen keine Probleme, sondern schaffen**
139 **erst welche**

140 Als die Bundesrepublik ankündigte, Grenzkontrollen wieder einzuführen, wurde
141 dies auch durch Sachsens Innenminister bejubelt. Heute ist klar: Grenzkontrollen
142 lösen keinerlei Probleme, sondern schaffen vor allem neue. Neben der
143 Feststellung, dass die Einführung der Grenzkontrollen ein in dieser Form bisher
144 einmaliger Angriff auf die europäischen Werte war, gilt zu konstatieren: Das
145 System des gegenseitigen Kräfteaustauschs der Polizei zwischen dem Bund und den
146 Ländern bei Großereignissen, wie Fußballspielen oder Versammlungen ist faktisch
147 zusammengebrochen. Bisher basierte dies vor allem auf einer starken und
148 verfügbaren Bundespolizei. Diese ist aber bei Grenzkontrollen nahezu vollständig
149 mit der Aufgabe der Grenzsicherung befasst, weswegen entsprechende
150 Amtshilfeersuchen mittlerweile vollkommen ins Leere laufen.

151 Die Grenzkontrollen verlagern zudem unsere Probleme im Umgang mit den steigenden
152 Flüchtlingszahlen lediglich auf andere Staaten. Die letzten Wochen haben
153 deutlich gezeigt, wie schnell in dieser Frage Kaskaden entstehen können, die das
154 Recht auf Asyl in Europa zu einer Makulatur werden lassen. Die Menschen, die bei
155 uns Schutz suchen, werden sich in Anbetracht ihrer Fluchtursachen nicht durch
156 Grenzen aufhalten lassen. Deshalb ist es notwendig, den nutzlosen und unseren
157 europäischen Werten widersprechenden Irrweg der Abschottung unverzüglich zu
158 beenden.

159 **Der Rechtsstaat muss verteidigt werden - ohne wenn und aber**

160 Das Endspiel um den Rechtsstaat hat begonnen, dies zeigt das gewalttätige

161 Agieren marodierender Neonazis, die auf vollkommen überforderte
162 Sicherheitsbehörden treffen genauso, wie die zunehmenden
163 Grundrechtseinschränkungen aufgrund mangelnder Polizeikräfte in Sachsen. Es ist
164 jetzt nicht an der Zeit, sich dafür zu rühmen, diese Probleme schon lange
165 vorhergesagt zu haben, es ist jetzt - gerade in der aktuellen Situation - an der
166 Zeit, für eine verantwortungsvolle und bürgerrechtsorientierte
167 Sicherheitspolitik in Sachsen einzutreten, die den Staat wieder in die Lage
168 versetzt, seinen ureigenen Aufgaben nachzukommen und Menschen sowie Grundrechte
169 zu schützen. Der Rechtsstaat muss gegen Angriffe durch Antidemokraten ebenso
170 verteidigt werden, wie gegen vorschnelle Grundrechtseinschränkungen unter dem
171 Deckmantel vermeintlicher Sicherheitspostulate; er darf nicht kapitulieren,
172 sondern muss widerstehen.

173 Dafür braucht es eine starke Zivilgesellschaft und laute GRÜNE mit einer klaren
174 Haltung.

UnterstützerInnen

- Valentin Lippmann, Carolin Waegner

Antrag

AntragsstellerIn: LAG Bildung , LAG Bildung

Gegenstand: **Politische Bildung in Sachsen stärken -
Kompetenzen für lebendige Demokratie und
offene Gesellschaft ausbilden**

1 Antragstext

2 Sachsen braucht dringend eine Veränderung seiner politische Kultur. Pegida&Co.
3 und die mit ihnen schließlich einhergehenden rassistischen Ausschreitungen und
4 Anschläge sind nicht zufällig in Sachsen entstanden. Ein in allen Schichten zu
5 findender Teil der sächsischen Bevölkerung hat nicht nur Vorbehalte gegenüber
6 als fremd empfundenen Religionen wie dem Islam, sondern ist offen rassistisch
7 und fremdenfeindlich eingestellt. Viele haben wenig Vertrauen und Kenntnis von
8 demokratischen Strukturen und politischen Prozessen. Tiefsitzende Ressentiments,
9 eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Fremden bis hin zu einer Normalität
10 rassistischer Vorstellungen in Teilen der sächsischen Bevölkerung verbinden sich
11 mit einem verbreiteten Unverständnis gegenüber der Komplexität von Demokratie
12 und Moderne. Ethnische, religiöse oder kulturelle Vielfalt wird eher als
13 Bedrohung, denn als Chance begriffen. Für viele ist nicht selbstverständlich,
14 dass in einer Demokratie über gesellschaftliche Probleme, unterschiedliche
15 Interesse und Weltanschauungen offen diskutiert werden muss. Stattdessen
16 existiert die Vorstellung, dass Probleme ohne 'Parteienstreit' als 'sachlicher'
17 Konsens oder durch einfache Durchsetzung der Mehrheit gelöst werden. Dies wird
18 begünstigt von einer durch die 'Staatspartei' CDU geprägten, teils verrohten
19 politischen Kultur, die allzu oft eine obrigkeitsstaatliche Tradition der
20 Verwaltung fortsetzt, den offenen politischen Diskurs scheut und sich mit der
21 Akzeptanz von Vielfalt und Anderssein schwertut. Beleg dafür sind die offene
22 Sympathie konservativer Teile der sächsischen CDU für Pegidia und die
23 Schwierigkeiten, eine klare Abgrenzung der undemokratischen und rassistischen
24 Positionen von Pegida zu organisieren.

25 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine weltoffene, demokratische und
26 menschenrechtsorientierte politische Kultur in Sachsen ein. Gelebte
27 Weltoffenheit, die Akzeptanz von Vielfalt und demokratischem Streit sind auf
28 eine Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Akteure angewiesen. Die
29 Antworten auf Pegida sind vielfältig: eine andere politische Kultur und eine
30 Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte, interkulturelle Bildung und eine

31 weltoffene Asyl- und Migrationspolitik.

32 Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein einer solchen Veränderung. Um den
33 gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, muss politische Bildung weit
34 mehr leisten, als über die Strukturen des politischen Systems zu informieren.
35 Sie muss auf allen Ebenen dazu beitragen, dass die universalen Menschenrechte
36 und verfassungsmäßigen Grundrechte leitend für politisches und
37 gesellschaftliches Handeln sind. Dabei stellt sich die Frage, auf welche Weise
38 über die klassischen Zielgruppen politischer Bildung hinaus auch diejenigen
39 für Menschenrechts- und Demokratiebildung erreicht werden können, die offen für
40 rassistische und fremdenfeindliche Ressentiments sind und deren Vertrauen in die
41 demokratische Gesellschaft gering ist. Ziel politischer Bildung muss die
42 Förderung der Selbstermächtigung aller BürgerInnen zu
43 menschenrechtsorientiertem, zivilgesellschaftlichem und demokratischem Handeln
44 sein. Diese Herausforderung weist weit über die Tätigkeit der politischen
45 Stiftungen, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Akteuren der
46 politischen Erwachsenenbildung hinaus. Für einen nachhaltigen Ansatz muss ebenso
47 die politische Bildung in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen,
48 aber auch in der Gemeinwesenarbeit gestärkt werden.

49 *I. Bildungseinrichtungen*

50 Die unterdurchschnittliche Beteiligung von SchülerInnen und StudentInnen an den
51 Pegida-Demos darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Sagbarkeit von
52 rassistischen und undemokratischen Positionen weit in den Resonanzraum von
53 Kindern und Jugendlichen hineinwirkt. Im familiären Nahraum werden Vorurteile
54 gegenüber dem politischen System und Andersartigen zum Teil ungefiltert und
55 undiskutiert weitergegeben. Eine Stärkung der politischen Bildung in Kita,
56 Schule, Ausbildung und Hochschule ist deshalb unerlässlich. Für politische
57 Bildung ist es nie zu früh, wenn sie altersgerecht gestaltet wird. Gerade in
58 Bildungseinrichtungen können frühzeitig und niedrigschwellig Diskussions- und
59 Demokratiekompetenzen sowie menschenrechtsorientierte Bildung vermittelt werden.

60 *Kita*

61 Auch vor der Schule können Kinder sie betreffende Gegenstände gemeinsam
62 aushandeln, diskutieren und entscheiden. Dabei können sie lernen, Konflikte
63 argumentativ und ohne Gewalt zu lösen und sich als selbstwirksam zu erleben. Die
64 im Bundeskinderschutzgesetz verankerte Beteiligung von Kindern in der Kita wird
65 in Sachsen oft nur unzureichend mit Leben erfüllt. Demokratiekompetenz wird nur
66 selten als basale Lernkompetenz betrachtet. Die Beteiligung von Kindern wird
67 zwar teilweise als pädagogisch sinnvoll betrachtet, jedoch kaum als
68 bildungspolitische Notwendigkeit betrachtet, um das Gemeinwesen zu stärken.
69 Allzuoft fehlen Wissen und Haltung, um Demokratie von Anfang an als
70 selbstverständliche gute pädagogische Praxis zu begreifen. Demokratiekompetenz
71 findet sich zwar als verbindliches Lernziel im Bildungsplan, ist aber nicht im
72 Kita-Gesetz verankert und wird oft nur unzureichend umgesetzt. Vielen
73 ErzieherInnen fehlen die Instrumente, sich selbst und den Kindern demokratische
74 Prozesse bewusst zu machen und als selbstverständlichen Bestandteil des Kita-
75 Alltags zu verankern.

76 Bei der Umsetzung demokratischer Bildung in der Kita kann an Projekte wie das
77 DKJS-Projekt *Demokratie von Anfang an* angeknüpft werden. Der bis 2013 erprobte
78 Ansatz zeigt, wie Kindertageseinrichtungen begleitet werden können, um Lernorte
79 der Demokratie zu werden. Diese Erfahrungen müssen nun in die Breite getragen
80 werden. Wir wollen, dass der Freistaat ein Programm einrichtet, mit dem die
81 Entwicklung und das Argumentieren eigener Positionen sowie der
82 selbstverständliche Umgang mit Meinungsvielfalt und demokratischen
83 Entscheidungsfindungsprozessen früh eingeübt wird. Ziel muss es sein, dass sich
84 jede Kita als demokratischen Lernort begreift und dabei sowohl Kinder, als auch
85 ErzieherInnen und Eltern einbezieht.

86 Wir fordern:

- 87 - die Förderung eines Fortbildungs- und Supervisionsprogramms „*Demokratie von*
88 *Anfang an*“ für demokratisches Lernen in der Kita in unabhängiger Trägerschaft,
89 das die Freistellung von Personal ermöglicht und finanziert
- 90 - Ziele demokratischer Bildung im Kita-Gesetz zu verankern
- 91 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz in der Aus- und Fortbildung von
92 ErzieherInnen zu verankern

93 *Schulen*

94 An den sächsischen Schulen sind die formalen Mitwirkungsrechte von SchülerInnen,
95 Eltern und LehrerInnen im Ländervergleich relativ weitgehend. Solange jedoch die
96 Einzelkompetenzen der Schulen, über pädagogische, finanzielle und personelle
97 Fragen zu entscheiden, weiterhin eingeschränkt sind, laufen die demokratischen
98 Rechte oftmals ins Leere. Zudem mangelt es allzuoft an Engagement von
99 Schulleitung und Lehrkräften, die Mitwirkungsstrukturen mit Leben zu erfüllen.
100 Sinnvolle Programme wie „Mitwirkung mit Wirkung“ zur Qualifizierung von
101 Schülervertretungen müssen stärker in die Breite wirken.
102 Die Vermittlung von Grundlagen politischer Bildung ist zunächst Aufgabe des
103 Unterrichts. Auch wenn der sächsische Lehrplan die entsprechenden Inhalte
104 vorsieht, weist der Gemeinschaftskundeunterricht im Ländervergleich ein eher
105 geringes Gewicht auf. Hinzu kommt, dass die Fächer Gemeinschaftskunde und
106 Geschichte an einzelnen Schularten abgewählt werden können. Allein die
107 Ausweitung dieser Fächer in der Stundentafel löst jedoch nicht das Problem.
108 Gefragt ist vielmehr die alltägliche Einübung von Demokratiekompetenz. Dies
109 schließt die Fähigkeit ein, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen, sich in
110 andere einzufühlen und mit anderen zu diskutieren. Dies setzt voraus, Schule
111 nicht nur als Ort der Wissensvermittlung, sondern als Lern- und Lebensort im
112 Sinne einer umfassenden Kompetenzerwerbungs zu verstehen. Ein solches Umdenken
113 muss eine veränderte Lehramtsausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie ein
114 Umdenken in der Schulaufsicht nach sich ziehen. Die LehrerInnen an sächsischen
115 Schulen dürfen bei dieser Herausforderung nicht länger durch fehlende
116 Unterstützungsstrukturen allein gelassen werden.

117 Die Bandbreite der Dominanz politischer Positionen ist je nach Schularten und
118 Region sehr differenziert und abhängig von Schülerklientel und dem jeweiligen
119 lokalen gesellschaftlichen Klima. Das sächsische Kultusministerium versteht
120 Schulen als weitgehend entpolitisierten Raum, viele LehrerInnen betrachten sich

121 aufgrund DDR-Erfahrungen heute als unpolitisch. Weil die Verteidigung von
122 Grundrechten vielfach als Frage von Parteipolitik missverstanden wird, fehlt es
123 zu oft an der notwendigen Klarheit und Hilfestellung gegenüber
124 antidemokratischen und rassistischen Einstellungen in der Schülerschaft. Ob
125 Demokratiekompetenz im Schulalltag vermittelt wird, hängt von Interesse und
126 Engagement von LehrerInnen und SchulleiterInnen ab. Auch wenn viele
127 Antirassismusprojekte vorhanden sind, erreichen sie aufgrund ihrer
128 Nachfrageorientierung gerade diejenigen Schulen nicht, die sie am meisten
129 bräuchten.

130 Um die Demokratiebildung an sächsischen Schulen zu stärken, fordern wir:

- 131 - schulische Entscheidungsspielräumen hinsichtlich Pädagogik, Finanzen und
132 Personal auszuweiten
- 133 - die Kompetenzentwicklungen durch Selbsterfahrung (Schülerparlamente,
134 Urabstimmungen) zu ermöglichen und Schülergremien oberhalb der Schulebene
135 (Kreisschülerrat) zu stärken
- 136 - das Fach Gemeinschaftskunde durch eine größere Praxisorientierung an sozialer
137 Verantwortung, Erfahrung von Vielfalt und persönlichem Engagement im Rahmen
138 einer Ausweitung des Stundenumfangs zu stärken
- 139 - Inhalte politischer Bildung in Pflichtfächern zu verankern und einzelne Fächer
140 im Hinblick auf Menschen- und Grundrechtsbildung besser zu vernetzen
- 141 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz im Schulgesetz als Auftrag im Sinne der
142 Grundrechtsvermittlung zu verankern
- 143 - geeignete Unterstützungsstrukturen (Weiterbildung, Coaching) der Lehrkräfte
144 zur Einübung von Demokratie- und Diskurskompetenz von SchülerInnen aufzubauen
- 145 - die Reichweite von Antirassismus-Projekten (mobile Beratung) durch eine
146 bessere Förderung und aktive Bewerbung bei Schulen zu verbessern
- 147 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz und Inhalte politischer Bildung in der
148 Lehreraus- und fortbildung zu verankern

149 *Hochschulen*

150 Die sächsischen Hochschulen sind ein wichtiges Reservoir späteren politischen
151 Engagements. An ihnen wird tagtäglich demokratisches Engagement eingeübt, auch
152 wenn in den vergangenen Jahren systematisch Mitbestimmungsrechte zurückgefahren
153 wurden. Dennoch können die Bedingungen demokratischen Engagements für
154 Studierende deutlich verbessert werden. Zugleich sind die Universitäten eine
155 wichtige Stätte politischer (Selbst-)Bildung und besitzen die
156 Studierendenschaften den Auftrag politischer Bildung. Ausbildungskapazitäten für
157 politische Erwachsenenbildner an den Universitäten wurden in den letzten Jahren
158 durch Kürzungen verringert und existieren derzeit nur in Dresden und Chemnitz.

159 Wir fordern:

- 160 - den politischen Bildungsauftrag der Studierendenschaften zu stärken
- 161 - die Wahrnehmung studentischer Interessen durch eine bessere Berücksichtigung
162 bei Bafög und eine Förderung von Studierenden ohne Bafög sowie durch eine
163 Anrechnung als Studienleistung zu fördern
- 164 - die weitere Demokratisierung der Hochschulstrukturen durch eine weitgehende

165 Viertelparität aller Mitgliedergruppen in Hochschulgremien und eine Stärkung
166 des Senats als zentrales Entscheidungsorgan voranzutreiben
167 - Erneute Einrichtung einer Professur für Erwachsenenbildung an der Universität
168 Leipzig und Verankerung der politischen Erwachsenenbildung als Lehrmodul an
169 allen Professuren der Erwachsenenbildung

170 *Außerschulische Bildung*

171 Mit den Angeboten von Gewerkschaften, Parteien und ihren Jugendverbänden,
172 Kirchen und Religionsgemeinschaften und freien Trägern der Jugendhilfe sowie
173 Bundes- und Landesjugendring existiert eine ausdifferenzierte Struktur
174 außerschulischer politischer Bildung. Ihre zentrale Herausforderung ist es auch,
175 sozial benachteiligte und bildungsferne Jugendliche zu erreichen. Dem wirkt
176 jedoch eine unzureichende finanzielle Ausstattung von Seiten des Freistaates
177 insbesondere für überörtliche Projekte, flexibles Jugendmanagement und die
178 Zuschüsse für Jugendhilfe in den Kommunen entgegen. Damit fehlen insbesondere
179 dort Ressourcen, wo nahraumorientiert demokratische Kompetenzen eingeübt werden
180 müssten. Im ländlichen Raum fehlt es neben finanziellen Ressourcen oft auch an
181 geeigneten Fachkräften und Kooperationsstrukturen.

182 Wir fordern:

- 183 - verlässliche Finanzierung durch mehrjährige Zuschussverträge
- 184 - die Jugendhilfe und politischen Jugendbildung bedarfsgerecht auszustatten
185 sowie die Antragsverfahren zu beschleunigen
- 186 - innovative Projekte zur politischen Bildung sozial benachteiligter und
187 bildungsferner Jugendlicher zu fördern
- 188 - vorhandene Akteure zu qualifizieren und innovative Kooperationsformen im
189 ländlichen Raum zu entwickeln

190 *II. Politische Erwachsenenbildung und Gemeinwesenarbeit*

191 Mit der Landeszentrale für politische Bildung, den politischen Stiftungen und
192 weiteren Akteuren wie den Volkshochschulen und vielen zivilgesellschaftlichen
193 Initiativen weist die politische Bildung auch in Sachsen ein großes Potential
194 auf. Dennoch besteht nach wie vor eine große Herausforderung darin, dass die
195 reguläre politische Bildung oft nur Vorinteressierte und Vorgebildete erreicht.
196 Vielfach fehlen zudem spezifische Angebote für MigrantInnen und weitere
197 Zielgruppen. Um neue Instrumente politischer Bildung zu entwickeln und zu
198 erproben, braucht es zum einen finanzielle und personelle Spielräume. Zum
199 anderen muss deren wissenschaftliche Erforschung und Begleitung sichergestellt
200 werden.

201 Obwohl das flächendeckende Netz der Volkshochschulen gut geeignet ist, neue
202 Gruppen zu erschließen, ist es oft stark von handelnden Personen abhängig, ob
203 politische Bildung eine Rolle spielt. Über die klassischen Träger politischer
204 Bildung hinaus bietet die demokratische Gemeinwesenarbeit mit ihren vielen
205 ehrenamtlichen Aktiven in Sozialräumen ein großes Potential, um demokratische
206 Werte im sozialen Nahraum erfahrbar zu machen. Die Schließung von

207 Studienangeboten für Gemeinwesenarbeit wirkt demgegenüber jedoch
208 kontraproduktiv. Auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und
209 erprobte Instrumente wie *Study Circles* zur Ermächtigung demokratischen Handelns
210 durch eigeninitiierte Bildungsarbeit wie in den USA und den skandinavischen
211 Ländern können wichtige Bausteine politischer Bildungsarbeit sein.

212 Um die politische Erwachsenenbildung zu stärken, fordern wir:

- 213 - die politischen Stiftungen und die Landeszentrale für politische Bildung sowie
- 214 die entsprechende wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Entwicklung und
- 215 Erprobung neuer Instrumente der politischen Bildung zu unterstützen
- 216 - Projekte menschenrechtsorientierter demokratischer Gemeinwesenarbeit in der
- 217 Fläche zu fördern
- 218 - die Volkshochschulen gezielt durch Kommunen und Freistaat zu stärken, um in
- 219 die Lage versetzt zu werden, politische Bildung ohne finanzielle Barrieren für
- 220 die Teilnehmer durchführen zu können
- 221 - Alternative Formen der Erwachsenenbildung durch Information und Bereitstellung
- 222 von Ressourcen zu unterstützen

223 *III. Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung*

224 Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) ist ein wichtiger
225 Akteur der politischen Bildung in Sachsen. Ihre Arbeit ist dem
226 Überparteilichkeitsgebot der politischen Bildung im Sinne des Beutelsbacher
227 Konsenses verpflichtet. Dieses Gebot wurde durch die Bereitstellung der Räume
228 der SLpB für eine Pegida-Pressekonferenz, aber auch durch eine einseitige
229 Ausgestaltung von Diskussionsforen ohne sichtbaren Widerspruch zu Pegida
230 verletzt. Kritik des für die Aufsicht zuständigen Kuratoriums war nicht zu
231 vernehmen. Dieser einseitige und unkritische Ansatz der SLpB bestätigt die
232 bereits seit Jahren bestehende Defizite bei der Anti-Diskriminierungsarbeit und
233 der politischen Bildung gegen menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft.
234 Das bisherige Agieren der SLpB gibt Anlass, über Veränderungen der inhaltlichen
235 Ausrichtung zu diskutieren. Wir erwarten, dass sich die SLpB für bestimmte
236 Themen wie die Anti- Diskriminierungsarbeit, Asylpolitik, Demokratiebildung
237 sowie globales und interkulturelles Lernen und ein größeres Spektrum
238 zivilgesellschaftlicher Akteure öffnet.

239 Eine inhaltliche Öffnung der SLpB muss mit einer Stärkung des überparteilichen
240 Charakters der SLpB einhergehen. Wesentliche Ursachen für die bisherige
241 Ausrichtung der SLpB liegen in der engen Anbindung an das Kultusministerium und
242 den starken Einfluss des Kultusministeriums bei der Besetzung des Kuratoriums
243 als Kontrollgremium. Zwar ist die Ansiedlung ans Kultusministerium und die
244 Bestimmung der Kuratoriumsmitglieder im Ländervergleich nicht ungewöhnlich. Im
245 Zusammenwirken mit der durch die ununterbrochen regierenden Staatspartei CDU
246 geprägten politischen Kultur droht jedoch die Überparteilichkeit klar gefährdet
247 zu werden.

248 Wir fordern deshalb:

- 249 - die SLpB an den Landtag anzubinden und mit einem durch den Landtag gewählten
- 250 Landesbeauftragten für politische Bildung an der Spitze zu versehen
- 251 - nicht-parlamentarische Kuratoriumsmitglieder von den Verbänden selbst benennen
- 252 zu lassen
- 253 - eine Vertretung aller Landtagsfraktionen im Kuratorium
- 254 - einen jährlichen Bericht des Landesbeauftragten und eine regelmäßige
- 255 unabhängige qualitätsbezogene Evaluation der Arbeit der SLpB

Antrag

AntragsstellerIn: LAG Bildung

Gegenstand: **Politische Bildung in Sachsen stärken -
Kompetenzen für lebendige Demokratie und
offene Gesellschaft ausbilden**

1 Antragstext

2 Sachsen braucht dringend eine Veränderung seiner politische Kultur. Pegida&Co.
3 und die mit ihnen schließlich einhergehenden rassistischen Ausschreitungen und
4 Anschläge sind nicht zufällig in Sachsen entstanden. Ein in allen Schichten zu
5 findender Teil der sächsischen Bevölkerung hat nicht nur Vorbehalte gegenüber
6 als fremd empfundenen Religionen wie dem Islam, sondern ist offen rassistisch
7 und fremdenfeindlich eingestellt. Viele haben wenig Vertrauen und Kenntnis von
8 demokratischen Strukturen und politischen Prozessen. Tiefsitzende Ressentiments,
9 eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Fremden bis hin zu einer Normalität
10 rassistischer Vorstellungen in Teilen der sächsischen Bevölkerung verbinden sich
11 mit einem verbreiteten Unverständnis gegenüber der Komplexität von Demokratie
12 und Moderne. Ethnische, religiöse oder kulturelle Vielfalt wird eher als
13 Bedrohung, denn als Chance begriffen. Für viele ist nicht selbstverständlich,
14 dass in einer Demokratie über gesellschaftliche Probleme, unterschiedliche
15 Interesse und Weltanschauungen offen diskutiert werden muss. Stattdessen
16 existiert die Vorstellung, dass Probleme ohne 'Parteienstreit' als 'sachlicher'
17 Konsens oder durch einfache Durchsetzung der Mehrheit gelöst werden. Dies wird
18 begünstigt von einer durch die 'Staatspartei' CDU geprägten, teils verrohten
19 politischen Kultur, die allzu oft eine obrigkeitsstaatliche Tradition der
20 Verwaltung fortsetzt, den offenen politischen Diskurs scheut und sich mit der
21 Akzeptanz von Vielfalt und Anderssein schwertut. Beleg dafür sind die offene
22 Sympathie konservativer Teile der sächsischen CDU für Pegidia und die
23 Schwierigkeiten, eine klare Abgrenzung der undemokratischen und rassistischen
24 Positionen von Pegida zu organisieren.

25 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine weltoffene, demokratische und
26 menschenrechtsorientierte politische Kultur in Sachsen ein. Gelebte
27 Weltoffenheit, die Akzeptanz von Vielfalt und demokratischem Streit sind auf
28 eine Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Akteure angewiesen. Die
29 Antworten auf Pegida sind vielfältig: eine andere politische Kultur und eine
30 Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte, interkulturelle Bildung und eine

31 weltoffene Asyl- und Migrationspolitik.

32 Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein einer solchen Veränderung. Um den
33 gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, muss politische Bildung weit
34 mehr leisten, als über die Strukturen des politischen Systems zu informieren.
35 Sie muss auf allen Ebenen dazu beitragen, dass die universalen Menschenrechte
36 und verfassungsmäßigen Grundrechte leitend für politisches und
37 gesellschaftliches Handeln sind. Dabei stellt sich die Frage, auf welche Weise
38 über die klassischen Zielgruppen politischer Bildung hinaus auch diejenigen
39 für Menschenrechts- und Demokratiebildung erreicht werden können, die offen für
40 rassistische und fremdenfeindliche Ressentiments sind und deren Vertrauen in die
41 demokratische Gesellschaft gering ist. Ziel politischer Bildung muss die
42 Förderung der Selbstermächtigung aller BürgerInnen zu
43 menschenrechtsorientiertem, zivilgesellschaftlichem und demokratischem Handeln
44 sein. Diese Herausforderung weist weit über die Tätigkeit der politischen
45 Stiftungen, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Akteuren der
46 politischen Erwachsenenbildung hinaus. Für einen nachhaltigen Ansatz muss ebenso
47 die politische Bildung in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen,
48 aber auch in der Gemeinwesenarbeit gestärkt werden.

49 *I. Bildungseinrichtungen*

50 Die unterdurchschnittliche Beteiligung von SchülerInnen und StudentInnen an den
51 Pegida-Demos darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Sagbarkeit von
52 rassistischen und undemokratischen Positionen weit in den Resonanzraum von
53 Kindern und Jugendlichen hineinwirkt. Im familiären Nahraum werden Vorurteile
54 gegenüber dem politischen System und Andersartigen zum Teil ungefiltert und
55 undiskutiert weitergegeben. Eine Stärkung der politischen Bildung in Kita,
56 Schule, Ausbildung und Hochschule ist deshalb unerlässlich. Für politische
57 Bildung ist es nie zu früh, wenn sie altersgerecht gestaltet wird. Gerade in
58 Bildungseinrichtungen können frühzeitig und niedrigschwellig Diskussions- und
59 Demokratiekompetenzen sowie menschenrechtsorientierte Bildung vermittelt werden.

60 *Kita*

61 Auch vor der Schule können Kinder sie betreffende Gegenstände gemeinsam
62 aushandeln, diskutieren und entscheiden. Dabei können sie lernen, Konflikte
63 argumentativ und ohne Gewalt zu lösen und sich als selbstwirksam zu erleben. Die
64 im Bundeskinerschutzgesetz verankerte Beteiligung von Kindern in der Kita wird
65 in Sachsen oft nur unzureichend mit Leben erfüllt. Demokratiekompetenz wird nur
66 selten als basale Lernkompetenz betrachtet. Die Beteiligung von Kindern wird
67 zwar teilweise als pädagogisch sinnvoll betrachtet, jedoch kaum als
68 bildungspolitische Notwendigkeit betrachtet, um das Gemeinwesen zu stärken.
69 Allzuoft fehlen Wissen und Haltung, um Demokratie von Anfang an als
70 selbstverständliche gute pädagogische Praxis zu begreifen. Demokratiekompetenz
71 findet sich zwar als verbindliches Lernziel im Bildungsplan, ist aber nicht im
72 Kita-Gesetz verankert und wird oft nur unzureichend umgesetzt. Vielen
73 ErzieherInnen fehlen die Instrumente, sich selbst und den Kindern demokratische
74 Prozesse bewusst zu machen und als selbstverständlichen Bestandteil des Kita-
75 Alltags zu verankern.
76 Bei der Umsetzung demokratischer Bildung in der Kita kann an Projekte wie das
77 DKJS-Projekt *Demokratie von Anfang an* angeknüpft werden. Der bis 2013 erprobte

78 Ansatz zeigt, wie Kindertageseinrichtungen begleitet werden können, um Lernorte
79 der Demokratie zu werden. Diese Erfahrungen müssen nun in die Breite getragen
80 werden. Wir wollen, dass der Freistaat ein Programm einrichtet, mit dem die
81 Entwicklung und das Argumentieren eigener Positionen sowie der
82 selbstverständliche Umgang mit Meinungsvielfalt und demokratischen
83 Entscheidungsfindungsprozessen früh eingeübt wird. Ziel muss es sein, dass sich
84 jede Kita als demokratischen Lernort begreift und dabei sowohl Kinder, als auch
85 ErzieherInnen und Eltern einbezieht. Wir fordern

86 - die Förderung eines Fortbildungs- und Supervisionsprogramms „Demokratie von
87 Anfang an“ für demokratisches Lernen in der Kita in unabhängiger Trägerschaft,
88 das die Freistellung von Personal ermöglicht und finanziert
89 - Ziele demokratischer Bildung im Kita-Gesetz zu verankern
90 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz in der Aus- und Fortbildung von
91 ErzieherInnen zu verankern

92 *Schulen*

93 An den sächsischen Schulen sind die formalen Mitwirkungsrechte von SchülerInnen,
94 Eltern und LehrerInnen im Ländervergleich relativ weitgehend. Solange jedoch die
95 Einzelkompetenzen der Schulen, über pädagogische, finanzielle und personelle
96 Fragen zu entscheiden, weiterhin eingeschränkt sind, laufen die demokratischen
97 Rechte oftmals ins Leere. Zudem mangelt es allzuoft an Engagement von
98 Schulleitung und Lehrkräften, die Mitwirkungsstrukturen mit Leben zu erfüllen.
99 Sinnvolle Programme wie „Mitwirkung mit Wirkung“ zur Qualifizierung von
100 Schülervertretungen müssen stärker in die Breite wirken.

101 Die Vermittlung von Grundlagen politischer Bildung ist zunächst Aufgabe des
102 Unterrichts. Auch wenn der sächsische Lehrplan die entsprechenden Inhalte
103 vorsieht, weist der Gemeinschaftskundeunterricht im Ländervergleich ein eher
104 geringes Gewicht auf. Hinzu kommt, dass die Fächer Gemeinschaftskunde und
105 Geschichte an einzelnen Schularten abgewählt werden können. Allein die
106 Ausweitung dieser Fächer in der Stundentafel löst jedoch nicht das Problem.
107 Gefragt ist vielmehr die alltägliche Einübung von Demokratiekompetenz. Dies
108 schließt die Fähigkeit ein, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen, sich in
109 andere einzufühlen und mit anderen zu diskutieren. Dies setzt voraus, Schule
110 nicht nur als Ort der Wissensvermittlung, sondern als Lern- und Lebensort im
111 Sinne einer umfassenden Kompetenzerwerbungs zu verstehen. Ein solches Umdenken
112 muss eine veränderte Lehramtsausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie ein
113 Umdenken in der Schulaufsicht nach sich ziehen. Die LehrerInnen an sächsischen
114 Schulen dürfen bei dieser Herausforderung nicht länger durch fehlende
115 Unterstützungsstrukturen allein gelassen werden.

116 Die Bandbreite der Dominanz politischer Positionen ist je nach Schularten und
117 Region sehr differenziert und abhängig von Schülerklientel und dem jeweiligen
118 lokalen gesellschaftlichen Klima. Das sächsische Kultusministerium versteht
119 Schulen als weitgehend entpolitisierten Raum, viele LehrerInnen betrachten sich
120 aufgrund DDR-Erfahrungen heute als unpolitisch. Weil die Verteidigung von
121 Grundrechten vielfach als Frage von Parteipolitik missverstanden wird, fehlt es
122 zu oft an der notwendigen Klarheit und Hilfestellung zu antidemokratischen und
123 rassistischen Einstellungen in der Schülerschaft. Ob Demokratiekompetenz im
124 Schulalltag vermittelt wird, hängt von Interesse und Engagement von LehrerInnen

125 und SchulleiterInnen ab. Auch wenn viele Antirassismusprojekte vorhanden sind,
126 erreichen sie aufgrund ihrer Nachfrageorientierung gerade diejenigen Schulen
127 nicht, die sie am meisten bräuchten. Um die Demokratiebildung an sächsischen
128 Schulen zu stärken, fordern wir:

- 129 - schulische Entscheidungsspielräumen hinsichtlich Pädagogik, Finanzen und
- 130 Personal auszuweiten
- 131 - die Kompetenzentwicklungen durch Selbsterfahrung (Schülerparlamente,
- 132 Urabstimmungen) zu ermöglichen und Schülergremien oberhalb der Schulebene
- 133 (Kreisschülerrat) zu stärken
- 134 - das Fach Gemeinschaftskunde *an allen weiterführenden Schularten ab Klasse 5
- 135 durchgehend mit 2 Wochenstunden zu unterrichten und* durch eine größere
- 136 Praxisorientierung an sozialer Verantwortung, Erfahrung von Vielfalt und
- 137 persönlichem Engagement im Rahmen einer Ausweitung des Stundenumfangs zu stärken
- 138 - Inhalte politischer Bildung in Pflichtfächern zu verankern und einzelne Fächer
- 139 im Hinblick auf Menschen- und Grundrechtsbildung besser zu vernetzen
- 140 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz im Schulgesetz als Auftrag im Sinne der
- 141 Grundrechtsvermittlung zu verankern
- 142 - geeignete Unterstützungsstrukturen (Weiterbildung, Coaching) der Lehrkräfte
- 143 zur Einübung von Demokratie- und Diskurskompetenz von SchülerInnen aufzubauen
- 144 - die Reichweite von Antirassismus-Projekten (mobile Beratung) durch eine
- 145 bessere Förderung und aktive Bewerbung bei Schulen zu verbessern
- 146 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz und Inhalte politischer Bildung in der
- 147 Lehreraus- und fortbildung aller Lehramtsfächer zu verankern

148 *Hochschulen*

149 Die sächsischen Hochschulen sind ein wichtiges Reservoir späteren politischen
150 Engagements. An ihnen wird tagtäglich demokratisches Engagement eingeübt, auch
151 wenn in den vergangenen Jahren systematisch Mitbestimmungsrechte zurückgefahren
152 wurden. Dennoch können die Bedingungen demokratischen Engagements für
153 Studierende deutlich verbessert werden. Zugleich sind die Universitäten eine
154 wichtige Stätte politischer (Selbst-)Bildung und besitzen die
155 Studierendenschaften den Auftrag politischer Bildung. Ausbildungskapazitäten für
156 politische Erwachsenenbildner an den Universitäten wurden in den letzten Jahren
157 durch Kürzungen verringert und existieren derzeit nur in Dresden und Chemnitz.
158 Wir fordern:

- 159 - den politischen Bildungsauftrag der Studierendenschaften zu stärken
- 160 - die Wahrnehmung studentischer Interessen durch eine bessere Berücksichtigung
- 161 bei Bafög und eine Förderung von Studierenden ohne Bafög sowie durch eine
- 162 Anrechnung als Studienleistung zu fördern
- 163 - die weitere Demokratisierung der Hochschulstrukturen durch eine weitgehende
- 164 Viertelparität aller Mitgliedergruppen in Hochschulgremien und eine Stärkung
- 165 des Senats als zentrales Entscheidungsorgan voranzutreiben
- 166 - Erneute Einrichtung einer Professur für Erwachsenenbildung an der Universität
- 167 Leipzig und Verankerung der politischen Erwachsenenbildung als Lehrmodul an
- 168 allen Professuren der Erwachsenenbildung

169 *Außerschulische Bildung*

170 Mit den Angeboten von Gewerkschaften, Parteien und ihren Jugendverbänden,
171 Kirchen und Religionsgemeinschaften und freien Trägern der Jugendhilfe sowie
172 Bundes- und Landesjugendring existiert eine ausdifferenzierte Struktur
173 außerschulischer politischer Bildung. Ihre zentrale Herausforderung ist es auch,
174 sozial benachteiligte und bildungsferne Jugendliche zu erreichen. Dem wirkt
175 jedoch eine unzureichende finanzielle Ausstattung von Seiten des Freistaates
176 insbesondere für überörtliche Projekte, flexibles Jugendmanagement und die
177 Zuschüsse für Jugendhilfe in den Kommunen entgegen. Damit fehlen insbesondere
178 dort Ressourcen, wo nahraumorientiert demokratische Kompetenzen eingeübt werden
179 müssten. Im ländlichen Raum fehlt es neben finanziellen Ressourcen oft auch an
180 geeigneten Fachkräften und Kooperationsstrukturen.

181 Wir fordern:

- 182 - verlässliche Finanzierung durch mehrjährige Zuschussverträge
- 183 - die Jugendhilfe und politischen Jugendbildung bedarfsgerecht auszustatten
- 184 sowie die Antragsverfahren zu beschleunigen
- 185 - innovative Projekte zur politischen Bildung sozial benachteiligter und
- 186 bildungsferner Jugendlicher zu fördern
- 187 - vorhandene Akteure zu qualifizieren und innovative Kooperationsformen im
- 188 ländlichen Raum zu entwickeln

189 *II. Politische Erwachsenenbildung und Gemeinwesenarbeit*

190 Mit der Landeszentrale für politische Bildung, den politischen Stiftungen und
191 weiteren Akteuren wie den Volkshochschulen und vielen zivilgesellschaftlichen
192 Initiativen weist die politische Bildung auch in Sachsen ein großes Potential
193 auf. Dennoch besteht nach wie vor eine große Herausforderung darin, dass die
194 reguläre politische Bildung oft nur Vorinteressierte und Vorgebildete erreicht.
195 Vielfach fehlen zudem spezifische Angebote für MigrantInnen und weitere
196 Zielgruppen. Um neue Instrumente politischer Bildung zu entwickeln und zu
197 erproben, braucht es zum einen finanzielle und personelle Spielräume. Zum
198 anderen muss deren wissenschaftliche Erforschung und Begleitung sichergestellt
199 werden.

200 Obwohl das flächendeckende Netz der Volkshochschulen gut geeignet ist, neue
201 Gruppen zu erschließen, ist es oft stark von handelnden Personen abhängig, ob
202 politische Bildung eine Rolle spielt. Über die klassischen Träger politischer
203 Bildung hinaus bietet die demokratische Gemeinwesenarbeit mit ihren vielen
204 ehrenamtlichen Aktiven in Sozialräumen ein großes Potential, um demokratische
205 Werte im sozialen Nahraum erfahrbar zu machen. Die Schließung von
206 Studienangeboten für Gemeinwesenarbeit wirkt demgegenüber jedoch
207 kontraproduktiv. Auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und
208 erprobte Instrumente wie *Study Circles* zur Ermächtigung demokratischen Handelns
209 durch eigeninitiierte Bildungsarbeit wie in den USA und den skandinavischen
210 Ländern können wichtige Bausteine politischer Bildungsarbeit sein. Um die
211 politische Erwachsenenbildung zu stärken, fordern wir:

- 212 - die politischen Stiftungen und die Landeszentrale für politische Bildung sowie
- 213 die entsprechende wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Entwicklung und
- 214 Erprobung neuer Instrumente der politischen Bildung zu unterstützen
- 215 - Projekte menschenrechtsorientierter demokratischer Gemeinwesenarbeit in der
- 216 Fläche zu fördern
- 217 - die Volkshochschulen gezielt durch Kommunen und Freistaat zu stärken, um in

218 die Lage versetzt zu werden, politische Bildung ohne finanzielle Barrieren für
219 die Teilnehmer durchführen zu können
220 - Alternative Formen der Erwachsenenbildung durch Information und Bereitstellung
221 von Ressourcen zu unterstützen

222 *III. Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung*

223 Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) ist ein wichtiger
224 Akteur der politischen Bildung in Sachsen. Ihre Arbeit ist dem
225 Überparteilichkeitsgebot der politischen Bildung im Sinne des Beutelsbacher
226 Konsenses verpflichtet. Dieses Gebot wurde durch die Bereitstellung der Räume
227 der SLpB für eine Pegida-Pressekonferenz, aber auch durch eine einseitige
228 Ausgestaltung von Diskussionsforen ohne sichtbaren Widerspruch zu Pegida
229 verletzt. Kritik des für die Aufsicht zuständigen Kuratoriums war nicht zu
230 vernehmen. Dieser einseitige und unkritische Ansatz der SLpB bestätigt die
231 bereits seit Jahren bestehende Defizite bei der Anti-Diskriminierungsarbeit und
232 der politischen Bildung gegen menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft.
233 Das bisherige Agieren der SLpB gibt Anlass, über Veränderungen der inhaltlichen
234 Ausrichtung zu diskutieren. Wir erwarten, dass sich die SLpB für bestimmte
235 Themen wie die Anti- Diskriminierungsarbeit, Asylpolitik, Demokratiebildung
236 sowie globales und interkulturelles Lernen und ein größeres Spektrum
237 zivilgesellschaftlicher Akteure öffnet.
238 Eine inhaltliche Öffnung der SLpB muss mit einer Stärkung des überparteilichen
239 Charakters der SLpB einhergehen. Wesentliche Ursachen für die bisherige
240 Ausrichtung der SLpB liegen in der engen Anbindung an das Kultusministerium und
241 den starken Einfluss des Kultusministeriums bei der Besetzung des Kuratoriums
242 als Kontrollgremium. Zwar ist die Ansiedlung ans Kultusministerium und die
243 Bestimmung der Kuratoriumsmitglieder im Ländervergleich nicht ungewöhnlich. Im
244 Zusammenwirken mit der durch die ununterbrochen regierenden Staatspartei CDU
245 geprägten politischen Kultur droht jedoch die Überparteilichkeit klar gefährdet
246 zu werden. Wir fordern deshalb:

- 247 - die SLpB an den Landtag anzubinden und mit einem durch den Landtag gewählten
- 248 Landesbeauftragten für politische Bildung an der Spitze zu versehen
- 249 - nicht-parlamentarische Kuratoriumsmitglieder von den Verbänden selbst benennen
- 250 zu lassen
- 251 - eine Vertretung aller Landtagsfraktionen im Kuratorium
- 252 - einen jährlichen Bericht des Landesbeauftragten und eine regelmäßige
- 253 unabhängige qualitätsbezogene Evaluation der Arbeit der SLpB

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: **Klare Abgrenzung gegen den Rechtspopulismus der AfD**

1 Antragstext

2 Die zunehmend rechtspopulistische Orientierung der Partei „Alternative für
3 Deutschland“ (AfD) und die immer offener zu Tage tretende menschenfeindliche
4 Haltung zahlreicher ihrer Amts- und Mandatsträger*innen macht es erforderlich,
5 dass Demokratinnen und Demokraten, die für die Grundrechte und die Werte des
6 Grundgesetzes stehen, sich deutlich von ihr abgrenzen. Die aktuellen Versuche
7 der AfD, von rassistischen Stimmungen - insbesondere auch in Sachsen - zu
8 profitieren und diese gezielt zu schüren, unterstreichen diese Notwendigkeit.

9 Mit der Ablösung des Bundesvorsitzenden Bernd Lucke durch die sächsische
10 Landesvorsitzende Frauke Petry Anfang Juli 2015 hat die AfD klar einen
11 rechtspopulistischen Kurs eingeschlagen. Bürgerlich-liberale Kräfte haben die
12 Partei verlassen. Das Ex-AfD-Mitglied Hans-Olaf Henkel (Mitglied des
13 Europaparlaments) hat festgestellt, dass die AfD zu einer „NPD im Schafspelz“
14 werde.

15 Wir haben die AfD seit ihrer Wahl in den Sächsischen Landtag beobachtet, ihren
16 Vertreter*innen im Plenum und auf rassistischen Demonstrationen im Freistaat
17 zugehört und ihre politischen Initiativen analysiert. Anders als ihr Ex-Mitglied
18 Henkel setzen wir die AfD nicht mit der NPD gleich, aber wir beobachten ihr
19 Bestreben, Stimmen vom rechten Rand zu gewinnen. Zwar fehlt eine klar völkische
20 Orientierung in den offiziellen Programmen der AfD, aber die AfD hat sich für
21 neonazistische und rassistische Meinungen geöffnet und scheint sich für
22 Rassist*innen noch weiter öffnen zu wollen. Wir haben frühzeitig auf diese
23 Entwicklung hingewiesen und gewarnt, dass mit der AfD Einstellungsmuster der
24 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verbreitet werden. Anders als der offene
25 Neonazismus bleibt der Rechtspopulismus der AfD dabei oft bewusst im Ungefähren,
26 um flexibel genug zu sein, gezielt aktuelle Stimmungen bedienen zu können. Es
27 ist dieses Spiel - nicht eine feste Ideologie - das diesen Rechtspopulismus
28 gefährlich macht.

29 Aktuell ist zu beobachten, dass Mitglieder und Mandatsträger*innen der AfD bei
30 rassistischen Demonstrationen, wie etwa in Freital und Heidenau oder in Leipzig,
31 mitlaufen. In Sachsen organisiert die AfD selbst Demonstrationen gegen das
32 angebliche „Asylchaos“. Dass ihr dies bisher mit nur mäßigem Erfolg gelingt, ist
33 der Stärke der Pegida-Bewegung in Sachsen geschuldet. In Thüringen demonstriert
34 die AfD sogar ganz offen mit Neonazis zusammen, wovon sich der sächsische AfD-
35 Verband nicht distanziert. Und auch in Sachsen ist zu beobachten, dass einzelne
36 Mitglieder der AfD keine Berührungsängste mit der neonazistischen
37 Kameradschaftszene im Freistaat haben.

38 In der politischen Auseinandersetzung schreckt die AfD zudem vor dem Mittel der
39 Diffamierung nicht zurück. Wenn sich die Bundeskanzlerin von Rassismus
40 distanziert, kommentiert die AfD-Bundesvorsitzende Petry dies mit den Worten:
41 „Merkel beschimpft das eigene Volk.“ Der AfD-Bundes-Vize und brandenburgische
42 AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland macht für Anschläge auf
43 Flüchtlingsunterkünfte „die Politiker der Altparteien, die zur jetzigen
44 Eskalation der Flüchtlingsproblematik beigetragen haben“ verantwortlich. Den
45 Protest der Brandenburger Landtagsfraktionen dagegen, kommentiert der
46 Parlamentarische Geschäftsführer der sächsischen AfD-Landtagsfraktion, Uwe
47 Wurlitzer, folgendermaßen: „Brandenburger Landtag entwickelt sich zur DDR-
48 Volkskammer“. Nach den Gewaltnächten in Heidenau etwa sprach die AfD von
49 "gesprächsbereiten Bürgern". Damit ist klar: Die AfD will nicht Teil des
50 demokratischen Diskurses sein, sie will ihn zerstören. Damit verbietet sich auf
51 allen Ebenen jegliche Zusammenarbeit mit ihr. Diese Haltung müssen wir als GRÜNE
52 konsequent vertreten und der zunehmenden Verrohung der politischen Kultur in
53 Sachsen entschieden begegnen.

54 In diesem Zusammenhang nehmen wir auch sehr genau wahr, wenn die AfD
55 beispielsweise Formulierungen wie „Asyllobbyisten und Scheinmoralisten“ („Blaue
56 Post“, Zeitung der AfD-Landtagsfraktion, Juli 2015) verwendet oder den
57 „Genderismus“ als eine „menschenfeindliche“ Ideologie (AfD-Landtagswahlprogramm)
58 bezeichnet. Dass das Engagement für eine menschenrechtsorientierte
59 Flüchtlingspolitik als „Asyllobbyismus“ und das Eintreten für Gleichstellung und
60 Geschlechtergerechtigkeit als „menschenfeindlich“ diffamiert werden, ist gerade
61 für uns GRÜNE auf keinen Fall hinnehmbar. Dort, wo die AfD mehr direkte
62 Demokratie fordert, geht es ihr nicht um die Stärkung der Demokratie, sondern um
63 die Ausgrenzung von Minderheiten. Wir reichen den AfD-Demagog*innen nicht die
64 Hand.

65 Selbst wenn es kommunale AfD-Mandatsträger*innen geben sollte, die für sich in
66 Anspruch nehmen, in erster Linie den Anti-Euro-Kurs der AfD und keine
67 menschenfeindlichen Positionen zu vertreten, müssten sich diese klar von den
68 genannten Aktionen und Äußerungen von Vertreter*innen ihrer Bundes- und
69 Landespartei distanzieren. Wo das nicht geschieht, muss ernsthaft bezweifelt
70 werden, dass sie sich an der Werteordnung der Grund- und Menschenrechte
71 orientiert, die die notwendige Gemeinsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten
72 sein muss.

73 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen empfiehlt daher allen GRÜNEN
74 kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie den sächsischen GRÜNEN
75 Abgeordneten im Sächsischen Landtag von jeglicher Zusammenarbeit mit Fraktionen

76 oder Mandatsträger*innen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) abzusehen. Dazu
77 gehört die Regel, dass Anträgen der AfD in den Parlamenten nicht zugestimmt
78 wird.

Begründung

In der aktuellen politischen Lage, die in Sachsen stark durch menschenfeindliche Bewegungen geprägt ist, spielt die AfD eine negative Rolle. Auch weil die AfD in den letzten Monaten, insbesondere nach dem Amtsantritt von Frauke Petry als Bundesvorsitzende, noch einmal einen starken Rechtsruck vollzogen hat, ist eine grundsätzliche Positionierung gegenüber dieser Partei erforderlich. Dabei ist es von nachrangiger Bedeutung, dass die AfD auf nahezu allen Politikfeldern Positionen einnimmt, die GRÜNEN Inhalten diametral entgegengesetzt sind. Entscheidend ist der Umstand, dass die AfD Hass und Ressentiments schürt sowie Rassisten den Boden bereitet.

Wir GRÜNEN werden Positionen „rechts von der Mitte“ zwar immer entschieden widersprechen. Sie **können** aber durchaus einen Platz im demokratischen Spektrum einnehmen. Eine klare und harte Abgrenzung ist jedoch gegenüber Parteien notwendig, in deren Programmatik die Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte ausdrücklich verneint werden. Hinsichtlich der NPD, bei der genau dies der Fall ist, haben die sächsischen GRÜNEN auf ihrer Leipziger Landesdelegiertenkonferenz am 27. September 2008 einen klaren Kurs der Abgrenzung beschlossen.

Eine pauschale Gleichsetzung der AfD mit neonazistischen Gruppierungen wäre sachlich falsch. Ihre unheilvolle Rolle macht es aber trotzdem erforderlich, eine eigene Haltung ihr gegenüber einzunehmen, die auch in den Parlamenten umgesetzt werden muss. Ein „normales“ Verhältnis ihr gegenüber verbietet sich aus den im Antrag genannten Gründen. GRÜNE Zustimmungen zu AfD-Anträgen wären ein falsches Signal an die demokratische Öffentlichkeit. Deshalb wird eine grundsätzliche Ablehnung von AfD-Anträgen empfohlen.

Antrag

AntragsstellerIn: LAG Hochschule

Gegenstand: **Fair statt prekär – für eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen an sächsischen Hochschulen**

1 Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für faire Beschäftigungsbedingungen an sächsischen Hochschulen ein. Wir wollen nicht nur verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs ermöglichen, sondern allen Beschäftigungsgruppen gute Arbeitsbedingungen im Sinne des Leitbildes „Wissenschaft als Beruf“ ermöglichen. Dabei fordern wir Veränderungen in folgenden Punkten:

8 1. Faire Bedingungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte

9 Für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte sind die
10 Beschäftigungsbedingungen vielfach ungeklärt. Oft fehlt selbst ein
11 Arbeitsvertrag, in dem Rechte und Pflichten geklärt sind. Wir wollen
12 verbindliche Regelungen für Arbeitszeit, Urlaubsanspruch und Mindestlaufzeiten
13 verankern. Die Vergütung soll unabhängig von der Hochschulart und auf bundesweit
14 vergleichbarem Niveau erfolgen.

15 2. Lehrbeauftragte endlich angemessen entlohnen

16 Im Rahmen einer vielfältigen und praxisnahen Lehre sowie zum Sammeln von
17 Lehrerfahrungen sind Lehrbeauftragte ein wichtiges ergänzendes Element der
18 Hochschullehre. In der Praxis decken Lehrbeauftragte jedoch zum Teil
19 grundständige Lehre ab und werden angesichts ihrer Qualifikation und Leistung
20 nur unzureichend vergütet. Wir wollen den Grundsatz durchsetzen, dass
21 Lehrbeauftragte außer an Musik- und Kunsthochschulen nicht für grundständige
22 Lehre, sondern nur für ergänzende Angebote eingesetzt werden. Die Arbeit von
23 Lehrbeauftragten einschließlich der Vor- und Nachbereitungszeit soll mit
24 vergleichbaren Stundensätzen wissenschaftlicher MitarbeiterInnen vergütet
25 werden. Honorarfreie Tätigkeiten für Berufstätige sollen weiterhin möglich sein.
26 Lehrbeauftragte sollen innerhalb der Gruppe der wissenschaftlichen

27 MitarbeiterInnen angemessen in den Hochschulgremien vertreten sein.

28 3. Missbrauch von Drittmittelbeschäftigung beenden

29 In den letzten Jahren ist der Anteil von Beschäftigten im Rahmen von
30 Drittmittelprojekten gegenüber grundständigen Stellen erheblich gewachsen.
31 Angesichts von oft nur kurzen Vertragslaufzeiten weit unterhalb der
32 Projektlaufzeit bieten diese jedoch oft nur prekäre Beschäftigungsbedingungen.
33 Wir wollen den Grundsatz der Beschäftigung gemäß Projektlaufzeit verankern.
34 Dabei sollen Ausnahmen für zeitlich befristete Teilprojekte,
35 Schwangerschaftsvertretung o.ä. verbindlich geregelt werden. Darüber hinaus
36 setzen wir uns für gezielte Anreize für mehr unbefristete
37 Beschäftigungsverhältnisse in den Drittmittelprogrammen des Freistaates, des
38 Bundes und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein. Zur Förderung
39 stabiler Beschäftigungsverhältnisse sind Programmpauschalen nach Möglichkeit zu
40 zentralisieren.

41 4. Berechenbare Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs

42 Viele hochqualifizierte NachwuchswissenschaftlerInnen arbeiten nach der
43 Promotion unter prekären Bedingungen mit unzureichender Anbindung an die
44 wissenschaftliche Community. Wir setzen uns für eine vorrangige Förderung sozial
45 abgesicherter Stellen gegenüber Stipendien in der Post-Doc-Phase ein. Die
46 Juniorprofessur soll mit einem verbindlichen Tenure-Track ausgestaltet werden.
47 Wir wollen erreichen, dass schrittweise ein Drittel aller neu zu besetzenden
48 ordentlichen Professuren über eine Juniorprofessur berufen werden.

49 5. Unbefristete Beschäftigungen ausweiten

50 Für hochqualifizierte WissenschaftlerInnen besteht die Perspektive auf eine
51 unbefristete Beschäftigung einzig in der Berufung auf eine Professur. Angesichts
52 des engen Stellenkontingents werden damit die Berufsbiographien vieler
53 hervorragender WissenschaftlerInnen entwertet. Die Einrichtung von Dauerstellen
54 jenseits der Professur, z.B. Lecturer, wird den vielfältigen Aufgabenprofilen in
55 der Wissenschaft besser gerecht. Wir wollen einen Mindestanteil unbefristeter
56 Beschäftigungsverhältnisse für dauerhafte Aufgaben in Lehre, Forschung und
57 wissenschaftlicher Dienstleistung schaffen.

58 Zur Umsetzung dieser Forderungen streben wir an, dass die Tarifsperre im
59 Wissenschaftszeitvertragsgesetz aufgehoben und ein Wissenschaftstarifvertrag
60 verhandelt wird. Bis tarifvertragliche Regelungen greifen, sollen die
61 Hochschulen durch Selbstverpflichtungen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen
62 durch entsprechende Personalentwicklungskonzepte erreichen. Werden diese nicht
63 erfüllt, sollen durch den Freistaat entsprechende Rahmenregelungen für faire
64 Arbeitsbedingungen der jeweiligen Beschäftigtengruppen erlassen und gemeinsam
65 mit den Hochschulen Zielvereinbarungen abgeschlossen werden.

Begründung

Die Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses sind in den letzten Jahren deutlich prekärer geworden. Dem Zuwachs an Studierenden steht eine stagnierende Zahl von Hochschulprofessuren gegenüber. Zwar sind durch den Bund erhebliche Mittel in die Personalausstattung der Hochschulen geflossen. Durch die Ausweitung von Drittmittelprogrammen in Forschung und Lehre haben diese Programme jedoch die Befristungsproblematik noch verschärft. Unter den prekären Beschäftigungsbedingungen leidet letztlich auch die akademische Qualität. Daueraufgaben in der Lehre werden zunehmend von Lehr- und Forschungsanfängern mit befristeten Verträgen und von nebenberuflichen Lehrbeauftragten übernommen. Die Projektfinanzierung von Forschung schränkt zunehmend langfristig angelegte und unorthodoxe Forschungsansätze ein. Der Anteil der Befristungen geht mittlerweile weit über das erforderliche und sinnvolle Maß hinaus. Längst ist der Wissenschaftsbetrieb für viele hoch qualifizierte Absolventen unattraktiv. Die verkrusteten Personalstrukturen und Qualifizierungswege sind nicht mehr geeignet, dem wissenschaftlichen Nachwuchs verlässliche Perspektiven zu geben und die Wissenschaft als Beruf attraktiver zu machen. Umso unverständlicher ist es, dass die Wissenschaftsverbände selbst zaghafte Verbesserungen nicht mittragen wollen.

Aus unserer Sicht ist das Wissenschaftszeitvertragsgesetz bei der Sicherung von fairen und zukunftsfähigen Beschäftigungsbedingungen weitgehend gescheitert. Wir wollen deshalb durch eine Aufhebung der Tarifsperrre erreichen, dass Hochschulen und Gewerkschaften selbst geeignete Regelungen in einem Wissenschaftstarifvertrag aushandeln. Aber auch unabhängig davon können die Hochschulen im Rahmen einer Selbstverpflichtung selbst weitreichende Verbesserungen ermöglichen, wenn sie entsprechende Personalentwicklungskonzepte erarbeiten und umsetzen. Sollten die Hochschulen dazu nicht in der Lage sein, sollte der Freistaat Rahmenregelungen erlassen und mit den Hochschulen entsprechende Zielvereinbarungen abschließen.

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: **Ein Jahr schwarz-rote Koalition:
Orientierungsloses Verwalten statt
verantwortungsvolles Gestalten**

1 Antragstext

2 Seit einem Jahr wird Sachsen durch eine schwarz-rote Koalition regiert. In der
3 aktuellen Situation, die eine entschlossene und handlungsorientierte
4 Regierungskoalition verlangen würde, zeigt sich deutlich: CDU und SPD sind nicht
5 in der Lage die drängenden Probleme der Menschen in Sachsen zu lösen. Für die
6 großen gesellschaftlichen, demokratischen und ökologischen Fragen und
7 Herausforderungen haben sie bisher keine Antworten und Lösungsansätze gefunden.
8 Sachsen wird durch die schwarz-rote Koalition vor allem orientierungslos
9 verwaltet statt verantwortungsvoll gestaltet.

10 Eine mögliche Zusammenarbeit zwischen CDU und GRÜNEN scheiterte vor einem Jahr
11 am Fehlen ernstgemeinter Angebote in den Sondierungsgesprächen. Insbesondere der
12 Unwillen der CDU zu einem Einstieg in den Braunkohleausstieg machte für uns
13 GRÜNE eine Regierungsbeteiligung unmöglich. Die SPD erhielt zwar in den
14 Koalitionsverhandlungen eine Reihe von Zugeständnissen, konnte im
15 Koalitionsvertrag aber in erster Linie Prüfaufträge durchsetzen. Doch selbst
16 diese erweisen sich bereits nach einem Jahr als Makulatur, wie die strikte
17 Ablehnung einer Absenkung der Quoren bei Volksentscheiden seitens der CDU zeigt.
18 Trotz ihres Einflusspotentials innerhalb der Regierung hat es die SPD nur
19 ansatzweise vermocht, ihre im Wahlkampf symbolisch in Stein gemeißelten
20 Kernforderungen im Fahrplan für das Regierungshandeln der nächsten Jahre zu
21 verankern. Nur für einen kleinen Teil besteht auch tatsächlich die Chance auf
22 Realisierung. Die schwarz-rote Koalition war von Beginn an auf fünf Jahre
23 geräuschloses Regieren statt auf ein aktives Angehen der zentralen
24 Herausforderungen angelegt. Sie hat sich weder ambitionierte Ziele gesetzt, noch
25 hat sie es vermocht die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Diskurs
26 einzubinden.

27 Besonders dramatisch zeigt sich dies anhand der derzeitigen asylpolitischen
28 Lage. Der Ministerpräsident erweckt nicht den Eindruck, den Freistaat Sachsen
29 tatsächlich politisch zu führen. Er verliert an Glaubwürdigkeit, indem er zwar

30 im Landtag beachtliche Reden hält, jedoch in seinen politischen Aussagen nicht
31 verlässlich ist und es nicht schafft, die führenden Köpfe seiner Fraktion und
32 seiner Partei hinter sich zu versammeln.

33 Nach einem Jahr CDU-SPD-Regierung kann die Bilanz gezogen werden: Die schwarz-
34 rote Koalition lässt jedweden notwendigen Gestaltungsanspruch vermissen,
35 besonders in den derzeit im Freistaat zentralen Politikbereichen Asyl,
36 Rechtsstaat, Energie, Natur- und Umweltschutz sowie Bildung.

37 **Asylpolitik in Sachsen - Der Koalition fehlt es an einer klaren Haltung**

38 Die Asylpolitik ist zur Nagelprobe für die Politik in Sachsen geworden. Auch
39 wenn niemand mit den aktuellen Zahlen von Asylsuchenden, die derzeit nach
40 Deutschland kommen, gerechnet hat, hat es die Koalition - allen voran der
41 sächsische Innenminister Markus Ulbig - versäumt, zumindest für die erhöhte Zahl
42 an Asylsuchenden, die angesichts der internationalen Entwicklungen seit Monaten
43 erwartbar gewesen sind, die notwendigen Voraussetzungen für eine menschenwürdige
44 Unterbringung und eine gelingende Integration zu schaffen. Die Folgen waren und
45 sind unübersehbar: Eine sichtlich überforderte Verwaltung. Eine mangelhafte
46 Kommunikation bei der Unterbringung der Asylsuchenden gegenüber den Landkreisen
47 und Kommunen. Flüchtlinge, die in zum Teil nicht wetterfesten Zelten leben
48 müssen. Und ein vollkommen planloser Innenminister.

49 Bilder von Hilflosigkeit und Chaos beherrschten monatelang die Berichterstattung
50 über die Asylpolitik in Sachsen. Der Freistaat Sachsen war vollkommen
51 unvorbereitet auf die Zahl von Menschen, die bei uns Schutz suchen. Das Gefühl,
52 dass die sächsische Regierungskoalition die Kontrolle über die vielen damit
53 verbundenen und zu lösenden Probleme verloren hat, verstärkt sich im Freistaat
54 von Tag zu Tag. Dazu kommen immer wieder rechtspopulistische Äußerungen
55 führender CDU-Politiker. Sie übernehmen die asylfeindliche Stimmung in Teilen
56 des Freistaates in Form von platten Stammtischparolen oder zeigen falsches
57 Verständnis für vermeintlich „besorgte Bürger“, die mittlerweile offen
58 rassistischen Positionen zuneigen.

59 Die SPD ist beim Thema Asyl nicht in der Lage, ihren Gestaltungsspielraum als
60 Koalitionspartner zu nutzen. Ihre Verantwortlichen widersprechen oft zu spät,
61 wenn aus den Reihen der CDU Vorurteile und Ängste gegen andere Menschen geschürt
62 werden. Und trotz der Zuständigkeit für den Bereich Integration biedert sich die
63 SPD sogar zunehmend den Hardlinern innerhalb der CDU an. Immer häufiger stoßen
64 sie selbst in das Horn einer Abschottungspolitik gegenüber Geflüchteten, indem
65 sie sich für Grenzschießungen aussprechen, die letztlich zu einer Aushöhlung
66 des Menschenrechts auf Asyl in Deutschland führen.

67 Wir GRÜNE stehen für eine andere Flüchtlingspolitik. Jeden Angriff auf das
68 Grundrecht auf Asyl weisen wir entschieden zurück. Statt auf Abschottung zu
69 setzen und die Verantwortung immer wieder auf andere abzuwälzen, braucht es eine
70 Regierung, die eine klare Haltung hat. Statt Schwarzmalerei zu betreiben müssen
71 den Bürgerinnen und Bürgern die Chancen und der große gesellschaftliche Gewinn
72 aufgezeigt werden, die mit der Einwanderung verbunden sind. Es ist jetzt an der
73 Zeit, die Voraussetzungen für eine gelungene Integration zu schaffen. Dazu

74 müssen die drängendsten Probleme schnell angegangen werden, wie zum Beispiel
75 eine bessere gesundheitliche Versorgung und die Einführung einer
76 Gesundheitskarte sowie mehr Behandlungsmöglichkeiten traumatisierter
77 Flüchtlinge. Zudem gehören die Ausweitung der Migrationsberatung und der
78 Flüchtlingssozialarbeit, die bedarfsgerechte Betreuung der erwartbar
79 ansteigenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die Unterstützung
80 von Flüchtlingsorganisationen, besonders von ehrenamtlichen Helferinnen und
81 Helfern, der Zugang zu Bildungseinrichtungen, Sprachunterricht bzw. schulische
82 Angebote für Deutsch als Zweitsprache auf die Tagesordnung.

83 **Der Rechtsstaat in der Krise - ein hausgemachtes Problem**

84 In Sachsen erodieren Rechtsstaat und Demokratie. 25 Jahre nach der
85 Wiedervereinigung können in im Freistaat fundamentale Grundrechte nicht mehr
86 gewährleistet werden. Dies trifft sowohl auf das Grundrecht auf
87 Versammlungsfreiheit zu, das bisher im Jahr 2015 drei Mal innerhalb von sieben
88 Monaten vollständig zur Disposition gestellt wurde, als auch auf den
89 Schutzauftrag des Staates gegenüber den Menschen, die hier leben. Nicht nur
90 einmal erweckte die sächsische Polizei den Eindruck, aufgrund der dünnen
91 Personaldecke nicht mehr in der Lage zu sein, Ausschreitungen von Neonazis,
92 Übergriffe auf JournalistInnen, Asylsuchende und deren UnterstützerInnen oder
93 auf Unterkünfte von Flüchtlingen frühzeitig erkennen, schnell unterbinden und
94 Straftäter rechtswirksam verfolgen zu können.

95 Diesem selbstverschuldeten Staatsversagen liegt der bereits im Jahr 2006 unter
96 der damaligen schwarz-roten Koalition begonnene und unter CDU und FDP verstärkte
97 Stellenabbau bei der Polizei zu Grunde. Auch die aktuelle Koalition hat ihn nur
98 halbherzig gestoppt. Trotz ausreichender Erkenntnisse über die angespannte
99 Personalsituation bei der Polizei, die sich nicht zuletzt an hohen Überstunden
100 und einem viel zu hohen Krankenstand zeigten, schoben CDU und SPD das Thema mit
101 der Verlagerung in eine - grundsätzlich zu begrüßende -
102 Polizeistrukturkommission auf die lange Bank und setzten den Stellenabbau auch
103 im aktuellen Doppelhaushalt unvermindert fort. Die Folgen dieser fahrlässigen
104 Politik sind unübersehbar. Im Freistaat wurden durch den Stellenabbau nicht nur
105 die Sicherheit in vielen Regionen nachhaltig gefährdet, sondern auch
106 fundamentale Inhalte des Rechtsstaates zu Tode gespart.

107 Neben diesem Versagen in der Sicherheitspolitik ist aber auch das Problem einer
108 wachsenden Radikalisierung von Protestierenden hausgemacht. Die CDU versäumt es
109 seit Jahren, sich offensiv mit dem Rassismus- und Rechtsextremismusproblem im
110 Freistaat ernsthaft und vollumfänglich auseinanderzusetzen. Viel zu lange wurde
111 es verharmlost, etwa im Umgang mit PEGIDA über Monate hinweg taktiert. Dies hat
112 nicht zuletzt Altministerpräsident Biedenkopf durch die Wiederholung seiner
113 These über die "Immunität" der Sachsen gegen Rechtsextremismus eindrucksvoll
114 unter Beweis gestellt. Zusammen mit dem politischen Unwillen, sich gegen den
115 grassierenden Rechtsextremismus in vielen Gemeinden und Landkreisen zu stellen,
116 trug dies dazu bei, dass die offen demokratie- und menschenfeindliche Stimmung
117 in Teilen der Bevölkerung massiv angewachsen ist und nun ehemalige CDU-
118 Wählerinnen und Wähler der AfD und der NPD bzw. Pegida auf ihren rassistischen
119 Demonstrationen folgen.

120 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Es braucht eine klare Haltung gegenüber
121 menschenfeindlichen Positionen in diesem Land. Deshalb haben wir von Anfang an
122 auf die Gefahren und den offen zur Schau gestellten Rassismus der
123 asylfeindlichen PEGIDA-Bewegung hingewiesen. Falsches Verständnis für Rassismus
124 löst keine Probleme, sondern verschärft das Sicherheitsproblem im Freistaat. Wir
125 fordern ein landesweites Sicherheitskonzept für Flüchtlingsunterkünfte und
126 einheitliche Standards bei der Absicherung von Unterkünften. Sachsens Polizei
127 muss personell mit gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten in die Lage
128 versetzt werden, die Grundrechte in Sachsen jederzeit vollumfänglich zu
129 verteidigen und zu gewährleisten. Scheinlösungen wie die Wiedereinführung einer
130 durch kurze Ausbildungszeiten charakterisierten Wachpolizei lehnen wir GRÜNEN
131 ab.

132 **Ein "Weiter so!" bei der Braunkohle - Sachsens Energiepolitik fährt gegen die**
133 **Wand**

134 Nachdem der Unwillen der CDU, einen Braunkohleausstieg in Aussicht zu stellen,
135 zum Knackpunkt der Sondierungsverhandlungen mit den GRÜNEN geworden war, hat
136 sich unter Beteiligung der SPD in dieser Frage in Sachsen nichts geändert. Die
137 SPD ist eine Braunkohlepartei, die nicht den Willen hat, eine veraltete
138 Technologie schnellstmöglich zu Gunsten eines Ausbaus der erneuerbaren Energien
139 und des wirksamen Schutzes des Klimas aufzugeben. Stattdessen hat die SPD mit
140 dem Koalitionsvertrag das von Schwarz-Gelb vorbereitete politische Todesurteil
141 für mehrere Dörfer in der Lausitz faktisch unterschrieben.

142 Der Strukturwandel in der Lausitz und im Südraum Leipzig hat schon lange
143 begonnen. Das sture Beharren von CDU und SPD auf dem Auslaufmodell Braunkohle
144 ignoriert sämtliche verantwortungsvollen Gestaltungsansätze, die in der Lage
145 wären, bereits jetzt eine Zukunftsperspektive für diese Regionen zu eröffnen.
146 Damit gefährdet die Koalition die Zukunftsfähigkeit ganzer Landstriche in
147 Sachsen.
148 Mit der aktuellen Koalition wird es nicht einmal den Ansatz eines Ausstieges aus
149 der Braunkohle geben. Dieser scheitert nicht nur am Widerstand der CDU, sondern
150 auch am politischen Unwillen der SPD. Wir werden als GRÜNE den Bürgerinnen und
151 Bürgern in Sachsen dies deutlich machen und klarstellen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
152 sind die einzige Partei in Sachsen, die sich für einen Ausstieg aus der
153 Braukohle und einen wirksamen Klimaschutz einsetzt. Damit sind wir auch die
154 einzige Partei, die diesen Regionen in Sachsen, die durch den Braunkohleabbau
155 geprägt sind, eine Perspektive bietet.

156 **Natur- und Umweltschutz - für die Koalition offensichtlich irrelevant**

157 Das orientierungslose Verwalten des Status Quo durch die schwarz-rote Koalition
158 zeigt sich nicht nur daran, dass sie einen Einstieg in den Ausstieg aus der
159 Braunkohle aktiv zu verhindern versucht. Auch im Bereich Natur- und Umweltschutz
160 passiert viel zu wenig. Baumschutz und Flächenversiegelung sieht die Koalition
161 nicht als Problemfelder an, wie sich an der postulierten Ablehnung einer durch
162 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Revision des so genannten „Baum-ab-Gesetzes“
163 von Schwarz-Gelb zeigt. Nicht einmal die größten Verfehlungen der
164 Vorgängerregierung ist die aktuelle Koalition in der Lage zu beseitigen. Die

165 Aussagen zu Biodiversität und Naturschutz sind schwammig und bleiben bisher ohne
166 erkennbaren Handlungsansatz. Die vermeintlichen Bekenntnisse im
167 Koalitionsvertrag zu Deichrückverlegungen beim Hochwasserschutz und zu einem
168 Auenprogramm sind bislang nicht umgesetzt. Das Tempo der Flächenversiegelungen
169 verlangsamt sich zwar, aber die Trendwende bleibt aus.

170 Eine Landwirtschaftspolitik, die sich am Tierwohl und an mehr Ökologie
171 orientiert, war von CDU und der sächsischen SPD von vornherein nicht zu
172 erwarten. Die Zementierung der bestehenden landwirtschaftlichen Strukturen mit
173 Massentierhaltung und dem Einsatz von giftigen Chemikalien wird die Entwicklung
174 des ländlichen Raumes weiter nachhaltig negativ beeinflussen. Mit CDU und SPD
175 hat die Agrarwende in Sachsen keine Lobby. Die Abwendung von der
176 Massentierhaltung braucht eine andere Mehrheit. Die Anwälte einer bäuerlich
177 geprägten Landwirtschaft und ökologisch wirtschaftender Betriebe sitzen nicht in
178 dieser Landesregierung.

179 Diese Entwicklungen zeigen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige ökologische
180 Partei in Sachsen. Dies gilt es auch in den kommenden Jahren immer wieder durch
181 entsprechende parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten deutlich zu
182 machen. Wir werden den Menschen eine politische Alternative bieten, denen die
183 Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und Sachsens Natur wichtig sind.

184 **Ein neuer Aufbruch in der Bildungspolitik - bisher nicht erkennbar**

185 Die Koalition hat trotz SPD-Beteiligung das Ruder in der Bildungspolitik nicht
186 herumreißen können. Die Personalsituation in Kitas, Schulen und Universitäten
187 ist nach wie vor prekär. Der Lehrermangel bzw. die Überalterung des
188 Lehrpersonals bleibt das entscheidende Problem in der Schulpolitik des
189 Freistaates. 'Personalmaßnahmen' sind weniger zukunftsorientiert als
190 kurzgedachte Flickschusterei. 40 Prozent der Neueinstellungen in diesem
191 Schuljahr sind Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger und schulartfremd
192 eingesetzte Lehrkräfte. Auch das Prinzip der Fachlichkeit steht offenbar
193 zunehmend zur Disposition. Die sogenannte Verbesserung des Kita-Schlüssels ist
194 ein Etikettenschwindel, denn der Einsatz von "Assistenzkräften" verschlechtert
195 de facto den Fachkräfteanteil bei den Erzieherinnen und Erziehern. Es muss
196 bezweifelt werden, dass die Koalition so eine echte substanzielle Verbesserung
197 der Betreuungssituation erreichen kann.

198 Die Freien Schulen bleiben leider auch weiterhin ein Stiefkind der sächsischen
199 Schulpolitik. Die Staatsregierung erfüllt nicht einmal vollständig die Vorgaben
200 des Verfassungsgerichtshofes, der die Verfassungswidrigkeit der früheren
201 eklatanten Benachteiligung der Freien Schulen festgestellt hatte. Eine echte
202 Gleichberechtigung der Freien gegenüber den staatlichen Schulen treibt sie nicht
203 entschieden voran.

204 Zudem entscheiden in Sachsen offenbar Geschlecht, Herkunft und Region darüber
205 mit, ob Schülerinnen und Schüler einen höheren Abschluss machen oder nicht. So
206 sind beispielsweise die ländlichen Räume sowohl bei den Zahlen der
207 Bildungsempfehlungen als auch bei den Abiturientenzahlen deutlich
208 unterrepräsentiert. Sachsens Bildungssystem fehlt es an Chancengerechtigkeit.
209 Wenn sich dieser Umstand nicht grundlegend ändert, muss sich die sächsische

210 Sozialdemokratie grundsätzlich nach der Legitimation ihres politischen Handelns
211 fragen.

212 Auch die Situation an den Hochschulen bleibt durch Stellenabbau geprägt. Junge
213 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten unter prekären Bedingungen und
214 mit höchst unklaren Perspektiven. Die Besetzung der Lehrstühle zeigt eine klare
215 Benachteiligung von Frauen. Sachsen droht an Zukunftsfähigkeit zu verlieren,
216 wenn es keine verlässlichen Aussichten für die Hochschulen und für den
217 wissenschaftlichen Nachwuchs bieten kann.

218 Sachsens Bildungssystem braucht zudem dringend eine Stärkung der politischen und
219 menschenrechtsorientierten Bildung in Kita, Schule, Ausbildung und Hochschule.
220 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass in den Bildungseinrichtungen
221 die Vermittlung der Inhalte politischer Bildung ausgeweitet, Demokratie- und
222 Diskussionskompetenzen frühzeitig eingeübt und die Mitwirkungsrechte von
223 Kindern, Jugendlichen und Eltern mit Leben gefüllt werden.

224 **Ein weiteres Jahr Opposition - wir stehen für GRÜN**

225 Trotz großer personeller Umbrüche im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion
226 sind die GRÜNEN seit der letzten Landtagswahl weiterhin eine deutlich
227 wahrnehmbare politische Kraft im Freistaat Sachsen und ein klarer Gegenentwurf
228 zum orientierungslosen Handeln der Landesregierung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen
229 sowohl auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene für eine ökologische, bürger-
230 und menschenrechtsorientierte, soziale und entschieden antirassistische Politik.
231 Diesen Kern unserer Politik gilt es zu bewahren und auszubauen.

232 Es gilt zu konstatieren, dass sich nicht nur die Rahmenbedingungen, in denen
233 Politik gemacht wird, verändert haben, sondern auch das Agieren anderer
234 politische Kräfte. Innerhalb der CDU haben erhebliche Teile offenbar nicht nur
235 das Gefühl dafür verloren, was der Bevölkerung zuzumuten ist, wie die
236 Selbstbedienungsmentalität bei der Reform des Abgeordnetengesetzes gezeigt hat,
237 sondern ihnen ist auch ein Grundgerüst an Menschlichkeit und Wertevorstellungen
238 abhanden gekommen. Das belegen die zum Teil menschenverachtenden Positionen
239 einiger CDU-Politikerinnen und CDU-Politiker in der aktuellen
240 Flüchtlingssituation. Diesen Auffassungen müssen wir als GRÜNE das deutliche
241 Gegenbild einer konsequent an den Menschenrechten orientierten
242 Flüchtlingspolitik entgegensetzen.

243 Es ist zudem die Aufgabe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, klare Haltung gegenüber
244 einer AfD zu zeigen, die immer mehr rechtsextreme Positionen aufnimmt und
245 versucht sich gegenüber den Wählerinnen und Wählern als eine Systemalternative
246 darzustellen. Es kann und darf für uns keine Kooperation mit einer politischen
247 Kraft geben, die zunehmend Grundwerte des Parlamentarismus negiert und Grund-
248 und Menschenrechte in Frage stellt.

249 Zeiten, in denen neue Herausforderungen alte Sicherheiten erschüttern, in denen
250 es einfacher ist, Verunsicherung und Ängste von Menschen zu schüren, sind die
251 Hochzeiten des Populismus. In solchen Zeiten erweist sich oft die Verzagtheit so

252 genannter etablierter Politikerinnen und Politiker, die angesichts des
253 Auftrumpfens der Populistinnen und Populisten einknicken und ihnen
254 hinterherlaufen wollen. In solchen Zeiten bedarf es in der Politik wie in der
255 gesamten Gesellschaft einer Stimme der Menschlichkeit und der Vernunft.
256 Wir, die sächsischen GRÜNEN, haben die Aufgabe, im Freistaat Sachsen die Kraft
257 zu sein, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes im Blick behalten. Die
258 Menschenrechte sind unser Kompass in der Flüchtlingspolitik. Wir streiten für
259 mehr Demokratie und für die Verteidigung der Bürgerrechte. Wir sind die einzige
260 ökologische Kraft im politischen Spektrum Sachsens.

261 Sachsen könnte mehr. Es bleibt jetzt erst recht unsere Aufgabe, Sachsens Chancen
262 deutlich zu machen und für eine politische Perspektive zu arbeiten, in der das
263 Machbare wichtiger als der Machterhalt ist. Sachsen braucht GRÜN, weil es
264 Veränderung braucht.

Antrag

AntragsstellerIn: KV Meißen

Gegenstand: **Konzept zur Neuordnung des ÖPNV statt
Abbestellung von Personennahverkehrs
Leistungen !**

1 Antragstext

2 Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen fordert die
3 Abbestellung des Schienenbezogener Personennahverkehr (SPNV) auf dem
4 Streckenabschnitt Döbeln bis Meißen (RB 110) auszusetzen, bis ein
5 grundsätzliches Konzept zur Neuordnung des Öffentlichen Personennahverkehrs
6 (ÖPNV) auf Landesebene erarbeitet wurde.

Begründung

Im März 2015 hat der Sächsische Landtag beschlossen eine Strategiekommission für den ÖPNV / SPNV u.a. mit folgenden Aufgaben einzusetzen:

- Erarbeitung von Lösungsansätzen zur Sicherstellung der ÖPNV /SPNV - Erreichbarkeiten vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung*
- Ermittlung des Finanzbedarfs für die Grundversorgung mit ÖPNV / SPNV Leistungen*

Die von den regionalen Zweckverbänden beschlossene Abbestellung der RB 110 auf dem Streckenabschnitt Döbeln Zentrum bis Meißen Triebischtal ab Mitte Dezember 2015 greift dem ausstehenden Bericht der Strategiekommission vorweg und schafft Tatsachen, die nur schwer wieder zurückzunehmen sind. Durch die Abbestellung der RB 110 im genannten Streckenbereich wird der ländliche Raum weiter abgehängt, der vorgesehene Busersatz ist allein schon in Bezug auf die Fahrzeiten inakzeptabel.

Ein Moratorium zur Abbestellung der Bahnverbindung, bis die neu eingesetzte Strukturkommission des Landes einen entsprechenden Bericht vorlegt, würde die Voraussetzungen schaffen um auf Grundlage des Berichtes der

Strategiekommission grundlegende Entscheidungen zur Zukunft des ÖPNV /SPNV in Sachsen und speziell auch im Landkreis Meißen zu treffen.

V2

Antrag

AntragsstellerIn: Grüne Jugend

Gegenstand: **Religionsfreiheit leben, Feiertagsgesetz reformieren**

1 Antragstext

2 1. Religionsausübung gewährleisten, Religionsfreiheit respektieren

3 Seit jeher ist Glaube Teil unserer Gesellschaft. Glaube und Religion formen und
4 verändern die Gesellschaft stetig. Religion als Sammelbegriff für bestimmte
5 Arten den individuellen Glauben und die eigene Spiritualität
6 auszudrücken, ist der Ursprung vieler Traditionen und moralischer Vorstellungen.
7 Religion vermittelt Halt und gibt Gemeinschaft. Da sie so unmittelbar Teil der
8 Gesellschaft ist, ist sie sowohl im Grundgesetz, als auch in der sächsischen
9 Verfassung geschützt. Jeder Mensch soll in einer freien demokratischen
10 Gesellschaft seine Religion ungestört ausüben können.

11 In der Mehrheit haben in den vergangenen Jahrhunderten vor allem Christinnen und
12 Christen als größte Religionsgemeinschaft Sachsen bevölkert. Staatsreligion war
13 bis zur Begründung der Weimarer Reichsverfassung 1919 daher das Christentum. Mit
14 der Ausrufung der Weimarer Republik änderte sich jedoch das Verhältnis von Staat
15 und Kirche grundlegend.

16 In Deutschland gibt es zwar keinen Laizismus, Religion ist also nicht
17 ausschließlich Privatsache. Stattdessen wird Religion als Teil der
18 Öffentlichkeit angesehen, ist jedoch nicht Sache des Staates. Aus diesem Grund
19 gibt es an einigen Stellen Verschränkungen zwischen Staat und Kirche. Der
20 allgemein freie Tag in der Woche ist aus christlicher Tradition heraus der
21 Sonntag. Im Dresdner Kommunalwahlkampf haben wir GRÜNE dafür gekämpft, dass
22 Geschäfte am Sonntag geschlossen bleiben. Denn es ist richtig, dass es
23 einen festen Tag gibt, an dem die meisten Menschen gemeinsam zur Ruhe kommen
24 können.

25 Wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für eine bessere Zeitpolitik, in der
26 Familie, Freund*innen und Beruf vereinbart werden können. Das gilt auch für
27 Verkäufer*innen im Einzelhandel. Wir in Deutschland sind in besonderem Maße dazu

28 verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass auch Religionsgemeinschaften, die sich
29 in der Minderheit befinden nicht benachteiligt werden. In den letzten 50 Jahren
30 fand außerdem eine gänzlich neue Entwicklung statt. Während der Zeit der DDR-
31 Diktatur haben viele Menschen im Osten Deutschlands ihre Religionszugehörigkeit
32 gänzlich abgelegt. Die Mehrheit der Menschen in Sachsen ist daher heute
33 konfessionslos.

34 Wir stehen dafür ein, dass besonders an Feiertagen die in Art. 4 II Grundgesetz
35 verankerte ungestörte Religionsausübung besonders gewährleistet werden muss. In
36 der Nähe von Gotteshäusern sollen daher an gesetzlichen Feiertagen keine
37 Veranstaltungen stattfinden dürfen, die geeignet sind religiöse Veranstaltungen
38 zu stören. So kann eine ungestörte Religionsausübung gewährleistet werden.

39 Einen speziellen Fall bilden die sogenannte Gedenk- und Trauertage, an denen die
40 Rechte aller Menschen im Freistaat Sachsen sehr viel erheblicher, als an
41 Sonntagen und anderen gesetzlichen Feiertagen eingeschränkt werden. In Sachsen
42 handelt es sich bei diesen Tagen um den Karfreitag, den Buß- und Betttag, den
43 Volkstrauertag, sowie den Totensonntag. An diesen Tagen sind öffentliche
44 Tanzveranstaltungen und „andere öffentliche Vergnügen“, sowie
45 Sportveranstaltungen, die „dem ernstesten Charakter dieser Tage zuwiderlaufen“ in
46 ganz Sachsen verboten (§ 5 SächsSFG). In Sachsen gehören nur etwa 20% der
47 Menschen einer Kirche an. Die restlichen 80% der in Sachsen lebenden Menschen
48 sind durch die strengeren Einschränkungen während der Gedenk- und Trauertage
49 besonders betroffen, obwohl diese Tage in ihrer Lebensrealität keine spirituelle
50 Bedeutung haben.

51 Die Gesetzgebung spiegelt hier nicht die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen
52 wieder. Das religiöse Erleben der Feiertage hat für viele Menschen keinen großen
53 Stellenwert mehr. Sie nutzen diese Tage, um sich zu entspannen oder anderweitig
54 die Freiheit, die ein freier Tag mit sich bringt zu genießen. Und sie nutzen den
55 Tag unter anderem auch, um zu Feiern und Tanzen zu gehen. Insbesondere jüngere
56 Menschen erfahren von einem Tanzverbot häufig erst, wenn beispielsweise am
57 Gründonnerstag Punkt 12 die Musik ausgeht und die Polizei die Veranstaltung
58 beendet. Wir möchten an dieser Stelle das Sächsische Feiertagsgesetz anpassen.

59 Als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen treten wir dafür ein öffentliche Vergnügen,
60 sowie Tanz- und Sportveranstaltungen auch an den sogenannten "stillen"
61 gesetzlichen Feiertagen zu erlauben, so fern sie nicht in der unmittelbaren Nähe
62 und Hörweite von Gotteshäusern stattfinden und nicht geeignet sind religiöse
63 Veranstaltungen zu stören oder aufgrund ihrer Ausrichtung die religiösen Gefühle
64 von Gläubigen zu verletzen.

65 Dabei geht es nicht darum, wie viele Menschen genau am Gründonnerstag tanzen, es
66 geht um das Prinzip der Gleichbehandlung bei gegenseitiger Achtung und bei
67 gegenseitigem Respekt. Wir erachteten es nicht als richtig einen großen Teil der
68 Gesellschaft in der Ausübung ihrer Grundrechte einzuschränken.

69 Wir wollen Handlungen, die geeignet sind religiöse Veranstaltungen zu stören, in
70 der Nähe von Gotteshäusern weiterhin verboten sehen. Damit wird an den
71 gesetzlichen Feiertagen dafür Sorge getragen, dass das Grundrecht auf ungestörte
72 Religionsausübung nicht verletzt wird.

73 **2. Gleichbehandlung anderer Religionen**

74 Obwohl wir in einem säkularen Staat leben, ist unser Land keineswegs unabhängig
75 von Religionen oder behandelt alle Religionen gleich. In der Sächsischen
76 Verfassung sind beispielsweise ausschließlich christliche Feiertage verankert.
77 Dies ist natürlich der überwiegend historischen christlichen Prägung
78 zuzuschreiben.

79 In einer Welt, die sich ständig verändert, gilt es jedoch Denkprozesse
80 anzustoßen, wie wir dazu beitragen können, dass sich alle Menschen bei uns wohl
81 fühlen können. Des Weiteren haben auch das Judentum und der Islam unsere Kultur
82 maßgeblich geprägt. Unabhängig von dieser Frage ist jedoch, dass in unserer
83 heutigen Situation andere Religionsgemeinschaften neben dem Christentum längst
84 Teil der Gesellschaft sind.
85 Dies ist im Sächsischen Feiertagsgesetz bisher jedoch nicht berücksichtigt.

86 Deutlich wird das zum Beispiel bei den religiösen Feiertagen. Diese
87 unterscheiden sich von den gesetzlichen Feiertagen des Freistaates darin, dass
88 sie keine generell arbeitsfreien Tage sind. In Sachsen sind im Feiertagsgesetz
89 eine Reihe katholischer Feiertage als religiöse Feiertage gekennzeichnet. An
90 diesen Tagen können sich derzeit Schüler*innen, Auszubildende und Menschen in
91 Beschäftigungsverhältnissen mit katholischer oder evangelischer
92 Religionszugehörigkeit von ihrer Arbeit befreien lassen, um an den
93 Hauptgottesdiensten teilnehmen zu können. Menschen muslimischen und jüdischen
94 Glaubens oder Angehörige anderer Religionen spricht die sächsische Verfassung
95 dieses Recht bisher nicht zu. Das wollen wir ändern.

96 Wir wollen es, wie in § 3 des Sächsischen Feiertagsgesetzes ermöglichen, weitere
97 religiöse Feiertage zu den bereits vorhandenen hinzufügen. Unser Ziel ist es
98 jedem Menschen das Recht zu ermöglichen religiöse Feiertage gebührend zu
99 begehen, ohne, dass er einen Nachteil aus seiner Religiosität befürchten muss.
100 So wollen wir einen ersten Schritt tun, um Angehörige anderer Religionen gleich
101 zu behandeln.

102 **3. Diskurs anstoßen**

103 Wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen wollen den Diskurs über die
104 Religionsfreiheit im Freistaat Sachsen erneut anstoßen. Wenn es dieser Tage
105 sogar ein tief christlich geprägtes Land wie Baden Württemberg schafft über die
106 Abschaffung von Tanzverboten zu sprechen, sollten wir als Menschen in Sachsen
107 mit mehrheitlich nicht religiöser Prägung das erst recht können.

108 Wir wollen weder die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften aus der
109 sächsischen Gesellschaft verdrängen, noch sie in irgendeiner Form
110 diskreditieren. Wir wollen unsere Gesellschaft so gestalten, dass alle Menschen
111 sich in ihr wohlfühlen können. Im Rahmen von gegenseitigem Respekt, Toleranz und
112 Akzeptanz soll jeder Mensch Leben so gestalten können, wie er es für richtig
113 hält. Wir glauben, dass wir damit einen großen Schritt in Richtung mehr
114 Pluralität in unserer Gesellschaft tun können.

Antrag

AntragsstellerIn: Grüne Jugend

Gegenstand: **„(Religions-) Freiheit leben, Feiertagsgesetz reformieren**

1 Antragstext

1. Religionsausübung gewährleisten, (Religions-) Freiheit respektieren

Seit jeher ist Glaube Teil unserer Gesellschaft. Glaube und Religion formen und verändern die Gesellschaft stetig. Religion als Sammelbegriff für bestimmte Arten den individuellen Glauben und die eigene Spiritualität auszudrücken, ist der Ursprung vieler Traditionen und moralischer Vorstellungen.

Religion vermittelt Halt und gibt Gemeinschaft. Da sie so unmittelbar Teil der Gesellschaft ist, ist sie sowohl im Grundgesetz, als auch in der sächsischen Verfassung geschützt. Jeder Mensch soll in einer freien demokratischen Gesellschaft seine Religion ungestört ausüben können.

In der Mehrheit haben in den vergangenen Jahrhunderten vor allem Christinnen und Christen als größte Religionsgemeinschaft Sachsen bevölkert. Staatsreligion war bis zur Begründung der Weimarer Reichsverfassung 1919 daher das Christentum. Mit der Ausrufung der Weimarer Republik änderte sich jedoch das Verhältnis von Staat und Kirche grundlegend.

In Deutschland gibt es zwar keinen Laizismus, Religion ist also nicht ausschließlich Privatsache. Stattdessen wird Religion als Teil der Öffentlichkeit angesehen, ist jedoch nicht Sache des Staates. Aus diesem Grund gibt es an einigen Stellen Verschränkungen zwischen Staat und Kirche.

Der allgemein freie Tag in der Woche ist aus christlicher Tradition heraus der Sonntag. Im Dresdner Kommunalwahlkampf haben wir GRÜNE dafür gekämpft, dass Geschäfte am Sonntag geschlossen bleiben. Denn es ist richtig, dass es einen festen Tag gibt, an dem die meisten Menschen gemeinsam zur Ruhe kommen können.

Wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für eine bessere Zeitpolitik, in der

25 Familie, Freund*innen und Beruf vereinbart werden können. Das gilt auch für
26 Verkäufer*innen im Einzelhandel. In den letzten 50 Jahren fand außerdem eine
27 gänzlich neue Entwicklung statt. Während der Zeit der DDR-Diktatur haben viele
28 Menschen im Osten Deutschlands ihre Religionszugehörigkeit gänzlich abgelegt.

29 Die Mehrheit der Menschen in Sachsen ist daher heute konfessionslos. Dennoch ist
30 das sächsische Feiertagsgesetz sehr christlich geprägt. Bis auf den Tag der
31 Arbeit, den Tag der deutschen Einheit, den Volkstrauertag und Neujahr haben alle
32 Feiertage einen christlichen Ursprung. Einen speziellen Fall bilden die
33 sogenannte Gedenk- und Trauertage, also Volkstrauertag und der Totensonntag,
34 sowie der Karfreitag und der Buß- und Betttag. An diesen Tagen sind nach § 6 des
35 sächsischen Feiertagsgesetzes „öffentliche Veranstaltungen, die dem ernstesten
36 Charakter dieser Tage zuwiderlaufen“ verboten. In Sachsen gehören nur etwa 20%
37 der Menschen einer Kirche an. Die restlichen 80% der in Sachsen lebenden
38 Menschen sind durch die strengeren Einschränkungen während der Gedenk- und
39 Trauertage besonders betroffen, obwohl diese Tage in ihrer Lebensrealität keine
40 spirituelle Bedeutung haben.

41 Die Gesetzgebung spiegelt hier mit einem Verbot von Feiern nicht die
42 Lebenswirklichkeit der meisten Menschen wieder. Das religiöse Erleben der
43 Feiertage hat für viele Menschen keinen großen Stellenwert mehr. Sie nutzen
44 diese Tage, um sich zu entspannen oder anderweitig die Freiheit, die ein freier
45 Tag mit sich bringt zu genießen. Und sie nutzen den Tag unter anderem auch, um
46 zu Feiern und Tanzen zu gehen. Insbesondere jüngere Menschen erfahren von einem
47 Tanzverbot häufig erst, wenn beispielsweise am Gründonnerstag Punkt 12 die Musik
48 ausgeht und die Polizei die Veranstaltung beendet.

49 Aus einem etwas anderen Blickwinkel zu betrachten ist der Volkstrauertag,
50 ebenfalls ein stiller Gedenktag. Er ist kein christlicher, sondern ein
51 staatlicher Feiertag. An diesem Tag soll ein kollektives Erinnern an die
52 Kriegstoten und Opfer der Gewaltherrschaft aller Nationen stattfinden. Aus
53 diesem Grund wäre es nicht angebracht an diesem Tag öffentlich zu Feiern. Dem
54 entgegen steht jedoch, dass es eine Reihe von Tagen gibt, an denen ein
55 kollektives Erinnern stattfindet, ohne dass dafür ein Verbot von anderen
56 Veranstaltungen nötig wäre. So zum Beispiel der 9. November, der Jahrestag der
57 Reichsprogromnacht.

58 Die Rechte aller Menschen im Freistaat Sachsen werden an den stillen
59 Gedenktagen, sowie am Karfreitag und Buß- und Betttag sehr viel erheblicher, als
60 an Sonntagen und anderen gesetzlichen Feiertagen eingeschränkt. Besonders das
61 Grundrecht auf allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 I Grundgesetz ist
62 betroffen. Es gibt also kein Grundrecht auf Feiern, wie so oft als Argument
63 gegen eine Änderung des Gesetzes gebracht wird. Aber es gibt ein Grundrecht auf
64 allgemeine Handlungsfreiheit. Dieses wird durch das Feierverbot massiv
65 beschränkt.

66 Durch unsere rechtsstaatsliberalen Überzeugungen sind wir der Meinung, dass der
67 Staat nicht ohne triftigen Grund in die individuellen Grundrechte von
68 Bürger*innen eingreifen darf. Der Grund eines Feierverbots ist hier nicht
69 ersichtlich. Es ist nicht Aufgabe des Staates dem Individuum bestimmte

70 Verhaltensweisen vorzuschreiben.

71 Dem Schutz von religiösen Veranstaltungen wird bereits in § 5 des Sächsischen
72 Feiertagsgesetz mit einem Verbot störender Veranstaltungen in der Nähe von
73 Gotteshäusern Sorge getragen.

74 Wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen fordern die Streichung von § 6 des
75 Sächsischen Feiertagsgesetzes.

76 Wir treten dafür ein öffentliche Vergnügen, sowie Tanz- und Sportveranstaltungen
77 auch an den sogenannten "stillen" gesetzlichen Feiertagen zu erlauben, so fern
78 sie nicht in der unmittelbaren Nähe und Hörweite von Gotteshäusern stattfinden.
79 Mit § 5 des Sächsischen Feiertagsgesetzes wird dafür Sorge getragen, dass das
80 Grundrecht auf ungestörte Religionsausübung nach Art. 4 II Grundgesetz gewahrt
81 bleibt.

82 2. Gleichbehandlung anderer Religionen

83 Obwohl in unserem Staat die Trennung von Kirche und Staat festgeschrieben ist,
84 ist unser Land keineswegs unabhängig von Religionen oder behandelt alle
85 Religionen gleich. Beispielsweise gibt es eine Reihe gesetzlicher Feiertage, die
86 einen christlichen Hintergrund besitzen. Dies ist natürlich der überwiegend
87 historischen christlichen Prägung zuzuschreiben.

88 In einer Welt, die sich ständig verändert, gilt es jedoch Denkprozesse
89 anzustoßen, wie wir dazu beitragen können, dass sich alle Menschen bei uns wohl
90 fühlen können. Des Weiteren haben auch das Judentum und der Islam unsere Kultur
91 maßgeblich geprägt. Unabhängig von dieser Frage ist jedoch, dass in unserer
92 heutigen Situation andere Religionsgemeinschaften neben dem Christentum längst
93 Teil der Gesellschaft sind. Dies ist im Sächsischen Feiertagsgesetz bisher
94 jedoch nicht berücksichtigt.

95 Deutlich wird das zum Beispiel bei den religiösen Feiertagen. Diese
96 unterscheiden sich von den gesetzlichen Feiertagen des Freistaates darin, dass
97 sie keine generell arbeitsfreien Tage sind. In Sachsen sind im Feiertagsgesetz
98 eine Reihe katholischer Feiertage als religiöse Feiertage gekennzeichnet. An
99 diesen Tagen können sich derzeit Schüler*innen, Auszubildende und Menschen in
100 Beschäftigungsverhältnissen mit katholischer oder evangelischer
101 Religionszugehörigkeit von ihrer Arbeit befreien lassen, um an den
102 Hauptgottesdiensten teilnehmen zu können. Menschen muslimischen und jüdischen
103 Glaubens oder Angehörige nicht zu. Das wollen wir ändern.

104 Unser Ziel ist es jedem Menschen das Recht zu ermöglichen religiöse Feiertage
105 gebührend zu begehen, ohne, dass er einen Nachteil aus seiner Religiosität
106 befürchten muss. So wollen wir einen ersten Schritt tun, um Angehörige anderer
107 Religionen gleich zu behandeln.

108 Wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen fordern, wie in § 3 des Sächsischen

109 Feiertagsgesetzes ermöglicht, durch eine Rechtsverordnung weitere religiöse
110 Feiertage zu den bereits vorhandenen hinzufügen.
111 Eine Kommission aus Vertreter*innen der fünf Weltreligionen soll eine Empfehlung
112 abgeben, welche Tage geeignet sind auf die Liste der religiösen Feiertage
113 gesetzt zu werden.

114 3. Diskurs anstoßen

115 Wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen wollen den Diskurs über die
116 Religionsfreiheit im Freistaat Sachsen erneut anstoßen. Wenn es dieser Tage
117 sogar ein tief christlich geprägtes Land wie Baden Württemberg schafft über die
118 Abschaffung von Tanzverboten zu sprechen, sollten wir als Menschen in Sachsen
119 mit mehrheitlich nicht religiöser Prägung das erst recht können. Wir wollen
120 weder die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften aus der sächsischen
121 Gesellschaft verdrängen, noch sie in irgendeiner Form diskreditieren. Wir wollen
122 unsere Gesellschaft so gestalten, dass alle Menschen sich in ihr wohlfühlen
123 können. Im Rahmen von gegenseitigem Respekt, Toleranz und Akzeptanz soll jeder
124 Mensch Leben so gestalten können, wie er es für richtig hält. Wir glauben, dass
125 wir damit einen großen Schritt in Richtung mehr Pluralität in unserer
126 Gesellschaft tun können.

Antrag

AntragsstellerIn: Thomas Pilz und Jens Bitzka

Gegenstand: **Perspektiven für die Lausitz nach der Kohle - GRÜNE Impulse für den Strukturwandel einer Region**

Antragstext

1. Plan A für die Lausitz entwickeln - gesellschaftlichen Dialog starten

Die Politik darf nicht länger die Augen vor dem in der Lausitz bereits stattfindenden Strukturwandel verschließen, der durch das Auslaufen der Kohle und den demographischen Wandel geprägt ist. Wer keinen erneuten Strukturbruch wie in den 1990ern mit tiefgreifenden Verwerfungen riskieren will, muss mit einer länderübergreifenden politischen Strategie diesen Transformationsprozess aktiv begleiten.

Mit dieser länderübergreifenden politischen Strategie meinen wir keinen Plan B, sondern einen Plan A für die Lausitz, denn die Braunkohle ist unverkennbar ein Auslaufmodell. Das belegen nicht zuletzt der Rückzug von Vattenfall aus der Lausitz und die Verlustgeschäfte von RWE in Nordrhein-Westfalen mehr als deutlich. Auch bei der Einführung einer Stilllegungsprämie für alte Kraftwerke (der sogenannten Kapazitätsreserve) würden Kraftwerke bzw. einzelne Blöcke bereits in naher Zukunft abgeschaltet. Wir GRÜNE stellen uns der Herausforderung, einen solchen Plan A mit konkreten Instrumenten vorzulegen.

Wir fordern, auf Bundesebene den schrittweisen Kohleausstieg in die Wege zu leiten, um den betroffenen Regionen Planungssicherheit zu geben und das Auslaufen der Kohleverstromung zuverlässig und sozialverträglich zu gestalten. Die Menschen und die Wirtschaft in der Lausitz dürfen nicht länger in Unklarheit und Unsicherheit über ihre Zukunft gelassen werden. Die aktuelle Unsicherheit führt zum Aufschieben vieler wichtiger Lebens- und Investitionsentscheidungen. Bereits heute steht die politische Protektion der Braunkohle in keinem Verhältnis mehr zu ihrem tatsächlichen Beitrag zur Wirtschaftskraft. Dadurch wird verdeckt, dass sich in der Lausitz längst ein zukunftsfähiges industrielles Profil neben der Braunkohle entwickelt - durch die Ernährungswirtschaft, Chemie und Kunststoffe sowie Fahrzeugbau, Metall- und Maschinenbau. Bereits heute ist die direkte und indirekte Beschäftigung in der Metall- und Maschinenbaubranche deutlich höher als im Bergbau und der Energiewirtschaft. Im Vergleich zu

30 Ostdeutschland ist die Wirtschaft in der Lausitz nach Ansicht der Experten sogar
31 stärker diversifiziert und damit besser gewappnet gegen konjunkturelle
32 Schwankungen. Diese Einschätzung wird dadurch bestätigt, dass sich der
33 Arbeitsmarkt in der Lausitz positiv entwickelt, während in der Braunkohle
34 Arbeitsplätze abgebaut werden.

35 Mit einem länderübergreifenden GRÜNEN Eckpunktekonzept wollen wir die
36 Leerstellen füllen, die die passiven Landesregierungen lassen und politische
37 Vorschläge für eine aktive Gestaltung des Strukturwandels erarbeiten.
38 Zukunftsweisende Ideen dürfen nicht an Landesgrenzen enden. Nur eine gemeinsame,
39 auf ein Zusammenspiel von Nieder- und Oberlausitz ausgerichtete
40 Regionalentwicklung wird im interregionalen Wettbewerb erfolgreich sein. Die
41 Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Sachsen braucht eine neue Qualität,
42 insbesondere in den Bereichen Tourismus, Wirtschaftsförderung und Mobilität.
43 Die Menschen in der Region sind oft schon deutlich weiter als die Politik. Die
44 zahlreichen zukunftsweisenden Ideen für die Lausitz im Rahmen der
45 Internationalen Bauausstellung (IBA SEE) haben das sichtbar gezeigt. Die
46 Menschen sind das größte Potential der Region. Wir wollen deshalb im offenen
47 Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Vereinen, Verbänden sowie
48 Expertinnen und Experten in Lausitzwerkstätten und über eine Internetplattform
49 unsere Ideen intensiv diskutieren und gemeinsam weiterentwickeln.
50 Wir fordern unter Beteiligung der Zivilgesellschaft die Gründung einer
51 Zukunftsstiftung Lausitz, die die Erarbeitung von Zukunftskonzepten und -
52 projekten für die Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz anschiebt und
53 koordiniert. Die Stiftung soll sich aus Mitteln der beiden Bundesländer, des
54 Bundes, einem angemessenen Beitrag der Bergbaubetreiber, aus Geldern regionaler
55 Unternehmen und privatem Kapital speisen. Das entlässt den Bund nicht aus der
56 Verantwortung für die Folgeschäden des früheren Braunkohlebergbaus. Wir kämpfen
57 weiter für ein bedarfsgerecht finanziertes Verwaltungsabkommen für die
58 Bergbaualtlasten über das Jahr 2017 hinaus. Die Kommunen in der Lausitz dürfen
59 finanziell nicht alleine gelassen werden bei der Bewältigung der Folgekosten.

60 Die Lausitz kann Energieregion bleiben und von der Energiewende profitieren. Die
61 Kompetenz vieler in der Braunkohle beschäftigter Menschen wird dringend
62 benötigt, denn Fachkräfte fehlen bereits heute. Die vorhandene
63 Übertragungsnetzanbindung bietet Perspektiven für den Ausbau erneuerbarer
64 Energien. Im Verein mit der ansässigen Chemieindustrie bestehen gute Chancen,
65 bei entschlossener Förderung einen Schwerpunkt für moderne Power-to-Gas-
66 Speichertechnologien zu entwickeln. Damit im Zusammenhang bietet die stoffliche
67 Nutzung von Kohlenstoff in geschlossenen Kreisläufen interessante
68 Entwicklungsperspektiven, um eine Vorreiterrolle bei Lösungen für eine Welt zu
69 spielen, die sich von fossilem Kohlenstoff verabschieden muss.

70 Die Lausitz hat das Potential, sich als Bildungsstandort im global stark
71 wachsenden Markt der Umwelttechnologien und Ressourceneffizienz zu profilieren.
72 Die Weiterentwicklung vorhandener und der Aufbau neuer Kompetenzen in der Region
73 ist entscheidende Triebfeder für den Strukturwandel. Der BTU Cottbus-Senftenberg
74 und der Hochschule Zittau/Görlitz kommen daher eine entscheidende Rolle zu, die
75 durch die Gründung eines außeruniversitären Forschungsinstituts ergänzt werden
76 könnte. Die Hochschulen müssen mit Landes- und Bundesmitteln besser ausgestattet
77 und der Wissenstransfer von den Hochschulen professioneller gemanagt werden.

78 Die Lausitz ist nicht nur Grenzregion zu Polen und Tschechien, sondern hat mit
79 ihrer Lage inmitten Europas die Chance eine wirtschaftliche und kulturelle
80 Brückenfunktion nach Osteuropa einzunehmen. Um das Knowhow über die Grenzen
81 hinaus zu nutzen, ist eine Internationalisierung wichtig. Dazu gehören
82 insbesondere die Vermittlung von Sprachkenntnissen und die Intensivierung der
83 internationalen Zusammenarbeit sowohl von Schulen als auch von Unternehmen.

84 **2. Wirtschaftliche Vielfalt stärken - Zukunftsfähiges industrielles Profil** 85 **jenseits der Braunkohle ausbauen**

86 In der Lausitz hat sich längst ein industrielles Profil neben der Braunkohle
87 entwickelt, geprägt durch die Ernährungswirtschaft, Chemie und Kunststoffe sowie
88 Fahrzeugbau, Metall- und Maschinenbau. Zudem gehört die Lausitz zu den ältesten
89 und modernsten Textilregionen Europas. Eine Studie des ifo-Instituts im Auftrag
90 der Wirtschaftsinitiative Lausitz belegt, dass bereits heute die direkte und
91 indirekte Beschäftigung im Metall- und Maschinenbau deutlich höher als im
92 Bergbau und der Energiewirtschaft ist. Im Vergleich zu Ostdeutschland ist die
93 Wirtschaft in der Lausitz nach Ansicht der Experten sogar stärker diversifiziert
94 und damit besser gewappnet gegen konjunkturelle Schwankungen. Kaum einer weiß,
95 dass die industrielle Wertschöpfung in der Lausitz mit knapp 30 Prozent über dem
96 Durchschnitt sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland liegt. Das soll auch so
97 bleiben. Hemmschuh für die Entwicklung der Region ist allerdings der dramatische
98 Rückgang von qualifizierten Erwerbspersonen, um ca. 36 Prozent bis 2030.
99 Unternehmen haben heute bereits Probleme mit der fehlenden Betriebsnachfolge.
100 Auch fehlt der Lausitz noch die Internationalität. Die Sicherung und Gewinnung
101 von Fachkräften wird die wirtschaftliche Perspektive der Lausitz wesentlich
102 bestimmen. Unternehmen haben heute bereits Probleme mit der fehlenden
103 Betriebsnachfolge. Gute Arbeitsbedingungen, ein familienfreundliches Umfeld,
104 Tariflöhne und sichere Beschäftigungsverhältnisse sind dafür Voraussetzung. Mit
105 Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen wird man keine Fachkräfte in die
106 Lausitz locken.

107 Die Hochschulen in Zittau/Görlitz, das universitäre Internationale
108 Hochschulinstitut Zittau (IHI) und die BTU Cottbus-Senftenberg sind wichtige
109 Standort und Wirtschaftsfaktoren. Die Lausitz hat das Potenzial, sich als
110 Bildungsstandort beispielsweise im Bereich der Umwelttechnologien zu
111 profilieren. Der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wächst
112 rasant. Deutsche Umwelttechnologie ist ein Exportschlager. Die Lausitz mit ihrem
113 Ingenieur-Knowhow kann Energieregion bleiben - erneuerbar! Neue Jobs können
114 nicht nur in den Erneuerbaren-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau
115 und im Handwerk entstehen. Auch produktionsnahe und soziale Dienstleistungen
116 haben Wachstumspotential in der Lausitz.

117 Kleine und mittlere Unternehmen sind die starke Basis in der Lausitz. Es gibt
118 nur wenige strukturbestimmende Unternehmen (z.B. BASF, Bombardier, Siemens,
119 Vattenfall). Etwa 90 Prozent der Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte.
120 Der gewerbliche Mittelstand ist innovativ und auch international
121 wettbewerbsfähig. Die Unternehmen weisen aber oft eine niedrige
122 Auslandsverflechtung und geringe Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf.
123 Ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung muss daher die technologieoffene
124 Innovationsförderung sein. Wir müssen die Universitäten, Fachhochschulen und

125 Forschungseinrichtungen stärker darin unterstützen, Innovationskerne für die
126 regionale Wirtschaftsentwicklung zu werden. Dafür fehlen aber derzeit stabile
127 Strukturen für den Innovations- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen
128 und den klein- und mittelständischen Unternehmen.

129 **Entwicklungsziele :**

130 • Ohne gemeinsame Strategie geht es nicht: Sachsen und Brandenburg
131 müssen ein länderübergreifendes wirtschaftspolitisches Konzept für die
132 Lausitz entwickeln (Zukunftsplan Lausitz 2030). Nur gemeinsam ist die
133 Nieder- und die Oberlausitz zwischen den wirtschaftlichen Kernen
134 Dresden und Berlin einerseits und Polen und Tschechien andererseits
135 stark.

136 • Nur gemeinsam ist man erfolgreich: Die Struktur der
137 Wirtschaftsförderung in der Lausitz ist sehr zersplittert, Akteurinnen
138 und Akteure beklagen Kommunikationsdefizite. Um den Standort Lausitz
139 national und international vermarkten zu können, sollten die Kräfte
140 länderübergreifend gebündelt werden.

141 • Bestandspflege statt auf große Neuansiedlungen hoffen - die
142 mittelständische Wirtschaft fördern: Wir brauchen unbürokratische
143 Förderinstrumente für den Mittelstand. Kleine Unternehmen haben oft
144 keinen Zugriff auf Förderprogramme, weil der Aufwand für ungewisse
145 Projektanträge zu groß ist. Mit der Einführung einer Steuergutschrift
146 für nachgewiesene Forschungs- und Entwicklungsausgaben wollen wir
147 kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Innovationskraft stärken.

148 • Gründungskultur fördern - Betriebsnachfolgen sichern:
149 Existenzgründerinnen und -gründer brauchen Beratung und Begleitung. In
150 den nächsten Jahren stehen altersbedingt zahlreiche Betriebsübernahmen
151 an. Beim Eigentümerwechsel kann bisher keine Gründerförderung in
152 Anspruch genommen werden, das wollen wir ändern. Neueigentümerinnen
153 und -eigentümer sollen die Möglichkeit haben, anfallende Verluste bei
154 der Betriebsübernahme steuerlich geltend machen zu können, wenn die
155 Unternehmen fortgeführt werden und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

156 • Frauen in der Region halten: wir wollen für die Lausitz ein
157 Förderkonzept für unternehmerisches Handeln von Frauen initiieren. Die
158 Lausitz kann es sich nicht leisten, das Potenzial von Frauen als
159 Unternehmerinnen zu verschenken. Dazu gehört, ein ganzheitliches
160 Förderkonzept zu entwickeln: sei es durch die Unterstützung flexibler
161 Betreuungszeiten für Kinder bis hin zu Vernetzungs- und
162 Weiterbildungsmöglichkeiten.

163 • Investitionen in die Köpfe - Fachkräftesicherung beginnt bereits in
164 der Schule: Zahlreiche Lausitzer Unternehmen sind mit wichtigen
165 Zukunftsthemen wie zum Beispiel Energie und Mobilität befasst und
166 haben daher gute Entwicklungschancen. Die Berufs- und

167 Studienorientierung muss verpflichtend bereits in der Schule beginnen.
168 Nicht leisten kann sich die Lausitz doppelt so viele Schulabgänger
169 ohne Abschluss wie im Bundesschnitt! Jeder einzelne Mensch ist wichtig
170 und muss gefördert werden.

171 • Fachkräftegewinnung geht nicht ohne Willkommenskultur: die Lausitz
172 braucht eine grenzüberschreitende Fachkräftestrategie. Nur eine
173 tolerante und weltoffene Region Lausitz ist attraktiv für ausländische
174 Fachkräfte. Asylbewerberinnen und -bewerber wollen wir durch
175 frühzeitige Sprachkurse und die schnelle und unbürokratische
176 Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen in den Arbeitsmarkt
177 integrieren. Regionale Projekte, die Rückkehrerinnen und Rückkehrer
178 sowie Berufspendelnde anwerben, wollen wir ausbauen und vernetzen.

179 • Flächendeckendes schnelles Internet sichert Wettbewerbsfähigkeit und
180 fördert flexible Arbeitsmöglichkeiten: Die Breitbandinfrastruktur ist
181 in der Lausitz unterdurchschnittlich entwickelt. Dadurch droht die
182 Lausitz von den urbanen Räumen abgehängt zu werden. Die Verfügbarkeit
183 von Breitband mit mindestens 50 MBit/s Geschwindigkeit gehört genauso
184 zur Infrastruktur wie Verkehrswege oder Kitas und Schulen. Beim Ausbau
185 der Breitbandinfrastruktur muss der ländliche Raum prioritär behandelt
186 werden.

187 • Perspektiven für neue Arbeit schaffen - Potential der Landwirtschaft,
188 der Gesundheitswirtschaft und der Kreativwirtschaft heben: Diese drei
189 Branchen haben Wachstumspotential. Sie können Wertschöpfung generieren
190 und Arbeitsplätze schaffen. Statt Großmastanlagen können durch
191 artgerechte Tierhaltung und ökologische Landwirtschaft neue
192 Arbeitsplätze entstehen. Die Nachfrage danach wächst ständig. Andere
193 Regionen machen es längst vor: Wertschöpfung gelingt durch die
194 umfangreiche Vermarktung regionaler Produkte mit Hilfe gezielter
195 Anschubsfinanzierung. Die demografische Entwicklung, die steigende
196 Lebenserwartung und der medizinische Fortschritt führen auch zu einer
197 steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen. Mit den
198 entsprechenden Ausbildungsgängen müssen die Hoch- und Fachschulen in
199 der Lausitz gute Rahmenbedingungen für den steigenden Fachkräftebedarf
200 in diesen Branchen sichern. Neben den traditionell starken
201 Hilfestrukturen für Menschen mit Behinderungen treten solche für die
202 Altenhilfe und den zunehmenden Pflegebedarf auf. Der Leerstand von
203 Immobilien, besonders von Baudenkmalern und Stätten der
204 Industriekultur, bietet der Kreativwirtschaft preisgünstige,
205 attraktive Räume, die in den Großstädten mittlerweile oft Mangelware
206 sind. Diese Immobilien können gezielt bei den Kreativen über die
207 Fachverbände, etwa verbunden mit einer Förderung von innovativen
208 Nutzungskonzepten, angeboten werden.

209 **3. Kohleausstieg zuverlässig planen - Lausitz zur Energiewende-Region umbauen**

210 Die Lausitz ist eine Energieregion. Vor 1990 war die Energiewirtschaft auf Basis
211 der Braunkohle der bedeutendste Arbeitgeber. Über 90 Prozent dieser

212 Arbeitsplätze sind in den 1990iger Jahren weggefallen. Der größte Teil des
213 Abschiedes von der Kohle liegt somit hinter der Region und ihren Menschen. Er
214 ist in einem dramatischen Strukturabbruch von statten gegangen, der bis jetzt
215 tief im kollektiven Bewusstsein der Region nachwirkt. Wir haben es heute in der
216 Hand, den verbleibenden Weg im Strukturwandel bewusst, geplant und ohne die
217 Verwerfungen der Vergangenheit zu gehen. Denn diesmal kennen wir rechtzeitig die
218 Notwendigkeit und das Ziel. Daraus muss ein Weg abgeleitet werden, der die
219 Lausitz auch im Energiewendezeitalter als starke Energieregion ins Ziel bringt.

220 Auch wenn die Anzahl der direkt in der Energiewirtschaft Beschäftigten heute mit
221 etwa 2.000 im Sächsischen Teil und etwa 6.000 im Brandenburger Teil der Lausitz
222 nur noch einen sehr kleinen Bruchteil der gesamten Beschäftigten in der Region
223 ausmacht, so gibt es doch dort viele qualifizierte und erfahrene Fachkräfte in
224 einer Branche, die auch nach dem Ende des Energieträgers Braunkohle ihre
225 Bedeutung nicht einbüßt. Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht
226 zu verlieren, sondern ihnen vor Ort Entwicklungschancen zu bieten.

227 Die heutige Bestandsaufnahme zeigt, dass die Braunkohle-basierte
228 Energiewirtschaft der Region längst keine Wachstumschancen für die Region mehr
229 bietet. Ein von der Brandenburger Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten
230 geht davon aus, dass selbst bei Fortsetzung der Kohleförderung und -verstromung
231 auf heutigem Stand bis 2030 gegenüber 2010 jeder zweite Arbeitsplatz dem
232 Kostensenkungsdruck durch Rationalisierung zum Opfer fällt. Wenn die Region auch
233 im Sinne ihrer Beschäftigungsstruktur Energieregion bleiben will, muss sie sich
234 umgehend den neuen Herausforderungen stellen, und zwar unabhängig von der
235 Restbetriebsdauer von Kraftwerksblöcken und Tagebauen.

236 Dass das bundesweit funktioniert, liegt auf der Hand: den deutschlandweit gerade
237 noch rund 20.000 Arbeitsplätzen in der Braunkohle stehen heute mehr als 370.000
238 Jobs im Bereich der Erneuerbaren Energien gegenüber. Auch künftig wird die
239 Energiewende ein Netto-Beschäftigungsmotor bleiben. Es kommt nun darauf an, dass
240 auch die traditionsreiche Energieregion Lausitz endlich davon profitiert! Wer
241 mit dem Umsteuern wartet, bis die Kohlekraftwerke tatsächlich stillgelegt
242 werden, der kommt im Wettbewerb der Regionen um Anteile an den wirtschaftlichen
243 Entwicklungschancen der Energiewende viel zu spät. Deshalb kann die
244 Transformation zu einer Region mit hohem Ausbaugrad Erneuerbarer Energien nicht
245 warten, bis die Kohleverstromung zu Ende geht. Sie muss, begleitet durch
246 entsprechende Umsteuerung in der Landesentwicklungsplanung und Regionalplanung,
247 so schnell wie möglich Fahrt aufnehmen. Die vorhandenen
248 Übertragungsnetzanbindungen des heutigen Kraftwerksparks bieten künftig gute
249 Voraussetzungen zur Einbindung großer Kapazitäten Erneuerbarer Energiequellen
250 der Region in das nationale und Europäische Netz. Sie stellen damit mit dem
251 allmählichen Auslaufen der alten Kohlekraftwerke einen Standortvorteil dar.

252 In der Region sind hunderte von Quadratkilometern Fläche vom Bergbau
253 tiefgreifend geschädigt. Oft ist für weitere Jahrzehnte weder Besiedelung noch
254 ökonomisch sinnvolle landwirtschaftliche Nutzung möglich. Erzeugungsanlagen für
255 Erneuerbare Energien lassen sich nach ihrem Nutzungszeitraum jederzeit
256 zurückbauen. Eine Zwischennutzung solcher Flächen für Solar- und
257 Windenergieerzeugung stellt somit im Unterschied zum Kohletagebau keine
258 endgültige Festlegung zur Flächenentwicklung in späteren Jahrzehnten dar,

259 sondern eine sinnvolle Möglichkeit, um die Chancen der Lausitz auf eine wichtige
260 Rolle unter den Energieregionen auch bei Auslaufen der Braunkohleverstromung zu
261 erhalten. In der Regionalplanung sollte das durch Ausweisung von geeigneten
262 Vorrang- und Konzentrationsflächen berücksichtigt werden.

263 Die Erneuerbaren Energien entwickeln entlang ihrer Wertschöpfungskette
264 insbesondere auch im Bereich des lokalen Handwerks große
265 Beschäftigungspotenziale. Sie schaffen nicht nur für die Sitze von großen
266 Unternehmen, sondern flächendeckend für die Kommunen Einnahmemöglichkeiten aus
267 Pacht und Gewerbesteuer.

268 Wir wollen durch einen Kohleausstiegsplan den Prozess des allmählichen
269 Auslaufens der Kohleverstromung zuverlässig planbar machen. Das ist die
270 Voraussetzung dafür, dass Unternehmen, Beschäftigte und Investierende sich auf
271 Herausforderungen und Chancen von morgen vorbereiten können. Ausreichende
272 Rückstellungen für die komplexen Sanierungs- und Rekultivierungsaufgaben können
273 nur gebildet werden, wenn Zeitpunkt und Umfang ihres Einsatzes planbar werden.

274 Ein verbindlicher Kohleausstiegsfahrplan ist Voraussetzung für einen
275 gesellschaftlichen Konsens, der auch entschlossene gesamtgesellschaftliche
276 Anstrengungen für die Absicherung der sogenannten Ewigkeitskosten des Bergbaus
277 sowie für die wirksame Förderung des Strukturwandels in der Region rechtfertigt.
278 In der Geschichte des Ausstieges aus dem deutschen Steinkohlebergbau ist die
279 Schaffung einer RAG-Stiftung für die Bewältigung der Hinterlassenschaften der
280 Steinkohle dafür ein beredtes Beispiel. Sie wurde möglich nach erreichtem
281 gesellschaftlichem Konsens zum Auslaufen des Steinkohlebergbaus in Deutschland.

282 Wir sind offen für die Diskussion ähnlicher Modelle auch für die deutschen
283 Braunkohleregionen, wenn der Ausstiegsfahrplan verbindlich steht.
284 So lässt sich auch die notwendige Stetigkeit und Langfristigkeit der
285 Finanzierung der Rekultivierung der heutigen Bergbaugebiete mit hohen
286 Folgenutzungsstandards sicherstellen. Sie wird eine wichtige Aufgabe in der
287 Region, die viele heutige Bergbauarbeitsplätze sichert und neue Arbeitsplätze
288 schafft, die keineswegs nur auf Abwicklung und Sicherung ausgerichtet sind,
289 sondern vor allem auf Schaffung neuer und zukunftsfähiger Infrastruktur für
290 Wirtschaft und Touristik. Ein ganz selbstverständlicher Teil der
291 Wirtschaftsentwicklung muss die Erneuerbare Energiewirtschaft werden.

292 Auch die Hochschul- und Forschungslandschaft in der Lausitz ist heute stark von
293 der Energiewirtschaft geprägt. Diese Stärken dürfen im Zuge des Auslaufens der
294 Braunkohleverstromung nicht verloren gehen. Stärken müssen gestärkt werden, um
295 Wettbewerbsvorteile zu generieren! Wir sehen etwa in groß angelegten
296 Modellprojekten zu intelligenten Verteilnetz- und Erzeugerstrukturen und bei der
297 Entwicklung und Machbarkeitsdemonstration von modernen dezentralen
298 Versorgungssicherheitskonzepten Chancen für die Energieforschung in der Region.
299 Das sind Kompetenzen, die national und international immer wichtiger werden und
300 Exportschlager werden können.

301 Die Maschinenbau-, Fahrzeugbau- und Anlagenbaukompetenz in der Region muss
302 entschlossen als Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und

303 Ausrüstungsherstellern aus dem Bereich der Erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen
304 genutzt werden.

305 Die Lausitz ist nicht nur Energieregion, sondern auch entwickelter
306 Chemiestandort. Sie bietet deshalb exzellente Voraussetzungen, eine der
307 wichtigsten Voraussetzungen für eine Zukunft mit hohen Deckungsgraden durch
308 Erneuerbare Energien, die kommerzielle Entwicklung und industrielle Umsetzung
309 der Power-to-Gas-Technologie voranzutreiben. Die stoffliche Nutzung von
310 Kohlenstoff in geschlossenen Kreisläufen bietet Entwicklungsperspektiven, um
311 eine Vorreiterrolle bei von fossilem Kohlenstoff freien Technologien
312 einzunehmen. Wir halten die Bündelung der Interessen von
313 Energieversorgungsunternehmen, Chemieunternehmen und Betreibern von Strom- und
314 Gasnetzen in einer wirtschafts- und technologiepolitisch entschlossen
315 unterstützten Power-to-Gas-Initiative gerade in der Lausitz für einen
316 aussichtsreichen Weg, um hoch qualifizierte Beschäftigung in Wirtschaft,
317 Forschung und Ausbildung zu schaffen und in einem potenziell enorm
318 aussichtsreichen Wachstumsfeld langfristig zu sichern.

319 Am Standort Kamenz wurde im letzten Jahrzehnt industrielle Entwicklung von
320 modernen Lithium-Ionen-Speichern betrieben. Hier ist moderne Infrastruktur und
321 hohe Fachkompetenz vorhanden. Eine fokussierte Wirtschaftsförderung ist
322 erforderlich, um bei aller Dominanz asiatischer Produzenten von Speicherzellen
323 vor Ort Geschäftsmodelle für Speicherlösungen im Endanwendermarkt nachhaltig zum
324 Erfolg zu führen und parallel an innovativen Speichertechnologien zu arbeiten.

325 **Entwicklungsziele:**

326 • Die Zielstellung für den Strukturwandel in der Lausitz muss lauten: im
327 Zuge des unvermeidlichen Auslaufens der Braunkohlewirtschaft die
328 Kompetenzen als Energieregion zu erhalten und zu Wettbewerbsvorteilen
329 beim nationalen und internationalen Umbau der Energieversorgung hin zu
330 Erneuerbaren Quellen zu machen. Ihre Rolle als Energieregion kann und
331 soll die Lausitz auch in der Energiewende erhalten. Der Ausbau
332 Erneuerbarer Energien muss im Zusammenspiel mit den Zielen zur
333 langfristigen Sanierung und Rekultivierung ehemaliger Bergbauareale
334 koordiniert geplant werden. Inanspruchnahme von Landschaft muss
335 selbstverständlich immer unter bestmöglicher Berücksichtigung von
336 Naturschutzinteressen sowie in transparenten Verfahren gemäß
337 Bundesimmissionschutzgesetz und Umweltverträglichkeitsprüfung sowie
338 nach Abwägung der Interessen aller Beteiligten erfolgen.

339 • Für die Transformation zur zukunftsfähigen Energieregion ist das
340 vorhandene Knowhow und die Fachkräftesituation in der Lausitz ein
341 Standortvorteil. Angewandte Forschung in den Hochschulen und
342 Universitäten der Lausitz soll sich stärker als bisher mit diesen
343 Potentialen verbinden und zu Investition und regionaler Wertschöpfung
344 führen. Davon profitiert das lokale Handwerk wie auch Kommunen. Wir
345 wollen mit dem Aufbau einer länderübergreifenden Energieagentur diese
346 Entwicklung unterstützen.

347 • Wir wollen in Schlüsselbereichen der Energiewende, insbesondere bei
348 intelligenten Verteilnetzen mit dezentralen Erzeugern, in der Lausitz
349 Modellregionen fördern, die damit zu Beispielen und Kompetenzträgern
350 für die Energiewende werden.

351 • Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger müssen unterstützt werden, die
352 Energieerzeugung selbst in die Hand zu nehmen. Die Umstellung auf 100
353 Prozent erneuerbare Energien fördert eine nachhaltige
354 Regionalentwicklung und stärkt die Wirtschaftskraft im ländlichen
355 Raum. Wir wollen die Entwicklung und wirtschaftliche Umsetzung von
356 Speichertechnologien, die zentrale Bedeutung für die künftige
357 Energiesicherheit und das Funktionieren der Energiewende in den
358 Bereichen Strom, Wärme und Mobilität haben, in der Lausitz besonders
359 vorantreiben, weil hier bereits gute industrielle Voraussetzungen und
360 Entwicklungskapazitäten bestehen. Das betrifft insbesondere die Power-
361 to-Gas-Technologie und Stromspeicher.

362 • Wir wollen die Finanzierung der Schaffung guter Folgenutzungsstandards
363 für Bergbauareale im Zusammenhang mit einem verbindlichen
364 Kohleausstiegsplan auf langfristig gesicherte, kräftige Füße stellen
365 und damit Arbeitsplätze und neue Chancen in der
366 Infrastrukturentwicklung schaffen.

367 **4. Lernende Region werden - Bildungs- und Wissenschaftsstandort Lausitz** 368 **profilieren**

369 Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen in der Nieder- und Oberlausitz. Ihre
370 Bedeutung gilt für den wirtschaftlichen Strukturwandel, für den Fachkräftebedarf
371 wie auch für die Lausitz als kulturell-geistige Transferregion nach Ost- und
372 Mitteleuropa. Die Lausitz als Region mit Zukunft muss ihre Bildungs- und
373 Wissenschaftslandschaft weiter profilieren, um mit der Qualität ihrer
374 Infrastruktur, der Bildungs- und Forschungsangebote und der hier geübten Kultur
375 des Lehrens und Lernens im Wettbewerb mit anderen Wissensregionen bestehen zu
376 können. Die Hochschulen in Zittau/ Görlitz, das universitäre Internationale
377 Hochschulinstitut Zittau (IHI) und die BTU Cottbus -Senftenberg sind wichtige
378 Standort-, Wirtschafts- und Innovationsfaktoren. Die hier bestehenden
379 Studiengänge im Bereich Erneuerbare Energien/ Umwelttechnologien müssen in die
380 Lage versetzt werden, insbesondere den anstehenden Strukturwandel von der
381 Braunkohle hin zu den Erneuerbaren Energien unterstützen.

382 Vielfalt in der Bildung ist das wichtigste Stichwort: wir brauchen nicht nur
383 Akademiker sondern ebenso gut Handwerker und Facharbeiter; wir brauchen die
384 kreativen Wissensarbeiter genauso wie die flexiblen Freiberufler - alles beginnt
385 mit Bildung und Bildungslandschaft. Dringend brauchen wir Sprachbildung und
386 Bildung in Kulturkompetenz - das Dreiländereck braucht diese Schlüssel, um
387 aufgeschlossen zu werden - im doppelten Sinne. Es geht nicht nur um Fachkräfte -
388 es geht um "Köpfe und Talente" mit vielfältigen Bildungsbiografien.

389 Diese Vielfalt spiegelt sich auch in den Schulstrukturen der Lausitz. Neben dem
390 öffentlichen Schulnetz sind in den vergangenen 25 Jahren eine Vielzahl von

391 Schulen in privater Trägerschaft entstanden, die es unbedingt zu erhalten und
392 weiterzuentwickeln gilt. Eine vielfältige Schullandschaft ist ein deutlicher
393 Standortvorteil. Sie zieht Familien in die Lausitz und sichert zugleich einen
394 Zuzug von Fachkräften.

395 Die Kommunen spielen in der Bildung eine ebenso wichtige Rolle. Nicht nur als
396 Träger von Bildungseinrichtungen sind sie gefordert. Sie müssen sich in Gänze
397 als Lern- und Erfahrungsräume verstehen und damit die Chance eröffnen,
398 lausitzspezifische Lösungen zu entwickeln und auszuprobieren. Damit konstituiert
399 sich die Lausitz als „Lernende Region“ in der Wissensvermittlung wie auch in der
400 Anwendungspraxis. Das im Landkreis Görlitz entwickelte Bildungsmanagement „Mit
401 Energie und ohne Grenzen“ sollte dabei als Modell für die gesamte Region dienen.

402 **Entwicklungsziele:**

- 403 • Den Knowhow-Transfer zwischen Hochschulen und mittelständischen
404 Unternehmen nicht dem Zufall überlassen: Wir wollen, dass die
405 Unternehmen mit guten Forschungs- und Entwicklungskonzepten wachsen.
406 Ein Forschungsverbund mehrerer klein- und mittelständischer
407 Unternehmen (KMU) mit den Hochschulen könnte ihnen den Zugang zu
408 angewandter Forschung erleichtern. Der Wissenstransfer von den
409 Hochschulen muss dafür professionell gemanagt werden. Ähnlich wie die
410 Wirtschaftslotsen bei Unternehmensansiedlungen wollen wir an den
411 Hochschulen "Innovationslotsen" etablieren, als Mittler zwischen den
412 beiden Welten. Als Anlaufstelle für Unternehmen beraten sie diese vor
413 Ort in der jeweiligen Produktionsstätte.

- 414 • Mit der Studienakademie in Bautzen - als Teilbetrieb der
415 Berufsakademie Sachsen - steht darüber hinaus eine Bildungseinrichtung
416 zur Verfügung, die sich auf die enge Verflechtung von Praxis und
417 wissenschaftlicher Ausbildung spezialisiert hat und Studiengänge mit
418 großem inhaltlichen Bezug zur in der Region ansässigen Wirtschaft
419 anbietet. Im Zuge der Aufwertung der Berufsakademie Sachsen wollen wir
420 die Studienakademie Bautzen stärken und das wissenschaftliche
421 Potential besser fördern.

- 422 • Historisch sind die Hochschulen in der Lausitz stark
423 ingenieurtechnisch geprägt. Die Entwicklung einer
424 geisteswissenschaftlichen Plattform unter Einbindung der
425 außeruniversitären Akteure, wie sie mit der Akademie Herrnhut bereits
426 begonnen wurde, hilft, das geistige Potential der Region zu bündeln
427 und ist in der regionalen Wissenschaftslandschaft eine wichtige
428 Ergänzung zu den Naturwissenschaften. Ein einzigartiges Projekt wäre
429 die Entwicklung einer dezentralen und auch digital arbeitenden
430 Hochschullandschaft mit Qualifikationen, die direkt in der Region
431 praktischen Anwendungsbezug erhalten - seien es
432 regionalentwicklerische Themen, Raumplanung, Wertschöpfung oder
433 Managementprozesse (hier v.a. Change and Diversity Management). Das
434 würde Menschen auch außerhalb Deutschlands anziehen und uns ein
435 Alleinstellungsmerkmal geben.

436 • Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft der Lausitz zu Polen und
437 Tschechien hat die Internationalität in Aus- und Weiterbildung,
438 insbesondere die Entwicklung und Anerkennung von Kompetenzen in
439 Nachbarsprachen und Interkultur einen besonders hohen Stellenwert.
440 Bestehende Ansätze des „grenzenlosen Lernens“ sind weiterzuführen
441 sowie in ihrer Qualität zu sichern und auszubauen. Die Ansiedlung der
442 Koordinierungsstelle für Nachbarsprachen im Freistaat Sachsen in
443 Görlitz setzt dabei ein wichtiges Zeichen. Die Lausitz soll aufbauend
444 auf den Erfahrungen des wissenschaftlich begleiteten Witaj-Projektes
445 in sorbischen Kindertagesstätten das „Modellprojekt 4-Sprachen-Land“
446 begründen. Bereits von der Kita an wird die durchgehende
447 Mehrsprachigkeit über die Grundschule bis in alle weiterführenden
448 Schulen in den Sprachen Deutsch, Sorbisch, Polnisch und/oder
449 Tschechisch garantiert. Um dies zu erreichen, muss es möglich werden,
450 Erzieherinnen und Erzieher aus den Nachbarländern in der Ober- und
451 Niederlausitz einzustellen. Dazu müssen die entsprechenden
452 Berufsabschlüsse in Deutschland endlich anerkannt werden.

453 • Wir unterstützen die seit 15 Jahren bestehende Neiße University in
454 ihrer trinationalen Ausrichtung und Trägerschaft. Das gemeinsame
455 Studieren deutscher, tschechischer und polnischer Studierender in
456 Studiengängen, die den Bedürfnissen der grenzübergreifenden Lausitz
457 angepasst sind, wollen wir weiter ausbauen und damit den europäischen
458 Bildungsmarkt in der Euroregion Neiße stärken.

459 • Die Lausitz braucht ein modernes und tragfähiges Schulnetz, das sowohl
460 der demographischen Entwicklung als auch der Verfassung gerecht wird:
461 wohnortnahes und längeres gemeinsames Lernen in inklusiven Schulen
462 sind das Gebot der Stunde. Konzepte des jahrgangsübergreifenden
463 Unterrichts müssen weiterhin unbeirrt umgesetzt werden. Die Vielfalt
464 von öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft ist dabei
465 selbstverständlich.

466 • Auch in der Lausitz wird das Konzept des „Lebenslangen Lernens“ als
467 entscheidender Standortfaktor für Innovation und gesellschaftliche
468 Gestaltungsfähigkeit befördert. Dies erfordert eine Anpassung der
469 klassischen Bildungsträger an die geänderten Rahmenbedingungen, die
470 stetige Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen,
471 zielgruppenorientierte Phasen der Berufsorientierung in Verbindung mit
472 regionalen Unternehmen und Hochschulen sowie eine engere Verzahnung
473 und neue partnerschaftliche Zusammenarbeit regionaler Bildungs- und
474 Kulturinstitutionen, Sozial- und Jugendeinrichtungen, Unternehmen und
475 Vereinen.

476 **5. Grenzüberschreitende Mobilität fördern - Bahnangebot ausbauen**

477 Die Lausitz ist dank historischer Verbindungen in alle Himmelsrichtungen
478 (Wroc?aw /Schlesien im Osten, Berlin im Norden, Dresden/Leipzig im Westen sowie
479 Böhmen im Süden) verkehrlich relativ gut angebunden. Sowohl das Straßen- als
480 auch Schienennetz ist relativ dicht.

481 Die verkehrspolitische Schwerpunktsetzung seit der Deutschen Einheit hat aber
482 dazu geführt, dass der Fernstraßen- und Autobahnausbau in der Nieder- und
483 Oberlausitz forciert angegangen und damit der europaweite Transitverkehr vor
484 allem von und nach Polen verstärkt angezogen wurde. Gegensätzlich verlief die
485 Entwicklung beim Schienenverkehr: Das Netz wurde massiv ausgedünnt.

486 Auch mehr als 20 Jahre nach Öffnung der Grenzen und mehr als 11 Jahre nach dem
487 Beitritt Polens zur Europäischen Union treffen Bahnfahrergäste zwischen
488 Deutschland und Polen auf ein unzureichendes Angebot an grenzüberschreitenden
489 Verbindungen auf der Schiene. Das heutige Angebotsniveau im
490 grenzüberschreitenden Verkehr zwischen der Lausitz und Niederschlesien wird der
491 Bedeutung der Verbindungen insbesondere vor dem Hintergrund der europäischen
492 Integration in keiner Weise gerecht. Im Vergleich zu den übrigen Nachbarstaaten
493 ist das jetzige Angebot zwischen Deutschland und Polen in dieser Region sehr
494 entwicklungsfähig, da der heutige Fahrplan keine überregionalen Verbindungen mit
495 ansatzweise konkurrenzfähigen Angeboten und Fahrzeiten enthält. Es bestehen
496 außerdem immer noch erhebliche Defizite bei der grenzüberschreitenden
497 Eisenbahninfrastruktur.

498 Innerhalb der Lausitz sind insbesondere die Nord-Süd-Verbindungen über die
499 Landesgrenze zu Gunsten der Ausrichtung des Bahnangebotes von und nach Dresden
500 und auf den Raum Berlin in Brandenburg vernachlässigt. Aber auch an
501 Landkreisgrenzen, teils sogar an ehemaligen Grenzen der Altkreise, enden
502 Buslinien ohne Verknüpfung. Die Oberlausitz ist zudem in zwei Verkehrsverbünde
503 mit unterschiedlichen Tarifstrukturen geteilt.
504 Die Lausitz braucht neue Ansätze im Nahverkehr, um die Folgen von Abwanderung
505 und Geburtenrückgang abzufedern und um bezahlbare und umweltverträgliche
506 Mobilität auch in Zukunft flächendeckend zu gewährleisten.

507 **Entwicklungsziele:**

508 • Die Schienenverbindungen Zittau - Görlitz - Cottbus - Berlin und
509 Hoyerswerda - Senftenberg - Lübben - Berlin mit Anbindung Spremberg -
510 Cottbus zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln und auszubauen.

511 • Die Elektrifizierung von Dresden nach Görlitz ist die längst fällige
512 Antwort auf die bereits erfolgte Elektrifizierung der Strecke von
513 Wroc?aw bis nach W?glinec bzw. der in Planung befindlichen
514 Verlängerung nach Görlitz von polnischer Seite. Sie ist Voraussetzung
515 für ein Fernverkehrsangebot in der Relation Dresden - Wroc?aw.

516 • Die Verbindung Berlin - Cottbus - Görlitz kann auch für den
517 grenzüberschreitenden Schienenverkehr künftig eine bedeutendere Rolle
518 spielen. Der bereits erfolgte Ausbau auf 160 km/h bis Cottbus soll bis
519 Görlitz fortgesetzt werden. Der Ausbau dieser Verbindung bietet die
520 Chance, den Fernverkehr zwischen Berlin und Wroc?aw nachhaltig zu
521 verbessern.

522 • Der Verkehrsverbund Oberelbe und der Verkehrsverbund Oberlausitz-

523 Niederschlesien fusionieren, damit die Tarifgrenze inmitten in der
524 Oberlausitz verschwindet und die Fahrgäste einen einfacheren Zugang zu
525 attraktiven Nahverkehrsangeboten erhalten.

526 • Eine zentrale Rolle, auch im Tourismus, spielt die Verbesserung des
527 öffentlichen Personenverkehrs mit Bahnen und Bussen. Fahrpläne -
528 insbesondere von Bussen und Bahnen - müssen aufeinander abgestimmt
529 und Takte verbessert werden, damit Reisende die gewünschten Ziele
530 auch ohne Auto in angemessener Zeit erreichen können. Der grüne
531 Sachsentakt 21 ist dafür eine gute Grundlage. Alternative Bedienformen
532 wie Bürgerbus, Anrufbus oder Kombibus ergänzen in dünn besiedelten
533 Gebieten das Angebot.

534 **6. Einzigartige Kulturlandschaft erhalten -Potentiale für nachhaltigen Tourismus**
535 **nutzen**

536 Die Lausitz ist kulturell und touristisch noch nicht „wach geküsst“. Mit der IBA
537 im Norden, Landesgartenschauen und Landesausstellungen in der Mitte und im Süden
538 wurde und wird seit 25 Jahren der Wandel der Region hin zu einer touristisch
539 attraktiven Erholungs- und Bildungsregion schrittweise vollzogen.

540 Vom Spreewald und der Lausitzer Seenkette über das Biosphärenreservat
541 Oberlausitzer Teich- und Heidelandschaft bis ins Zittauer Gebirge oder auf den
542 Spuren europäischer Geschichte in Bautzen, Görlitz und Zittau - die Lausitz hat
543 in einer Fülle und Vielfalt Themen zu bieten, die sie einzigartig macht. Dazu
544 trägt eine Kulturlandschaft bei, die neben dem Weltkulturerbe in Bad Muskau eine
545 der dichtesten Theaterlandschaften Deutschlands in ihren Ober- und Mittelzentren
546 beheimatet. Dem steht eine vielfältige durch Institutionen, Projekte und
547 Aktionen gekennzeichnete Kulturlandschaft in den ländlichen Gebieten der Ober-
548 und Niederlausitz zur Seite. Museen und Bibliotheken beherbergen einzigartige
549 Kulturschätze und sind seit Jahrhunderten bis heute Quelle geistiger Inspiration
550 wie auch Ort der eigenen Vergewisserung in der Geschichte. Von deren besonderer
551 kultureller Qualität künden Traditionen wie auch Schöpferkraft in aktuellen
552 Beiträgen zur sächsischen/branden-burgischen, deutschen wie auch internationalen
553 Kultur.

554 Die geographische Lage zu Polen und Tschechien fordert insbesondere von der
555 Kultur einen Beitrag, der die Grenzen immer wieder hinterfragt und sie für
556 Gemeinsames öffnet, ohne das Eigene zu verlieren. Nicht nur dafür sind die
557 Kulturmetropolen Breslau und Prag sowie Berlin und Dresden aus der Lausitz
558 heraus leicht erreichbar. Eine insgesamt stärkere Verzahnung mit den
559 angrenzenden Regionen Iser- und Riesengebirge, Sächsisch-Böhmische Schweiz
560 wertet die Lausitz auf.

561 Den Ober- und Niederlausitzerinnen und -lausitzern soll es Freude bereiten,
562 Gäste zu empfangen - und Besucherinnen und Besuchern soll es Spaß machen,
563 herzukommen und neugierig zu werden auf mehr. Nach der äußeren Transformation
564 einer Bergbaulandschaft, verfallender Städte und eines Schwarzen Dreiecks
565 benötigt dieser notwendige innere Imagewandel immer noch relativ viel
566 Aufmerksamkeit. Hierfür ist die Arbeit der Internationalen Bauausstellung eine

567 gute Orientierung.

568 Die Verockerung und Versauerung der Spree bedrohen den Tourismus im Spreewald.
569 Deshalb muss neben Sofortmaßnahmen vor Ort die Bekämpfung der Schäden bei den
570 aktuellen Braunkohletagebauen nachhaltig angegangen werden. Auch hier gilt:
571 Aktiver und zukünftiger Bergbau führt dazu, dass noch jahrzehntelang diese
572 Verschmutzung in Kauf genommen werden muss. Braunkohleabbau hinterlässt keine
573 sauberen Landschaften.

574 Auch wenn Görlitz 2010 noch nicht „Kulturhauptstadt Europas“ wurde, zeigen
575 solche kommunalen Initiativen, welches Potential zur Entwicklung und Vermarktung
576 nicht der Stadt sondern der gesamten Region in ihr stecken. Wir müssen in
577 Zukunft solche Initiativen als regional bedeutsam begreifen und aus der ganzen
578 Region heraus entsprechend unterstützten.

579 Unverzichtbar für gelebte Demokratie ist die Förderung von Kultur. Denn Kultur
580 schafft Räume, in denen sich demokratisches Handeln praktisch erlernen lässt.
581 Kulturelle Bildung ist dafür eine der wichtigsten Ressourcen. Ihre Förderung
582 muss im Kinderalter beginnen und bis ins Alter hinein als Querschnittsaufgabe
583 von Jugendhilfe bis Kulturförderung begriffen werden.

584 **Entwicklungsziele:**

585 • Die sich seit der Wiedervereinigung herauskristallisierte
586 Kulturlandschaft mit ihren Institutionen in der Darstellenden Kunst,
587 den Museen, Bibliotheken und soziokulturellen Zentren wie auch den
588 Filmfestivals, musikalischen Höhepunkten oder Breitenkultur wollen wir
589 erhalten und weiterentwickeln. Ihre Konzepte sollen dabei den "inneren
590 Imagewandel" der Lausitz begleiten. Die reichhaltige Ober- und
591 Niederlausitzer Industriekultur zeugt von der wirtschaftlichen
592 Identität der Region. Dieses Erbe soll mit zeitgemäßen Konzepten
593 gesichert und erlebbar werden.

594 • Wir sehen in der Stärkung der Projektförderung eine wichtige
595 Möglichkeit, die Entwicklung der Region künstlerisch-ästhetisch wie
596 auch kommunikativ mit einer Vielzahl an Projekten zu gestalten. Die
597 dadurch sichtbar werdenden Freiräume erhöhen die Attraktivität und
598 Anziehungskraft der Region.

599 • Kultur und Tourismus müssen sich im Bereich des Marketings nach außen
600 wie nach Innen für eine bessere Wahrnehmbarkeit noch stärker
601 verbinden. Dies wird umso besser gelingen, wenn sich die Ober- und
602 Niederlausitz gemeinsam als „Lausitz“ vermarktet. Image und Potential
603 dieser Marke können dabei nur so gut sein, wie es gelingt, sie in der
604 Region mit Leben zu füllen. Deshalb sollen die unterschiedlichen
605 touristischen und kulturellen Formate differenziert und in ihrer
606 Besonderheit herausgestellt, aber immer vernetzt in Bezug auf das
607 Verbindende dargestellt werden.

608 • Das Lausitzer Seenland ist eine länderübergreifende große Chance.
609 Wichtig ist, dass für das Lausitzer Seenland und damit für die
610 Tourismusregion Lausitz gemeinsame und verbindliche Regelungen in
611 beiden Bundesländern gelten, um das Seenland in seiner Gesamtheit zu
612 erschließen. Dafür sind die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

613 • Die Lausitz hat große Potenziale im Bereich Wellness- und
614 Gesundheitstourismus. Hier sind es viele kleine Standorte inmitten der
615 reizvollen Landschaften, die zum Tragen kommen könnten -
616 Reiseführerinnen und Reiseführer im Bereich "rural oder village
617 tourism", wie es das für Regionen Frankreichs, Ungarns oder Polens
618 schon gibt, fehlen hier noch. In der Vielfalt der Angebote sind der
619 natur- und landschaftsbezogene sanfte Tourismus mit Angeboten wie
620 Urlaub auf dem Lande oder Radtourismus sowie der Bildungstourismus
621 besonders zu entwickeln.

622 **7. Minderheitenrechte schützen - Die sorbische Kultur bewahren**

623 Die Nieder- und die Oberlausitz ist seit 1400 Jahren die Heimat des sorbischen
624 Volks. Die gemeinsame bikulturelle Entwicklung hat in den vergangenen
625 Jahrhunderten den Kulturraum Lausitz geprägt. Das Recht des sorbischen Volks auf
626 Schutz, Erhaltung und Pflege ihrer nationalen Identität und ihres angestammten
627 Siedlungsgebietes zu gewährleisten, ist in den Länderverfassungen von
628 Brandenburg und Sachsen verankert. Das anhaltende Abbaggern von Dörfern mit
629 sorbischen Bevölkerungsanteilen stellt eine substantielle Bedrohung der
630 sorbischen Sprache und Kultur dar. Damit verbunden sind Zwangsumsiedlungen und
631 der unwiederbringliche Verlust traditioneller Kulturräume. Wenn Dörfer dem
632 Braunkohleabbau weiter weichen sollten, weil die Sächsische und Brandenburgische
633 Staatsregierung der Braunkohleindustrie einen höheren Stellenwert einräumt als
634 der Heimat des sorbischen Volks, widerspräche das nicht nur den
635 verfassungsmäßigen Rechten der Sorbischen Minderheit, sondern würde auch Hand an
636 das gemeinsame kulturelle Erbe in der Lausitz legen.

637 Bedeutsam und notwendig für die weitere Zukunft des sorbischen Volkes ist die
638 Erhöhung seiner Selbst- und Mitbestimmung, besonders in bildungs- und
639 kulturpolitischen Angelegenheiten, hin zu einer gleichberechtigten
640 Zweisprachigkeit im sorbischen Siedlungsgebiet (z.B. bei Verkehrsschildern,
641 touristischen Wegweisern). Wir wollen im Sinne der sprachlichen
642 Gleichberechtigung, der Erweiterung sorbischer Sprachräume und der Verwendung
643 des Sorbischen in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens darauf
644 hinzuwirken, dass die sorbische Sprache einen gleichberechtigten Platz im
645 sorbischen Siedlungsgebiet erhält.

646 Das Konzept der zweisprachigen Bildung in Kindergärten „Witaj“ und Schulen
647 „2plus“, dessen Ziel eine aktive Zweisprachigkeit ist, wird von uns unterstützt.
648 Für die Vermittlung und Förderung der sorbischen Sprache in Kinderkrippen,
649 Kindergärten und in Schulen ist die Aus- und Weiterbildung sorbischsprachiger
650 Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher von zentraler Bedeutung.
651 Nicht nur aus diesem Grund ist das Institut für Sorabistik an der Universität
652 Leipzig und seine Kooperation mit dem Sorbischen Institut in Bautzen wichtig.

653 **Entwicklungsziele:**

654 • Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung der Kulturförderung
655 durch Bund und Länder für die „Stiftung für das sorbische Volk“.
656 Notwendig ist eine Dynamisierung der Mittel der Kulturförderung um den
657 Erhalt der sorbischen Kultur zu unterstützen.

658 • Vermittlung und Förderung der sorbischen Sprache durch Nutzung der
659 Möglichkeiten im Bereich Digitalisierung und neuer Medien stärken.
660 Hierfür und für den Erhalt und Ausbau der zweisprachigen
661 Bildungseinrichtungen sind zusätzliche finanzielle Mittel
662 erforderlich.

663 **8. Willkommenskultur ausbilden – Bürgerschaftliches Engagement unterstützen**

664 Regionen, die im Werben um Zuzug junger Familien und qualifizierter
665 (internationaler) Fachkräfte erfolgreich sind, zeichnen sich durch ein offenes,
666 familienfreundliches und tolerantes Zusammenleben aus. Denn Fachkräfte sind ohne
667 eine Willkommenskultur nicht zu gewinnen. Das gilt für junge Menschen, die nach
668 Ausbildung oder Studium in die Lausitz zurückkehren wollen genauso wie für
669 Fachkräfte aus anderen Teilen Deutschlands sowie für Zuwanderinnen und
670 Zuwanderer.

671 Alltagsrassismus, Gewalttaten und Wahlerfolge extremer Parteien schrecken
672 dagegen ab. Wir wollen in der Lausitz eine aktive Bürgergesellschaft, die die
673 Kraft hat, sich entstehenden oder regional bereits verankerten rechtsextremen
674 und rassistischen Kräften vor Ort entgegenzustellen. Nur so können die
675 Demokratie gestärkt und Einstellungsmuster der gruppenbezogenen
676 Menschenfeindlichkeit wirksam zurückdrängt werden. Zivilgesellschaftliche
677 Initiativen aktivieren demokratische Kräfte, beraten fachkundig, helfen Opfern
678 und werben öffentlich für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Damit wirken
679 sie langfristig präventiv in die Gesellschaft hinein und können
680 menschenfeindlichen Haltungen die Grundlage entziehen. Die Lausitz als
681 europäische Grenzregion wird nur als offene und lebendige Bürgergesellschaft
682 erfolgreich sein.

683 Die Grundlagen dafür haben die Menschen in der Lausitz selbst gelegt: als
684 ländliche Region mit einer vernetzten Opposition galt die Lausitz als ein Hort
685 des Widerstandes gegen die SED-Diktatur. Die Bürgerinnen und Bürger in der Ober-
686 und Niederlausitz haben sich im Herbst 1989 selbst ermächtigt zum politischen
687 Handeln. Das Neue Forum war die treibende Kraft der Friedlichen Revolution in
688 der Region. An diese Erfahrungen des zeitweisen Erstarkens einer breiten
689 demokratischen Kultur gilt es anzuknüpfen und die Menschen bei ihrem Willen zur
690 Beteiligung an den sie umgebenden gesellschaftlichen Prozessen mitzunehmen.

691 Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und dem zunehmenden Fehlen von
692 Arbeitskräften im ländlichen Raum wird auch die Lausitz zukünftig immer stärker
693 auf Zuwanderung angewiesen sein. Die schnelle Integration von Asylsuchenden ist
694 dabei ein wichtiger Baustein hin zu einer toleranten und weltoffenen Region
695 Lausitz. Dazu ist es auch hier unabdingbar, dass Verfahren beschleunigt werden,
696 um den Menschen schnell Sicherheit über ihren Aufenthaltsstatus und ihren

697 möglichen Verbleib in Deutschland und in der Region Lausitz geben zu können.
698 Gesellschaftliche Teilhabe gelingt nur mit einem schnellen Zugang zu
699 Erwerbstätigkeit und Sprachkursen sowie für Kinder und Jugendliche zu
700 Kindergärten, Schulen und Ausbildungsplätzen. Ausländische Arbeitsabschlüsse
701 müssen schneller anerkannt und die anerkannten Asylbewerberinnen und
702 Asylbewerber zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden.

703 **Entwicklungsziele:**

704 • Die Entwicklung eines Zukunftsbildes für eine gemeinsame Lausitz kann
705 nur als breiter gesellschaftlicher Diskussionsprozess gelingen. Dieser
706 Prozess ist bereits jetzt in vollem Gang, ohne dass er durch
707 Landesregierungen von oben zentral gesteuert wurde. Die darin
708 steckende Kraft und Kreativität sollen sich im besten Sinne für die
709 Region entfalten können. Wir brauchen dafür ein
710 Bürgerbeteiligungsmanagement, welches die vielen Initiativen und Ideen
711 vernetzt und in Richtung Politik übersetzt. Wir schlagen vor,
712 Regionalbudgets für nichtinvestive Prozesse und Projekte aufzulegen,
713 um diese Formen des Bürgerengagements weiter zu befördern.

714 • Zahlreiche Bürgerinitiativen, die sich um lokale Auswirkungen zumeist
715 globaler Themen kümmern, konstituieren auch in der Lausitz die
716 Zivilgesellschaft. Ihr Engagement muss ernst genommen und unterstützt
717 werden. Beteiligungsverfahren, die durch die Bürger initiiert werden
718 können, BürgerInnenbeteiligungssatzungen und die Absenkung der Quoren
719 in den Kommunen, frühzeitige BürgerInnenbeteiligung etwa bei
720 Planungsverfahren, verbindliche Vorhabenlisten der Behörden, die mit
721 umfangreichen Informationen anstehende Projekte und Planungen
722 darstellen, können helfen, dieses Engagement zu hören und in Richtung
723 Verwaltungen zu übersetzen. Gerade in einer Region, die einem
724 weitreichenden Strukturwandel unterliegt, schaffen solche Instrumente
725 Legitimation und Akzeptanz in der Bevölkerung.

726 • Die Lokalen Partnerschaften zur Förderung von Demokratie und
727 Zivilgesellschaft sind ein gutes Beispiel, durch Landkreise und
728 Kommunen die Rahmenbedingungen für eine aktive Bürgergesellschaft zur
729 Verfügung zu stellen. Diese Projekte müssen nach Auslaufen der
730 Bundesförderung in die kommunalen Strukturen über- und weitergeführt
731 werden.

732 • Um Asylsuchenden von Anfang an eine schnelle Integration zu
733 ermöglichen, müssen die Angebote an Integrations- und Sprachkursen in
734 der Lausitz deutlich ausgeweitet werden. Aufsuchende Hilfe, die
735 Familien in Wohnheimen und dezentralen Unterkünften besucht, soll
736 Kinder und ihre Eltern möglichst rasch an unsere Bildungsinstitutionen
737 heranführen. Eine Ausweitung der Willkommens- bzw. Deutsch-als-
738 Zweitspracheklassen muss flächendeckend vorgenommen werden. Die
739 schnelle Integration in den Regelunterricht sollte dabei Priorität
740 haben. Dazu benötigen alle Bildungseinrichtungen sowohl zusätzliche
741 personelle wie auch materielle Unterstützung. Zudem muss eine

742 Ausbildungsinitiative für Flüchtlinge entstehen, die - getragen von
743 IHK, HWK, Oberstufenzentren, Arbeitsagenturen und den Kommunen - durch
744 eine kombinierte Sprachförderung und Ausbildungsbegleitung und -
745 beratung ausbildende Betriebe sowie Azubis unterstützt.

746 • Dazu sollten in den Behörden und bei allen diesen angeführten
747 Maßnahmen verstärkt die Kompetenzen der Flüchtlinge selbst und von
748 schon länger in Deutschland lebenden Zuwanderinnen und Zuwandern
749 genutzt werden. Sie können durch ihren eigenen Erfahrungshorizont eine
750 wertvolle Hilfe bei der Betreuung und Unterstützung sein, ermöglichen
751 die Überwindung von sprachlichen und kulturellen Barrieren und bieten
752 zudem den Ankommenden positive Vorbilder für eine gelingende
753 Integration.

754 **9. Zukunftsweisende Ideen vor Ort diskutieren - Strukturwandel aktiv gestalten**

755 Den Plan A für die Lausitz entwickeln - wir sind dabei! Wir wollen, dass die
756 Lausitz mit neuen Ideen und Konzepten bei der Bewältigung des Strukturwandels
757 eine Vorreiterrolle einnimmt. Das vielfältige Engagement in der Region wollen
758 wir unterstützen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen,
759 Vereinen und Verbänden wollen wir einen breiten Diskussionsprozess darüber in
760 Gang bringen, wohin sich die Lausitz entwickeln soll. In Werkstätten,
761 Konferenzen, in offenen Veranstaltungsformen und mit einer Internetplattform
762 wollen wir mit den Menschen über die Zukunft der Lausitz diskutieren.

UnterstützerInnen

- Franziska Schubert, Stephan Kühn, Gerd Lippold, Landesvorstand

Antrag

AntragsstellerIn: LAG Wirtschaft

Gegenstand: **Ein Grüner Weckruf für Sachsens
Wirtschaftspolitik**

1 Antragstext

2 Der VW-Skandal um manipulierte Abgaswerte, der auch in Sachsen Arbeitsplätze und
3 Kommunalfinanzen gefährdet, ist ein gravierendes Beispiel von nicht nachhaltigem
4 Handeln in Wirtschaft und Politik. Zur Umschiffung eines kurzfristigen Problems
5 wurde so gehandelt, dass dadurch für morgen und übermorgen Existenzbedrohungen
6 in Kauf genommen und direkt verursacht wurden. Solche auf lange Sicht immer sehr
7 teuren Nachhaltigkeitsdefizite fanden und finden sich jedoch auch im Handeln von
8 Regierung und Kommunen.

9 Im aktuellen Abgasskandal gab es jahrelang ein gemeinsames Agieren von Industrie
10 und staatlichen Akteuren, Standards und Vorschriften vor allem Industrie- statt
11 verbraucherfreundlich zu handhaben.

12 Nachhaltigkeitsdefizite werden nun angesichts des VW-Debakels gleich auf
13 mehreren Ebenen offenbar: in der millionenfachen Überschreitung von
14 Emissionsgrenzwerten, in gefährlich kurzfristig und nicht am Gemeinwohl
15 orientiertem Handeln in der Wirtschaft sowie in Risiken einer einseitig auf
16 „Leuchttürme“ orientierten Unternehmensansiedlungs- und
17 Wirtschaftsförderstrategie.

18 Eine sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft ist der Rahmen, in dem
19 Innovationen im Interesse des Gemeinwohls wirken können. Damit sich dies in
20 Umwelt- und Lebensqualität manifestiert, muss Politik die Regeln definieren und
21 durchsetzen. Wenn nötig, muss sie das auch konsequent gegen einzelne
22 Interessengruppen tun – wie mächtig diese auch sein mögen.

23 Fortschritte auf diesem Weg sind manchmal mühsam. Es gibt jedoch keine
24 Alternative zur ehrlichen, konsequenten Orientierung an Nachhaltigkeitszielen.
25 Jeder Versuch, sich darum zu drücken, wird unweigerlich zur Beschädigung von
26 Industriestandort, Vertrauen und Zukunftsfähigkeit führen – sei es beim Thema
27 Umwelt- und gesundheitsschädlicher Abgasemissionen oder beim Widerspruch
28 zwischen Klimaschutz und Braunkohle.

29 Wenn Politik nicht im Sinne des Gemeinwohls agiert, nehmen sowohl die Akzeptanz
30 unserer Demokratie als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Schaden. Bei
31 VW wurde versucht, die harten Stickoxid-Emissionsvorgaben im Automobilbereich
32 zunächst mit Software-Tricks zu umgehen - vielleicht in der Hoffnung, die
33 Vorgaben an sich später noch weglobbyieren zu können. Doch ist es etwas anderes,
34 wenn die sächsische Staatsregierung mit Nebelkerzen in der Hand versucht, sich
35 im Interesse der Kohlewirtschaft um klare nationale Emissionsminderungsziele
36 herum zu tricksen? In der Hoffnung, die Emissionsminderungsziele später noch
37 rechtzeitig kippen oder Ausnahmen durchsetzen zu können?

38 Hier kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Die Zeiten des Green-Washing, der
39 Lippenbekenntnisse und der stillschweigenden, intransparenten Übereinkünfte
40 zwischen Industrie und Politik müssen endgültig vorbei sein!

41 Gelingt auf diesem Gebiet keine grundlegende Neuorientierung, ist der
42 wirtschaftliche Erfolg besonders auch Sachsens mit seinen regionalen
43 Abhängigkeiten von Automobilbranche und Braunkohle massiv gefährdet.
44 Der VW -Abgasskandal sollte ein zusätzlicher Impuls sein, nicht bei der
45 Aufklärung individuellen Fehlverhaltens stehen zu bleiben, sondern durch eine
46 Grüne Wirtschaftspolitik für Sachsen künftig solchen Fehlentwicklungen entgegen
47 zu wirken.

48 Damit Unternehmen stärker in die ökologisch-soziale Modernisierung investieren,
49 brauchen sie Planungssicherheit und eine klare Perspektive. Der Staat muss
50 verhindern, dass jene, die nachhaltig wirtschaften, die Umwelt schützen und
51 langfristig orientiert handeln, Wettbewerbsnachteile erleiden. Eine überbordende
52 Regulierungsflut ist dabei nicht hilfreich, wohl aber das Setzen klarer und
53 wirksamer Leitplanken.

54 Mit Blick auf unsere Verantwortung für künftige Generationen gibt es keine
55 Alternative zur Nachhaltigkeit im unternehmerischen und im politischen Handeln!

56 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen leiten daraus folgende
57 wirtschaftspolitische Konsequenzen ab:

58 - Wir fordern angesichts der Risiken des VW-Desasters für Arbeitsplätze und
59 Kommunalfinanzen in Sachsen, grundsätzlicher über Kriterien der Ansiedlungs- und
60 Förderpolitik des Freistaates nachzudenken und nicht bei
61 Symptomlinderungsversuchen in der aktuellen Situation stehen zu bleiben.

62 - Wir fordern, endlich Nachhaltigkeitskriterien bei staatlicher Innovations- und
63 Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen. Neben Energie- und Ressourceneffizienz,
64 hohen Sozial- und Umweltstandards müssen auch Kriterien wie "Compliance",
65 "Corporate Governance" und Grundsätze der Unternehmensethik eine wichtige Rolle
66 spielen. Sie sind zu fordern und ihre Einhaltung ist zur Bedingung für direkte
67 und indirekte Förderung mit öffentlichen Mitteln zu machen. Zukunftsfähiges, dem
68 Gemeinwohl dienliches Verhalten ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass
69 sich auch die Gesellschaft in besonderem Maße engagieren kann.

70 - Eine Ansiedlungspolitik, die regionale Monostrukturen erzeugt, schafft auch
71 enorme regionale Abhängigkeiten und Risiken - nicht nur in der
72 Automobilindustrie. Die Geschichte der Mikroelektronik in Dresden und die
73 Risiken von Milliardeninvestitionen in die Braunkohle sind weitere Beispiele.
74 Was soeben noch mit großen gesellschaftlichen Anstrengungen gefördert und
75 angesiedelt wurde, ist kurze Zeit später bereits „too big to fail“ und droht
76 dann, dem politischen Handeln Schranken zu setzen statt umgekehrt. Eine
77 ausgewogene, diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit hohem Anteil kleiner und
78 mittelständischer Unternehmen wirkt hingegen stabilisierend und darf angesichts
79 von großen "Ansiedlungserfolgen" nicht vernachlässigt werden.

80 - Sachsen braucht eine offensive Strategie zur Förderung von Schlüsselbranchen
81 für die Transformation zu einer Energie- und ressourceneffizienten Wirtschaft.
82 Politik hat dabei technologieneutral vorzugehen, ohne alte Geschäftsmodelle auf
83 Basis fossiler Energieträger und fortschreitender Umweltzerstörung zu
84 konservieren. Das kann gelingen, wenn Wettbewerb zum Wettstreit um die beste
85 ökologische Lösung wird, indem Preise mehr und mehr die ökologische Wahrheit
86 sagen.

87 - Wirtschaftspolitik in Sachsen muss umdenken: soziale Marktwirtschaft muss sich
88 zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterentwickeln, um zukunftsfähig zu
89 sein. Die soziale Marktwirtschaft preist gesellschaftliche Solidarität in den
90 Wirtschaftskreislauf ein und handelt dies zwischen den gesellschaftlichen
91 Gruppen immer wieder aus. Auch der ökologische Fußabdruck unseres Tuns muss nun
92 ehrlich und dauerhaft Berücksichtigung finden. Politik muss lernen, diesen
93 Paradigmenwechsel zu begleiten, zu befördern und auch einzufordern.

94 - Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung lässt sich nicht mehr allein auf
95 Basis des Kriteriums Bruttoinlandsprodukt „BIP“ ansteuern. Zwar wird Sachsen im
96 Vergleich mit anderen Bundesländern auch beim BIP noch tatsächlich wachsen
97 müssen, doch die Abkopplung des Wachstums von Ressourcenverbrauch, Schadstoff-
98 und Treibhausgasausstoß ist dabei entscheidend für den längerfristigen Erfolg.

Begründung

Der Betrugsskandal bei den Emissionsdaten von VW-Dieselmotoren geht uns alle an - besonders auch uns in Sachsen. Zwickau hat eine Haushaltssperre angeordnet. Resultierende Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand bleibt nicht ohne weitere Folgen für kleine und mittelständische Unternehmen der Region. Schon sicher geglaubte Investitionsentscheidungen werden neu hinterfragt und tausende von Arbeitsplätzen sind zumindest potenziell bedroht, wenn Vertrauensverlust weltweit zu Absatzeinbrüchen führen sollte. Aber auch in anderen Teilen des Landes, die fokussiert auf das Automobilcluster setzen, schrillen die Alarmglocken.

Der VW-Konzern lernt schmerzhaft, was auch in anderen Bereichen der Wirtschaft noch oft genug verschlafen wird: Der betriebswirtschaftliche Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie muss in den Unternehmen ehrlich und

zukunftsfähig gelöst werden. Wird das verzögert oder gar nur vorgetäuscht, so droht massiver wirtschaftlicher Schaden und Reputationsverlust.

Eigentlich könnten wir beruhigt sein: zeigt uns das doch, dass Nachhaltigkeitsthemen längst in der Mitte von Wirtschaft und Gesellschaft angekommen sind. Das Umsteuern auf eine sozial-ökologische Marktwirtschaft müssen wir gar nicht mehr fordern, sie ist in vollem Gange. Allerdings ist es offensichtlich, dass das in vielen Unternehmen noch nicht angekommen ist. Und auch die Politik, besonders die Politik in Sachsen, ist noch in alten Mustern verhaftet. Eher ist sächsische Wirtschaftspolitik bereit, auch heute noch den Einstieg von Investoren und Großansiedlungen in offensichtlich nicht zukunftsfähigen Branchen wie der Braunkohlenwirtschaft zu unterstützen, als wirklich entschlossen in zukunftsfähige und nachhaltige Konzepte und Branchen zu investieren.

Das sind aber inzwischen - auch das VW-Desaster beleuchtet dies - nicht mehr nur Fragen unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Schwerpunktsetzung. Das sind heute wirtschaftliche Existenzfragen. Steuern wir in Sachsen nicht um auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise, steht unser Erfolg von morgen auf dem Spiel. Moderne Wirtschaftspolitik muss neben Wachstum, Beschäftigung und sozialem Frieden auch ressourcenneutrales und klimagerechtes und vor allem im globalen Maßstab nachhaltiges Wirtschaften als gleichberechtigte Ziele anerkennen.

Die sächsische CDU-SPD-Staatsregierung leistet dies viel zu langsam, viel zu unentschlossen und bei entscheidenden Querschnittsthemen wie der Energiepolitik gar nicht.

Antrag

AntragsstellerIn: LAG Mobilität und Verkehr

Gegenstand: **Paradigmenwechsel in der Bundesverkehrswegeplanung vollziehen – langfristigen Erhalt der Infrastruktur in Sachsen sichern**

1 Antragstext

2 Sachsen schreibt weiter „Wünsch-Dir-Was-Listen“

3 Die Bundesverkehrswegeplanung der Vergangenheit ist nicht zukunftstauglich. Als
4 Grundlage für Planung und Bau von Fernstraßen sowie Schienen- und Wasserwegen in
5 Deutschland könnte der auf 15 Jahre ausgelegte Bundesverkehrswegeplan
6 umweltverträgliche und klimafreundliche Investitionen voranbringen. Stattdessen
7 ist er eine mit lokalen Prestigeprojekten überfrachtete Wunschliste, die kein
8 Verkehrsproblem löst. Deutschland braucht einen neuen, grünen Ansatz in der
9 Infrastrukturplanung: Konzentration auf die wirklich wichtigen, zentralen Routen
10 des Kernnetzes; Vernetzung der Verkehrsträger, Verkehrsverlagerung, Erhalt vor
11 Neubau und ein Ende der Geldverschwendung. Darum muss es heute gehen.

12 Doch bisher läuft alles so weiter wie gewohnt: Über 1.600 Fernstraßenprojekte
13 haben die Länder für den Bundesverkehrswegeplan 2015 beim Bund angemeldet. Nach
14 wie vor sind die Anmelde Listen der Länder mit auch langfristig nicht
15 finanzierbaren Wunschprojekten überfrachtet. Sachsen ist mit 72 Vorhaben dabei.
16 Der Bau aller von der Staatsregierung nach Berlin übermittelten Vorhaben würde
17 rund 1,8 Milliarden Euro kosten und etwa 50 Jahre dauern. Sachsens Anmeldungen
18 sind eine lange Aneinanderreihung von Projekten mit oft nur lokaler Bedeutung.

19 Sachsen hat auch entsprechende Vorgaben aus Berlin geflissentlich ignoriert. Die
20 vom Bund geforderte „intensive Auseinandersetzung mit Alternativen“ sind bei den
21 sächsischen Anmeldungen nicht einmal ansatzweise erkennbar.

22 Das Projektvolumen der gemeldeten Vorhaben ist völlig losgelöst von den
23 haushalts- und finanzpolitischen Realitäten; sie sind aber nicht nur
24 unfinanzierbar, sondern gehen auch am Bedarf vorbei und belasten unnötig Natur

25 und Umwelt - kurzum: Die Infrastrukturpolitik der Staatsregierung ist
26 zukunftsvergessen und hat daher keine Zukunft.

27 Auch bei der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung offenbart die sächsische
28 Landesregierung ein fast vordemokratisches Politikverständnis. So hat die
29 Staatsregierung gegenüber dem Bund für Umwelt- und Naturschutz alle Bemühungen
30 sich frühzeitig in die sächsischen Projektanmeldungen einzubringen regelrecht
31 abgewimmelt; „eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (durch) das Land
32 ist in der jetzigen Konzeptphase nicht vorgesehen“ hieß es dazu lapidar -
33 Demokratieverständnis auf sächsisch: Die Verwaltung weiß schon, was gut für die
34 Bürgerinnen und Bürger ist - „Einmischung“ unerwünscht.

35 **Realitäten annehmen: Substanzverzehr aufhalten, Wunschlisten eindampfen**

36 Nach massiven Investitionen in die Netzerweiterung und grundhafte Sanierung des
37 sächsischen Autobahnnetzes sowie gleichfalls hohen Investitionen in den Ausbau
38 des Bundesstraßennetzes mit zahlreichen Ortsumgehungen müssen wir konstatieren:
39 Das Fernstraßennetz im Freistaat Sachsen ist in seinen Grundzügen vollendet. Es
40 gibt auch im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern keine
41 Infrastrukturlücke mehr, was immer noch als Begründung für den Bau neuer
42 Vorhaben angeführt wird. Allenfalls für Orte mit starkem Durchgangsverkehr
43 brauchen wir in den kommenden Jahren noch Investitionen in eine überschaubare
44 Anzahl von Ortsumgehungen. Der absehbare Strukturwandel mit zurückgehenden
45 Einwohnerzahlen im ländlichen Raum führt dazu, dass das Verkehrsaufkommen weiter
46 zurückgehen wird. Darauf muss eine vorausschauende Verkehrsplanung frühzeitig
47 reagieren. Für die Mehrzahl der für den Bundesverkehrswegeplan angemeldeten
48 sächsischen Straßenbauvorhaben gibt es mittelfristig keinen Bedarf.
49 Hingegen ist absehbar, dass die verfügbaren Mittel für den Neu- und Ausbau in
50 Sachsen nicht mehr signifikant anwachsen werden. Nach der Vollendung der
51 Autobahn A 72 ist die Zeit der Großprojekte in Sachsen endgültig vorbei. Hinzu
52 kommt: Gerade auf Bundesebene müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Das
53 westdeutsche Autobahnnetz, das im Kern von Anfang der 1960er bis Mitte der
54 1980er Jahre entstanden ist, kommt in ein Alter, in dem die Investitionen für
55 Erhalt und Ersatz kontinuierlich ansteigen. Verschärft wird die Situation beim
56 Erhalt durch den überproportional angestiegenen Lkw-Verkehr und den über zwei
57 Jahrzehnte zu Gunsten des Neubaus vernachlässigten Substanzerhalt. Dieses Fahren
58 auf Verschleiß beginnt sich jetzt zeitlich versetzt zu rächen: Brücken zeigen
59 massive Schäden, so dass teilweise Bauwerke für den Lkw-Verkehr gesperrt werden
60 mussten. Die von der Bundesregierung angekündigte Erhöhung der Mittel für den
61 Erhalt ist daher bitter notwendig, ist aber angesichts der Herkulesaufgabe nur
62 der Anfang eines Sanierungsmarathons, der zudem nur dann Früchte tragen wird,
63 wenn die Erhaltungsinvestitionen weiter anwachsen und dauerhaft auf hohem Niveau
64 bleiben. Auch die Praxis der unterjährigen Umschichtung von Erhaltungs- in
65 Neubauprojekte, die von einigen Straßenbauverwaltungen praktiziert wird, muss
66 endgültig der Vergangenheit angehören.

67 Vor diesem bundespolitischen Hintergrund ist die völlig überfrachtete sächsische
68 Anmelde- und Genehmigungsliste für neue Straßen einzuordnen. Auch das sächsische
69 Verkehrsministerium wird wegen langsam alternder Bauwerke
70 Erhaltungsinvestitionen im Haushaltsplan einstellen müssen; das bedingt, dass
71 gleichzeitig die knappen Neubaumittel in die verkehrlich wichtigsten Vorhaben

72 fließen müssen. Für die Erfüllung von Wunschprojekten wie beispielsweise der
73 ursprünglich vierstreifig geplanten B 87n östlich von Leipzig ist in Zukunft
74 weder ein Bedarf absehbar noch Geld vorhanden. Sachsen wird sich also von einer
75 Reihe am Bedarf vorbei geplanter Vorhaben, die oftmals nur der Befriedigung der
76 Interessen von Bürgermeistern, Landräten und Wahlkreisabgeordneten dienen,
77 endgültig verabschieden müssen. Dies ist kein Verlust - im Gegenteil: Der
78 Abschied von der Betonpolitik der Nachwendezeit schärft den Blick für das, was
79 verkehrspolitisch in den nächsten Dekaden wirklich wichtig wird, und für
80 Entwicklungen, die die Verkehrspolitik frühzeitig berücksichtigen muss.

81 **Infrastrukturpolitik zukunftsfähig machen**

82 Sachsens Einwohnerzahl schrumpft, vor allem der ländliche Raum steht in den
83 kommenden Jahrzehnten vor umwälzenden Entwicklungen, die sich auf alle
84 gesellschaftlichen Bereiche auswirken. Die Schrumpfung seit 1990 gibt einen
85 Vorgeschmack auf das, was sich nach heutiger Einschätzung unter verschärften
86 Vorzeichen fortsetzen wird. Vor allem die hohen Investitionen in die langlebige
87 Verkehrsinfrastruktur müssen daher besonders gründlich auf den künftig zu
88 erwartenden Verkehrsbedarf hin überprüft werden. Abseits der sächsischen
89 Verdichtungsräume gibt es praktisch keine wachsenden Regionen. Das
90 Verkehrsaufkommen wird im Bundesstraßennetz daher flächenhaft und besonders in
91 den stark schrumpfenden Landkreisen weiter zurückgehen. Damit reduziert sich
92 auch insgesamt der Neu- und Ausbaubedarf. Die gescheiterte vierstreifige Planung
93 der B 178n im nördlichen Abschnitt Nostitz - Weißenberg und die von der
94 Landesdirektion Sachsen im Sommer aufgegebenen Planung der ebenfalls vierstreifig
95 angedachten B 87n östlich von Leipzig sind ein Hinweis darauf, dass auch in den
96 etablierten Planungsbehörden endlich - wenn auch notgedrungen - ein Umdenken
97 einsetzt. Bei beiden Vorhaben hat der nicht mehr belegbare Verkehrsbedarf eine
98 maßgebliche Rolle gespielt. Wir GRÜNE haben von Beginn der Planungen der B 178n
99 verdeutlicht, dass wir Ortsumfahrungen brauchen, aber eben keine vierspurige
100 völlig überdimensionierte, neutrassierte Schnellstraße. Immerhin besteht bei der
101 B 87n jetzt die Chance, die Fehler der 1990er Jahre nicht noch einmal zu
102 begehen. Auch wenn die Planung für die Ortsumgehungen Pirna und Freiberg schon
103 deutlich weiter fortgeschritten sind, müssen auch hier die angepassten und
104 kostengünstigeren Alternativen auf den Tisch und zügig zur Baureife gebracht
105 werden. Das Festhalten an den unfinanzierbaren Schubladenplanungen blockiert wie
106 andernorts auch schon viel zu lange vernünftige Lösungen. Hier ist, wie
107 landesweit bei anderen Ortsumgehungen, ein Umdenken angesagt. Weg von
108 unfinanzierbaren und nicht notwendigen Neubauplanungen und hin zu angepassten,
109 schnell realisierbaren Ausbauprojekten im Bestand. Die zweite große Anforderung,
110 die Infrastrukturpolitik vorausschauend einpreisen muss, ist die Energiewende im
111 Verkehrssektor, die unabdingbar ist, wenn wir die Klimaschutzziele erreichen
112 wollen. Der Verkehrssektor hat in Deutschland einen Anteil von rund 20 Prozent
113 an den Treibhausgasemissionen und ist wie kein anderer Sektor abhängig vom
114 endlichen Rohstoff Erdöl.

115 Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur energieeffizienter Verkehrsträger
116 wie die Schiene ist daher integraler Bestandteil einer Verkehrswendestrategie.
117 Sie sind Voraussetzung dafür, dass im Personen- wie Güterverkehr attraktive
118 Angebote entstehen können und Verkehrsverlagerung möglich wird. Die Vision von
119 (fast) CO2-freier Mobilität ist wegen der vergleichsweise leichten bzw.

120 fortgeschrittenen Elektrifizierung in absehbarer Zeit am ehesten auf der Schiene
121 umsetzbar.

122 **Schiene stärken: Kapazitäten für Verkehrsverlagerung schaffen**

123 Der Schienenverkehr ist zu Recht der Hoffnungsträger für eine
124 ressourcenschonende Zukunft der Mobilität: Er ist flächensparend,
125 energieeffizient und schon heute weitgehend unabhängig vom Erdöl.
126 Sachsen hat in den 1990er Jahren den Schienenverkehr sträflich vernachlässigt.
127 Oberste Priorität hatte stattdessen der massive Ausbau des Fernstraßennetzes.
128 Der Ausbau des Hauptstreckennetzes für höhere Geschwindigkeiten und weitere
129 Streckenelektrifizierungen, die Ausrichtung der Schienennetzinvestitionen auf
130 einen landesweiten Taktfahrplan sowie gezielte Investitionen für mehr
131 Güterverkehr auf der Schiene, all dies blieb unerledigt oder ging nur im
132 Schnecken tempo voran. Vielen Streckenstilllegungen schaute die Staatsregierung
133 hingegen nur achselzuckend zu oder hat sie durch Vorgaben zur Einstellung des
134 Personenverkehrs mit veranlasst. Mit dieser verkehrspolitischen Erblast der CDU-
135 geführten Landesregierungen müssen wir uns noch heute beschäftigen. Wichtige
136 Ausbauprojekte wie die Ausbaustrecke Leipzig - Dresden (Verkehrsprojekt Deutsche
137 Einheit Nr. 9) und Berlin - Dresden harren weiter ihrer Vervollständigung. Bei der
138 Strecke Dresden - Berlin wird nach derzeitiger Planung der Abschluss der
139 Arbeiten noch zehn Jahre in Anspruch nehmen! Auch auf der Sachsen-Franken-
140 Magistrale wird der Streckenausbau zwischen Leipzig und Werdau Bogendreieck
141 (Gaschwitz - Crimmitschau) frühestens zu Beginn der 20er Jahre abgeschlossen
142 sein. Was für ein Kontrast zum Autobahnnetz: Selbst die A 72 zwischen Leipzig
143 und Chemnitz wird dann längst durchgängig befahrbar sein.

144 Für eine Stärkung des Verkehrsträgers Schiene brauchen wir höhere Investitionen.
145 Aber wir brauchen vor allem Investitionen in sinnvolle Vorhaben, die möglichst
146 schnell realisierbar sind und so für Fahrgäste und Güterkunden einen hohen
147 Effekt haben. Wir halten einen schrittweise umsetzbaren bundes- und landesweiten
148 Taktfahrplan auch für die geeignete Richtschnur, nach der künftige
149 Infrastrukturinvestitionen vorgenommen werden. Das Prinzip des Deutschland- und
150 Sachsentakts ist klar: Vertaktete Linien mit verlässlichen Anschlüssen in den
151 Knoten bringen Fahrzeitverkürzungen für möglichst viele Bahnfahrpassagiere.
152 Investitionen in den Ausbau richten sich nicht nach der kürzesten Fahrzeit auf
153 einer einzelnen Strecke, sondern nach dem netzweit erzielbaren Effekt. Dabei
154 müssen Trassen für den Güterverkehr von Beginn an mit geplant werden.

155 Sachsens Eisenbahnnetz braucht dringend weitere Streckenelektrifizierungen. Aus
156 GRÜNER Sicht müssen in der Laufzeit des Bundesverkehrswegeplans 2015 die
157 Strecken Leipzig - Chemnitz, Dresden - Görlitz und Görlitz - Cottbus in ein
158 Elektrifizierungsprogramm aufgenommen werden. Dazu zählen auch die Strecken
159 Gößnitz - Weimar und Hof - Nürnberg, die für Sachsen als Bestandteil der Mitte-
160 Deutschland-Verbindung bzw. der Sachsen-Franken-Magistrale von Bedeutung sind.
161 Aus heutiger Sicht ist auch klar: Diese Elektrifizierungsvorhaben haben nur dann
162 zeitnah eine Chance - dies zeigen Beispiele in anderen Bundesländern (z. B.
163 Südbahn Ulm - Friedrichshafen, (München)- Geltendorf - Lindau) - , wenn der
164 Freistaat sich an den Baukosten beteiligt. Die Finanzierung der Planungskosten
165 für Chemnitz - Leipzig und Dresden - Görlitz weisen grundsätzlich in die
166 richtige Richtung, zumal Sachsen es sich auch leisten konnte, den Bau der A 72

167 in Abschnitten mit zu finanzieren, obwohl Autobahnbau eigentlich Bundessache
168 ist.
169 Mit den Strecken Dresden - Görlitz und Cottbus - Görlitz stehen zwei Strecken
170 auf der Agenda, denen für die europäische Integration eine besondere Bedeutung
171 zukommt. Es muss uns in der nahen Zukunft gelingen, den Schienenverkehr
172 insbesondere in der Relation Dresden - Wroc?aw so zu beleben, dass mehr als 11
173 Jahre nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union eine attraktive
174 Alternative zum Auto entsteht. Auch Fernzüge nach Krakau dürfen nicht länger
175 eine Vision bleiben, sondern müssen Ausdruck gut nachbarschaftlicher Beziehungen
176 und einer zukunftsweisenden europäischen Verkehrspolitik werden.
177 Im internationalen Güterverkehr kommt vor allem der Strecke durch das Elbtal
178 weiter wachsende Bedeutung zu.

179 Bevor hier aber über milliardenschwere Neubauplanungen überhaupt nachgedacht
180 wird, müssen die zuvor geschilderten Ausbauprojekte abgeschlossen bzw. auf den
181 Weg gebracht sein. Auch betriebliche Maßnahmen zur Leistungssteigerung der
182 bestehenden Strecke oder die Führung von Güterzügen über Alternativrouten sind
183 Optionen, um auf die wachsende Nachfrage zu reagieren. Insbesondere die während
184 des Hochwassers 2013 und bei Bauarbeiten praktizierte Umleitung von Güterzügen
185 über Plauen - Bad Brambach (- Cheb) könnte eine Alternative sein, die es
186 verdient, für einen Ausbau vertieft untersucht zu werden. Ebenso treibt die
187 Deutsche Bahn AG den Ausbau ihres „Ostkorridors“ (Hamburg - Magdeburg -
188 Halle/Leipzig - Zwickau - Regensburg - München/Passau) für den Güterverkehr
189 voran. Der Bedarf für einen Neubau einer Hochleistungsstrasse zwischen Dresden
190 und Prag als Mischverkehrsstrecke für den Personen- und Güterverkehr ist daher
191 aus heutiger Perspektive nicht absehbar.